

B C H U M E R Z E I T P U N K T E

Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 28



3

Marco Rudzinski

Die Kolonie Stahlhausen und ihre Töchter

Formen des Werkwohnungsbaus und städtebauliche Zusammenhänge in Bochum

16

Clemens Kreuzer

Ein Stadthistorisches Museum für Bochum

Die Geschichte einer Idee und ihrer Realisierungsversuche

31

Heinz-Günter Spichartz

Die „Kaiser-Aue“

Vor 110 Jahren – Gutsbesitzer Theodor Helf schuf Ausflugslokal und Freizeit-zentrum in Grumme

41

Fabian Brändle

Lebertran, Carepakete und die Krönung der Königin

Aufwachsen in Bochum in der Kriegs- und Nachkriegszeit anhand Karin Dunkel-Foltmanns Kindheitserinnerungen „Knickelwasser“

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser !

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation war für mehr als ein Jahrhundert das größte Bochumer Unternehmen. Umso verwunderlicher erscheint es, dass die Aufarbeitung seiner Geschichte bislang große Lücken aufweist und insbesondere sein Einfluss auf die Stadtentwicklung eine weithin unbekannte Größe darstellt. In diesem Bereich setzt der Titelbeitrag unseres Beiratsmitglieds Marco Rudzinski an, der den Werkwohnungsbau des Bochumer Vereins im Kontext der städtebaulichen Einflüsse untersucht. Der Beitrag ist ein Ergebnis der Dissertation Rudzinskis, die in den kommenden Monaten erscheinen wird und sich den Beziehungen zwischen Unternehmen und Stadt vor dem Ersten Weltkrieg widmet. Eine Vorabrezension finden Sie in der Rubrik „Aus dem Häuschen“.

Einen weiteren Schwerpunkt des Heftes bildet der Beitrag von Clemens Kreuzer, der den mittlerweile rund 40jährigen Diskurs um die Wiedererrichtung eines stadthistorischen Museums in Bochum aus der Sicht des langjährigen Kulturpolitikern thematisiert. Ausgehend von einer kurzen Darstellung der mit dem Zweiten Weltkrieg endenden Museumstradition beschreibt er die vielfältigen Ansätze und Rückschläge, die die Museumsfrage nach ihrer Wiederaufnahme seit Anfang der 1970er Jahre begleiteten. Diese stand grundsätzlich im engen Kontext zur Aufgabe und Rolle des Stadtarchivs, das mit der Eröffnung des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte weiterhin auch museale Funktionen erfüllt.

Dass die Geschichte Bochums auch in der Schweiz auf Interesse stößt, zeigt der Beitrag von Fabian Brändle, der aus der Sicht des Kulturhistorikers auf Kindheitserinnerungen aus Bochum Werne blickt. Vor diesem Abschluss des Heftes blickt Heinz-Günter Spichartz in Schlaglichtern auf die Geschichte der Kaiser-Aue.

Viel Freude bei der Lektüre und einen schönen Sommer wünscht Ihnen



Bild auf der Titelseite:
Die Kolonie Stahlhausen auf einer idealisierten Aufnahme aus dem Jahr 1889. (Historisches Archiv Krupp, Essen)



Impressum

Bochumer Zeitpunkte
Beiträge zur Stadtgeschichte,
Heimatkunde und Denkmalpflege
Heft 28, Juli 2012

Herausgeber:

Dr. Dietmar Bleidick
Wiemelhauser Straße 255,
44789 Bochum
Tel.: 0234 335406
E-Mail: dietmar.bleidick@t-online.de
für die Kortum-Gesellschaft Bochum
e.V., Vereinigung für Heimatkunde,
Stadtgeschichte und Denkmalschutz
Graf-Engelbert-Straße 18
44791 Bochum
Tel. 0234 581480
E-Mail: Kortum.eV@web.de

Redaktion:

Dr. Dietmar Bleidick, Peter Kracht

Redaktionsschluss:

jeweils 15. April und 15. Oktober

Druck:

A. Budde GmbH
Berliner Platz 6 a, 44623 Herne

Verlag:

Peter Kracht → Verlag
Limbeckstraße 24, 44894 Bochum
Tel.: 0234 263327
E-Mail: kracht.verlag@gmx.de

ISSN 0940-5453

Schutzgebühr: € 3,00

Für Mitglieder der Kortum-
Gesellschaft kostenlos.

Marco Rudzinski

Die Kolonie Stahlhausen und ihre Töchter

Formen des Werkwohnungsbaus und städtebauliche Zusammenhänge in Bochum

Der endgültige Durchbruch der Industrialisierung stellte das Ruhrrevier Mitte des 19. Jahrhunderts vor große Schwierigkeiten, etwa hinsichtlich der Unterbringung der in großen Massen herbeiströmenden Arbeitskräfte. Um diesem Problem im eigenen Interesse zu begegnen, begannen schwerindustrielle Unternehmen sich selbst im Wohnungsbau zu engagieren. Dieses Engagement bildet die Wurzel des regionalen Werkwohnungsbaus, der das Raumgefüge des Ruhrgebiets mitgeprägt hat. Die unternehmerische Mitwirkung bei der Arbeiterunterbringung war eine elementare Voraussetzung für den Betrieb, insbesondere für die Bergwerksbetreiber. Für sie spielte die Bereitstellung von Wohnraum in den ländlichen Gemeinden, auf die der Bergbau als Standort angewiesen war, allgemein und im Zuge seiner Nordwanderung speziell eine noch größere Rolle als für die zumeist im Anschluss an die städtischen Weichbilder der Hellwegzone angesiedelte Stahlindustrie. Zudem waren Werkwohnungen ein wesentlicher Faktor im Wettbewerb um Arbeitskräfte, an deren Bindung die Firmen interessiert waren, und zugleich ein Disziplinierungsmittel. Nicht zu unterschätzen ist wie bei anderen betrieblichen Sozialeinrichtungen die preisregulierende Wirkung des Wohnungsbaus, die sich lohnpolitisch positiv bemerkbar machte.

Auf der Basis neuer Forschungen behandelt der vorliegende Beitrag ein Fallbeispiel, das zu den bekanntesten über die Stadt Bochum hinaus gehört. Anhand des Wohnungsbaus des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation für seine Hüttenarbeiter sollen Charakteristika des regionalen Werkwohnungsbaus in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verdeutlicht, Zusammenhänge mit der Unternehmensentwicklung aufgezeigt und die belegschaftspolitische Funktion beleuchtet werden. Schwerpunktmäßig widmet sich die Untersuchung aber der Entstehung des (Werks-)Siedlungsgefüges im Umfeld der Gussstahlfabrik, um somit einen Einblick in das Werden des Bochumer Stadtraums zu gewinnen.

Anfänge des Werkwohnungsbaus beim Bochumer Verein

Anfang 1856 beschloss der Bochumer Verein die Errichtung erster Arbeiterunterkünfte.¹ Den Hintergrund hierfür

¹ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 333 vom 19. Februar 1856, in: Historisches Archiv Krupp (HAK) WA 80/784.

bildete jene allgemeine hochkonjunkturelle Entwicklung, in deren Folge die Bevölkerung der Stadt Bochum zwischen 1855 und 1858 um etwa ein Drittel auf knapp 9.000 Köpfe anwuchs, ohne dass das Wohnraumangebot dementsprechend Schritt hielt. Für den Bochumer Verein dürfte insbesondere die Erfahrung Ausschlag gebend gewesen sein, dass er gute Arbeitskräfte deswegen nicht halten konnte bzw. versprach man sich von solchen Maßnahmen positive Rückwirkungen auf die galoppierende Lohnentwicklung.² Denn: Hohe Mieten bedingten höhere Löhne. Im nun beginnenden Werkwohnungsbaus sind aber keineswegs schon die Anfänge der Kolonie Stahlhausen zu erblicken, wie es fälschlicherweise wiederholt behauptet worden ist.

Die Pläne des Bauinspektors Gustav Schelle, eines zuvor bei der Köln-Mindener Eisenbahn und im Staatsdienst beschäftigten Architekten, sahen den Bau einer sogenannten Kaserne zur Unterbringung lediger Arbeiter und von Familienwohnungen vor. Für die verheirateten Beschäftigten sollten vier Häuser mit je zehn Wohnungen entstehen. Allerdings realisierte man sie nur zum Teil: Es wurden lediglich die Kaserne für vorläufig 125 Mann und ein Gebäude mit zehn Wohnungen errichtet. Möglicherweise lag diese Zurückhaltung an der zeitbedingten Überschreitung des Kostenvoranschlags für das sog. Familienhaus um über 70 Prozent.³ Anstatt von zehn wurde das 1857 bezogene Familienhaus am Maarbrücker Weg dann allerdings von bis zu 15 Parteien bewohnt. Wie die ersten Häuser von Eisenheim, der bekannten Siedlung der Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen oder einige Jahre später auch die frühen werkseigenen Unterkünfte der Firma Krupp, wurden diese Werkwohnungen wohl nach dem Kriterium der „betrieblichen Dringlichkeit“⁴ vergeben: Ende 1858 waren von den Haushaltsvorständen des Familienhauses der Gussstahlfabrik (Hausnummer 540), in dem 80 Menschen lebten, drei Meister, zwei Schleifer, vier Feilenschmiede oder -hauer, zwei Schmiede, je ein Schlosser und Expedient sowie zwei einfache Arbeiter.⁵ Die Wohnungen waren also vornehmlich Facharbeitern und Meistern vorbehalten. Denkbar ist, dass man die ersten Unterkünfte betriebswichtigen Beschäftigten überließ und weitere Arbeiter in den projektierten Häusern unterbringen wollte, deren Bau während der ersten

² Jacob Mayer/Louis Baare an Verwaltungsrat, 4. April 1856, in: HAK WA 80/784; Adolf F. Heinrich, Die Wohnungsnot und die Wohnungsfürsorge privater Arbeitgeber in Deutschland im 19. Jahrhundert, Diss. Marburg 1970, S. 139-140.

³ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 358 vom 19. Mai 1856 und Nr. 368b vom 25. Juni 1856, in: HAK WA 80/784; Bericht Fabrikinspektor Mannstaedt, 4. September 1856, in: LANRW Abt. Westfalen Regierung Arnsberg Nr. 1820.

⁴ Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 150-151; August Heinrichsbauer, Industrielle Siedlung im Ruhrgebiet in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Essen 1936, S. 30-32.

⁵ StadtA BO B 2174.

„Gründerkrise“ Ende der 1850er Jahre mit ihren negativen Auswirkungen auf den Bochumer Verein dann aber unterblieb.

Da weder Ansichten noch Grundrisse dieses ersten Familienhauses überliefert sind, ist unklar, in welcher Form die Unterbringung dort erfolgte. Der Standort war in verschiedener Hinsicht nahe liegend, in der spezifischen Situation des Jahres 1856 war er aber auch eindeutig strategisch bedingt. Um diese Zeit diskutierte man nämlich den künftigen Verlauf der Eisenbahn im Bochumer Raum. Frühzeitig sprach Bürgermeister Max Greve den Generaldirektor Louis Baare wegen der Präferenzen des Bochumer Vereins in dieser Frage an, für die zwei Varianten zur Diskussion standen: Bei der ersten, welche die Anlage des Bahnhofs zwischen der Hattinger und der Essener Chaussee südlich der Stadt vorsah, war die Eisenbahn relativ weit von der Fabrik entfernt. Die andere Möglichkeit bestand in einer nördlichen Linie, die zwischen der Zeche Präsident und dem Maarbrücker Weg, an dem auch der Bahnhof entstehen sollte, verlaufen wäre. Für die Gussstahlfabrik, deren Gelände sich im Norden zu dieser Zeit bereits bis an den Weg erstreckte, wäre somit ein bequemer Bahnanschluss zu erlangen gewesen, der aber den Nachteil in sich barg, dass er künftige Erweiterungsflächen blockierte.⁶ Eine allzu nah vorüberführende Bahntrasse und der Bahnhof stellten somit eine Gefahr für die Ausdehnungsbedürfnisse des Werkes dar. Als im Frühjahr 1856 der Bau des Bochumer Bahnhofs am Maarbrücker Weg verstärkt diskutiert wurde, trat Louis Baare für die „Südlinie“ ein und schuf schon einmal vollendete Tatsachen: Er projektierte Familienwohnungen und Kaserne mit städtischer Genehmigung genau in jenem Bereich, in dem der Bahnhof der „Nordlinie“ geplant war. Für den Fall dieser Streckenführung hoffte er auf diese Weise wohl, wenigstens eine leichte „Verschiebung“ nach Norden bewirken zu können.⁷ Die Elberfelder Eisenbahndirektion war alles andere als erfreut über dieses Vorgehen, doch fand man schließlich einen Kompromiss: Der Bochumer Verein verpflichtete sich bis zum Eintreffen der ministeriellen Entscheidung, keine Bauten mehr auszuführen, die den Bahnanlagen hätten im Wege stehen können. Die Eisenbahndirektion erklärte sich dagegen bereit, im Fall der Realisierung der „Nordlinie“ die Kaserne nördlich zu umgehen. Damit hatte die Firma mit ihrer Politik der vollendeten Tatsachen zumindest einen Teilerfolg errungen. Allerdings relativierte er sich rasch, als 1859/60 die bergisch-märkische Eisen-

bahntrasse samt Station südlich der Stadt Bochum zwischen Essener und Hattinger Chaussee verwirklicht wurde.

Die ersten Werkswohnungen waren somit auch Mittel zum Zweck, Raumnutzungsinteressen des Bochumer Vereins durchzusetzen. Seine auf den Erhalt von Erweiterungsreserven gerichtete Politik war zumindest mitverantwortlich für die Streckenführung der ersten, die Stadt Bochum erreichenden Eisenbahnlinie – und somit auch für „Richtungsentscheidungen“ in der räumlichen Entwicklung des Stadtgebiets.

Stahlhausen

Der Auftakt für einen umfassenderen Arbeiterwohnungsbau des Bochumer Vereins wurde durch die große Erweiterung seiner Gussstahlfabrik in den 1860er Jahren markiert. Nach Überwindung der ersten Gründerkrise und der Durchsetzung seiner Erzeugnisse auf dem Eisenbahnmärkte verdoppelte sich die Belegschaft des Werks allein zwischen 1862 und 1864 auf fast 2.000, was sich auch auf die Bochumer Bevölkerungszahl auswirkte, die in dieser Zeit erstmals auf über 10.000 anstieg. Nach der vergleichsweise moderaten Entwicklung der vorangegangenen Jahre wurde das Unterbringungsproblem damit wieder virulent: Trotz ausreichender Arbeitsgelegenheit zogen Arbeiter weiter, weil sie keine Unterkunft am Ort fanden.⁸ Der weitere Expansionsdrang nötigte die Leitung des Bochumer Vereins, sich mit dieser prekären Situation auseinanderzusetzen und selbst aktiv zu werden.

Angesichts des Wachstums der Fabrik ist es nachvollziehbar, dass man am alten Standort keine neuen Arbeiterwohnungen errichten wollte: Das lag weder im Interesse der Arbeiterunterbringung und noch viel weniger sollten die Ausdehnungsmöglichkeiten der Fabrik behindert werden. Die Suche nach einem geeigneten Areal im Herbst 1863 blieb zunächst erfolglos, da die Offerten nicht den Vorstellungen der Unternehmensleitung entsprachen. Die anvisierte Akquisition einer größeren Fläche deutet schon auf eine neue Konzeption für die Unterbringung von Arbeiterfamilien hin. Da zudem ein möglichst preisgünstiger Erwerb beabsichtigt war, kaufte der Bochumer Verein 1864/65 eine Reihe zusammenhängender Grundstücke am äußersten westlichen Rand des Stadtgebiets und in der angrenzenden Landgemeinde Weitmar zu einem ausgesprochen günstigen Preis. Dieser Komplex lag südlich der Essener Chaussee „zwischen den Becken“, dem Maarbach und dem vom Diberg kommenden Wasserlauf.

⁶ Dazu auch Harald Bodenschatz, *Moderne Infrastruktur und die Produktion städtischer Lage. Das Beispiel des deutschen Eisenbahnbaus bis 1875*, in: Gerhard Fehl/ Juan Rodriguez-Lores (Hg.), *Stadterweiterungen 1800-1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaues in Deutschland*, Hamburg 1983, S. 81-100, hier S. 84-95.

⁷ Louis Baare an Eduard Mayer, 8. Mai 1856, in: HAK WA 80/817. Siehe auch HAK WA 80/2674.

⁸ Vgl. auch Verwaltungsbericht des Bochumer Magistrats 1864, S. 4-5.

Dort wurde eine neue Form der Arbeiterunterbringung umgesetzt. Der Verwaltungsrat des Bochumer Vereins genehmigte nach längerer Diskussion im Herbst 1864 die vorbereitenden Maßnahmen, wie etwa das Engagement des für die Planung zuständigen Bau- meisters Berghauer.⁹ Wie sein Vorgän- ger Schelle war er zuvor ebenfalls im Staatsdienst tätig, 1848 lässt er sich als Wegebaumeister in Louis Baares Hei- matkreis Minden nachweisen. Wohl noch in der zweiten Jahreshälfte 1865 begannen auf dem Gelände die Bauar- beiten. Ende 1866 waren die ersten 34 Häuser der neuen Arbeiterkolonie im Wesentlichen vollendet; durch Verwal- tungsratsbeschluss vom 22. Januar 1867 erhielt sie ihren Namen – die Firma nannte sie „Stahlhausen“.¹⁰

Die Planungen waren von zwei Prinzi- pien geleitet worden: Einerseits hatte die Bauweise den vermeintlichen Gefahren des Zusammenlebens einer großen An- zahl von Arbeiterfamilien Rechnung zu tragen, indem die Wohnungen strikt voneinander getrennt sein, über einen eigenen Eingang sowie jeweils über Stall und Garten verfügen sollten. Andererseits war man trotz des ange- strebten ländlich-aufgelockerten Charakters bemüht, die Baukosten möglichst gering zu halten, so dass eine preis- günstige Separierung der Arbeiterfamilien gewährleistet war. Die Überbrückung dieses Widerspruchs ermöglichte das „Mülhausener System“, so bezeichnet nach dem Bei- spiel der cité ouvrière in Mülhausen im Elsass. Sich da- ran orientierend, wurden in Stahlhausen je vier Wohnun- gen in eineinhalbstöckigen Gebäuden unter Nutzung des Kreuzgrundrisses projektiert.¹¹ Auf diese Weise entstan- den zwei Typen von Wohnungen:

a) Ein kleinerer, bei dem der Wohnungseingang sich je- weils auf der Giebelseite des Hauses befand, enthielt nur zwei Wohnräume, einen im Erd- und den anderen im Obergeschoss.

Arbeiter-Kolonie des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation.
Wohnhaus für 4 Familien.

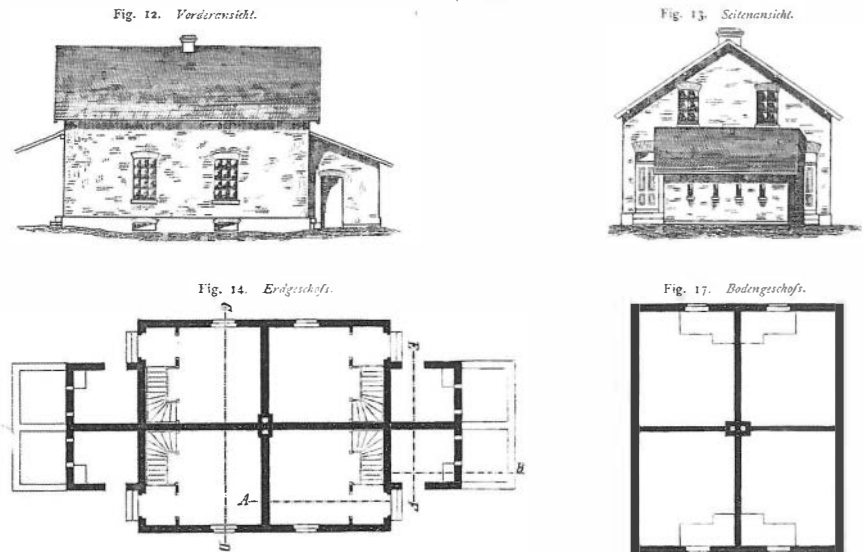


Abb. 1: Der kleinere Typ des Vierfamilienhauses mit angebautem Stall.

b) Ein größerer, bei dem der Zugang über die Frontseite des Hauses erfolgte, verfügte über drei Wohnräume, zwei kleine Zimmer im Ober- und einen größeren Raum im Erdgeschoss. Der Eingangsflur wurde gleichzeitig als Küche (Flurküche) genutzt. Leicht zu unterscheiden sind die beiden Haustypen durch die unterschiedliche Anord- nung der Zugänge und die Anzahl der Fenster an der Giebelseite (Abb. 2 auf der folgenden Seite).

In ästhetischer Hinsicht glichen die Häuser eher Fabrik- anlagen als Wohngebäuden: Sie waren äußerst schlicht gehalten, innen und außen auf Zweckmäßigkeit bedacht. Die schmucklosen Backsteinfassaden unter einfachen Ziegelsatteldächern wurden durch simple Gusseisenfen- ster durchbrochen. Der zur Verfügung stehende Wohn- raum war von spartanischer Einfachheit und sparsam bemessen, so dass der kleinere Wohnungstyp im Erdge- schoss lediglich über knapp 25 Quadratmeter Fläche verfügte. Der größere Wohnungstyp (mit drei Zimmern) hatte knapp 54 Quadratmeter Wohnfläche auf beiden Etagen. Lichteinfall wie Durchlüftungsmöglichkeiten waren unzulänglich. Allerdings hatte die sparsame Aus- führung der Bauten auf dem günstig erworbenen Grund zur Folge, dass die Gesamtkosten für die Vierfamilien- häuser relativ gering waren.¹² Im Vergleich mit Arbeiter- wohnungen in anderen Stadtvierteln und den dort teils

⁹ HAK WA 80/1780; Verwaltungsratsbeschlüsse Nr. 1814 und Nr. 1815 vom 22. November 1864, in: HAK WA 80/786.

¹⁰ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 2053 vom 22. Januar 1867, in: HAK WA 80/787. Zur Kolonie Stahlhausen vor allem: Daniel Richter, Stahlhausen – eine Werksiedlung im Wandel der Zeit, Staatsexamensarbeit Bochum 2003; Eduard Führ/Daniel Stemmerich, Stahlhausen. Die Dinglichkeit sozialer Konfigurationen, in: Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hg.), Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982, S. 88-109.

¹¹ Die Arbeiterwohnungen des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation, November 1869, in: HAK WA 80/1785; Oscar Spetzler, Wohnungen für verheirathete und unverheirathete Arbeiter des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation zu Bochum, in: Zeitschrift für Baukunde 2 (1879), Sp. 540-543 und 549. Zur Vorbildfunktion des Mülhausener Systems und der Bedeutung des Kreuzgrundrisses für den regionalen Werkwohnungsbaubau insbesondere Renate Kastorff-Viehmann, Wohnung, Wohnhaus und Siedlung für Arbeiter-Bevölkerung im Ruhrgebiet von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 1. Weltkrieges, Diss. Aachen 1980, S. 200-205.

¹² Spetzler, Wohnungen (wie Anm. 11), Sp. 550; Kastorff-Viehmann, Wohnung (wie Anm. 11), S. 35, 188, 209-210 und 235-236; Heinrichsbauer, Industrielle Siedlung (wie Anm. 4), S. 24 und 26-27.

Arbeiter-Kolonie des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation.

Wohnhaus für 4 Familien.

Fig. 20. Vorderansicht.



Fig. 21. Seitenansicht.

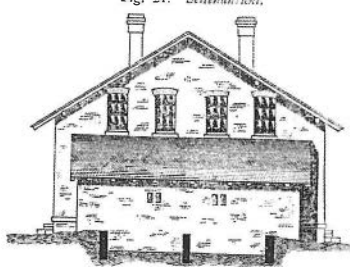


Fig. 25. Erdgeschoss.

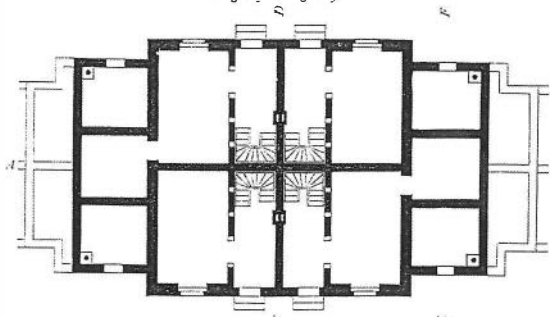


Fig. 23. Erdgeschoss.

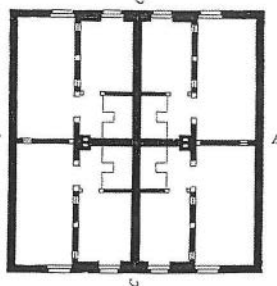


Abb. 2: Der größere Typ des Vierfamilienhauses mit Kreuzgrundriss in einer leicht modifizierten Form der 1880er Jahre.

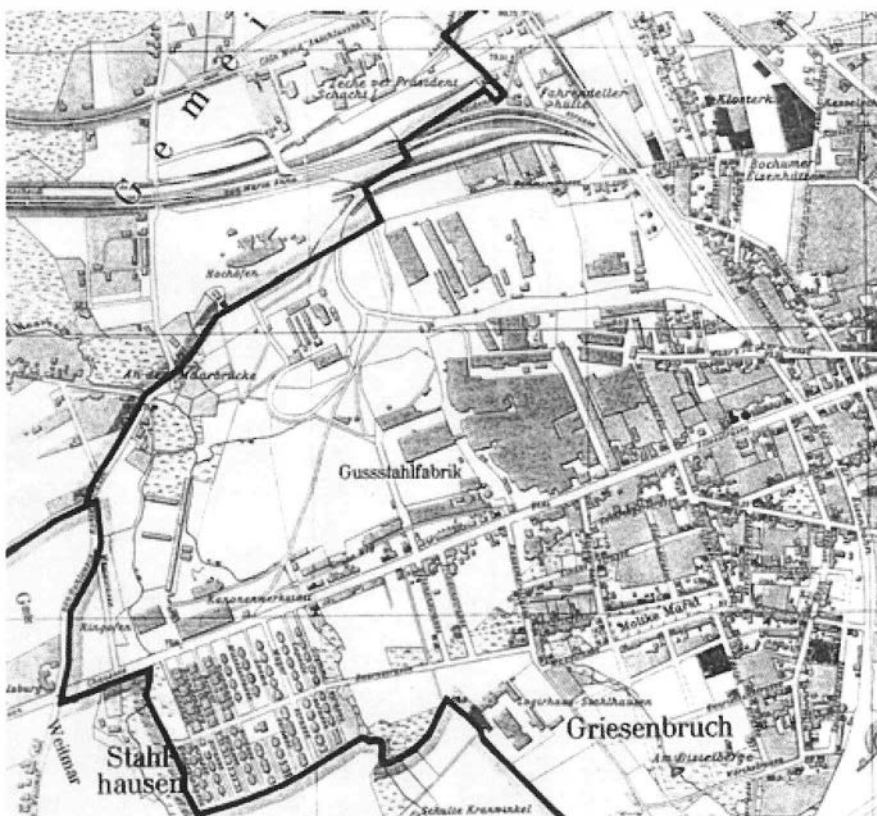


Abb. 3: Die Kolonie und ihre Umgebung nach der Eingemeindung des Weitmarer Teils, in deren Folge die Kommunalgrenze im Interesse des Bochumer Vereins und der Koloniewohner „berichtigt“ wurde. (Ausschnitt aus dem Stadtplan 1884/85)

herrschenden Missständen hoben sich die neuen Unterkünfte und ihre Ausstattung indes positiv ab. Und: Die Miete war niedriger – durchschnittlich wohl um 20 bis 25 Prozent.

Die Unterbringung in isolierten Wohnungen im Kleinhaus begann sich zu dieser Zeit als dominante Form im frühen Werkwohnungsbaue des Ruhrgebiets durchzusetzen. Neben dem zur gleichen Zeit begonnenen zweiten Bauabschnitt der Siedlung Eisenheim in Oberhausen, den Wohngebäuden der Zeche Zollverein in (Essen-)Katzenberg und der Siedlung Neuer Clarenberg in (Dortmund-)Hörde stellt der erste Bauabschnitt der Kolonie Stahlhausen ein frühes Beispiel für die planmäßige Anwendung des Kreuzgrundrisses im regionalen Werkwohnungsbaue dar. Bemerkenswert ist ferner, dass Stahlhausen die erste Kolonie des Ruhrgebiets war, die nach einem regelmäßigen Straßen- und Grundstücksraster angelegt wurde: Die Anordnung der Häuser erfolgte in parallelen Reihen auf fast quadratischen Parzellen, wobei die Gebäude in deren Mitte zwischen zwei Erschließungswegen platziert wurden. Die Wohnungen eines Hauses waren auf zwei unterschiedliche Wege bzw. Straßen ausgerichtet.¹³ Das Areal wurde planmäßig von der Gremestraße aus westwärts bebaut.

Waren diese Wohnungen nun für jeden Arbeiter der Gussstahlfabrik zu erlangen? – Ja und nein: Der Kreis der Anwärter für eine Wohnung war von Anfang an qualitativ begrenzt, aber jeder Arbeiter konnte durch seine „Treue“ gegenüber dem Bochumer Verein die notwendige „Qualität“ erwerben. Die Vorzüge ihrer Kolonie hervorhebend, unterstrich die Firma gegenüber dem Landrat im Jahre 1867, dass „niemand in Stahlhausen als Einwohner aufgenommen und geduldet wird, der sich nicht als ordentlicher fleißiger Arbeiter längere Zeit bewährt hat.“ Die Verarmung der Stahlhauser Bevölkerung sei nicht zu befürchten, „[...] indem diese Wohnungen keineswegs einem unfähigen

¹³ Kastorff-Viehmänn, Wohnung (wie Anm. 11), S. 210 und 217; Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 87.

gen Proletariate geöffnet sind, sondern principiell nur unsern Arbeitern und zwar nur denjenigen, an deren Verbleiben bei unserm Werk uns besonders liegt.“¹⁴

Wir wissen nicht, nach welcher Zugehörigkeitsdauer ein Arbeiter mit der Überlassung einer Wohnung in Stahlhausen „belohnt“ wurde. Ein Kruppianer konnte nach zwölfjähriger Tätigkeit mit einer Zweizimmerwohnung rechnen, für eine größere Unterkunft musste ein Beschäftigungsverhältnis von über 20 Jahren bestehen – und vor allem musste man sich den Verhaltensvorschriften des Arbeitgebers dies- und jenseits der Fabrikmauern untergeordnet haben. Dann galt man als „ordentlicher, fleißiger Arbeiter“ bei Krupp wie beim BV, dann kam Louis Baares Motto „Treue um Treue“ zum Tragen.

Dass der Bochumer Verein die Vorzüge der Kolonie und ihrer Bewohner gegenüber dem Landrat in der eben zitierten Weise hervorhob, hatte Gründe. Das Unternehmen bemühte sich nämlich um die Vereinigung des gesamten Kolonieareals innerhalb Bochums Grenzen. Sein westlicher und südlicher Teil gehörte ursprünglich zur Landgemeinde Weitmar. Die Grenzziehung mitten durch Stahlhausen hatte zur Folge, dass die Kirchgänger und die Schulkinder auf der Weitmarer Seite weite Wege zu den Schulen und Kirchen in Weitmar auf sich nehmen mussten, während die Stadt Bochum näher und deutlich bequemer zu erreichen war. Die Stadtspitze hatte es angesichts der Ballung an Arbeiterbevölkerung in der Kolonie mit der Einverleibung ihres Weitmarer Teils nicht allzu eilig, zumal sie eine damit verbundene Erhöhung der Sozial- und Polizeilasten fürchtete. 1868 gaben die Gemeinderäte von Bochum und Weitmar sowie der Landrat dann aber grünes Licht für die Umgemeindung von Weitmar-Stahlhausen in einem Umfang von fünf Hektar nach Bochum. Diese „Einverleibung“ – der Begriff „Eingemeindung“ war in der zeitgenössischen Behördensprache noch nicht gebräuchlich – wurde im April 1869 ministeriell genehmigt. Die erste nachvollziehbare (Teil-) Eingemeindung der Stadt Bochum im Industriezeitalter kam somit auf Betreiben des Bochumer Vereins zustande.

Doch kommen wir zur baulichen Entwicklung der Kolonie zurück: Ein weiterer Ausbau war in den Jahren des Gründerbooms nach 1870 unumgänglich. Erneut erwies

sich das Fehlen von Werkswohnungen als Hindernis im Wettbewerb um Arbeitskräfte. Arbeiter, an deren Verbleib der Bochumer Verein interessiert war, verließen die Gussstahlfabrik wegen des Mangels an ordentlichen Wohnungen.¹⁵ Während die Bevölkerung der Stadt Bochum binnen drei Jahren um über 40 Prozent auf mehr als 25.000 Menschen 1874 wuchs, verdoppelte sich die Belegschaft des Werks zwischen 1870 und 1873 annähernd ein weiteres Mal auf 4.077 Beschäftigte. Ab 1872 entstand deshalb eine große Anzahl neuer Werkswohnungen, durch die die Kolonie Stahlhausen ihre erste Erweiterung erfuhr. Dabei kamen neue Haustypen zur Ausführung.

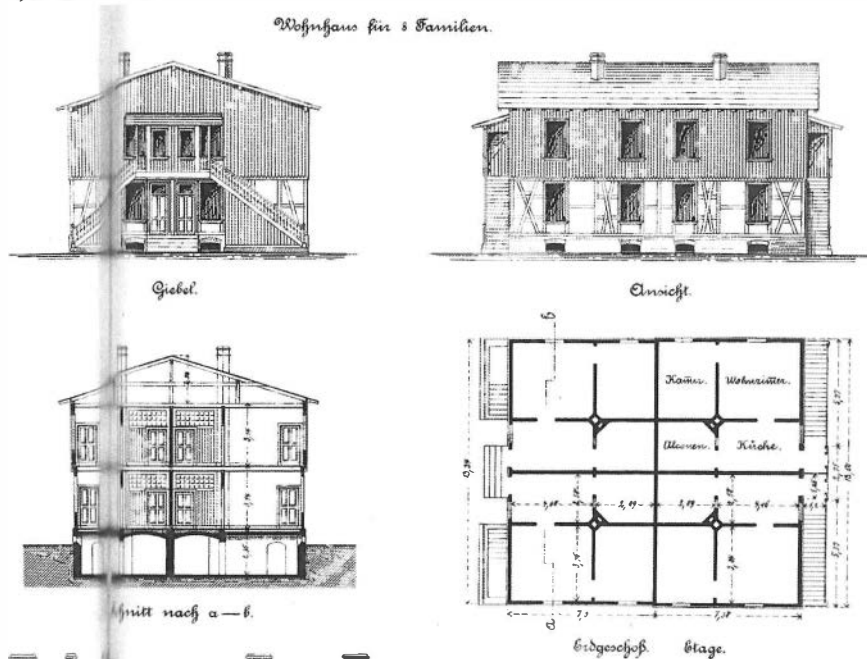


Abb. 4: Das „Schweizer Haus“.

Die zwölf sogenannten „Schweizer Häuser“ – die Bezeichnung rührte wohl von der Holzverkleidung der Gebäude her – mit jeweils acht Wohnungen wiesen aufgrund des Kreuzgrundrisses und separater Eingänge noch die größte Übereinstimmung mit dem Stahlhauser Urtyp auf. Die zweistöckigen Wohngebäude verfügten pro Stockwerk über vier Einheiten mit je vier Zimmern, von denen eines hinter der relativ dunklen Wohnküche ein fensterloser „Alkoven“ war. Jede Obergeschosswohnung war über eine eigene Außentreppe zu erreichen. Auf diese Weise waren unter Beachtung der angestrebten Bewohnertrennung doppelt so viele Familien unterzubringen wie in den Häusern des ersten Bauabschnitts. Erstmals durchbrochen wurde das strenge Isoliersystem aber gleichzeitig durch den Bau von sechs Zwölffamilienhäusern im südlichen Teil der Kolonie. In jedem dieser Gebäude mit Drei-

¹⁴ Bochumer Verein (Louis Baare/Haarmann) an Landratsamt Bochum, 2. Oktober 1867, in: StadtA BO LA 159. Vgl. in diesem Sinn auch Karl Lange, Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Bochum, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 31, Leipzig 1886, S. 73-105, hier S. 79.

¹⁵ Geschäftsbericht Bochumer Verein 1874/75, S. 9.

raumwohnungen teilten sich immerhin sechs Familien ein Treppenhaus.

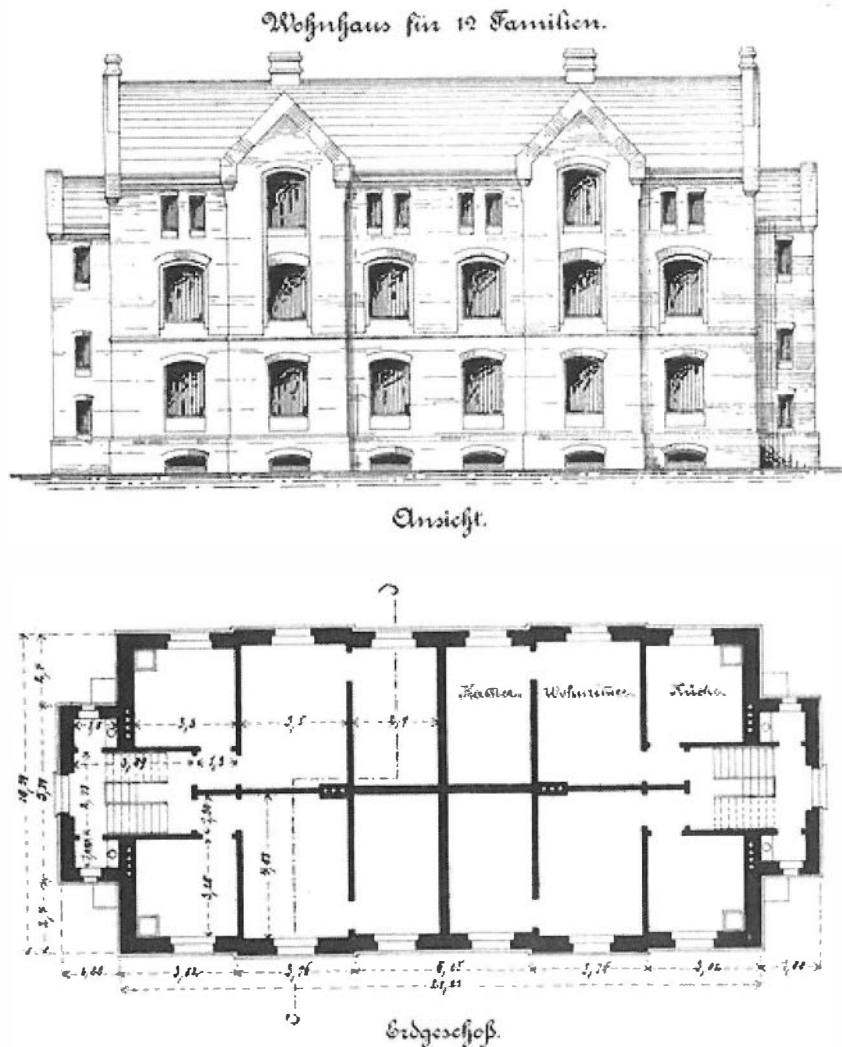


Abb. 5: Die Zwölffamilienhäuser waren die ersten größeren Gebäude in der Kolonie.

Das Experimentieren mit diesen Haustypen resultierte nicht vorrangig aus der Anstellung des neuen Architekten Oscar Spetzler. Der Grund lag vielmehr in den erhöhten Baukosten der Gründerjahre für Material und Arbeiter.¹⁶ Die Kosten für ein Zwölffamilienhaus betragen in den 1870er Jahren 25.200 Mark, d. h. die Kosten pro Wohnung bewegten sich um 2.100 Mark. Dagegen wurden für die größere Familienwohnung im Vierfamilienhaus 2.250 Mark veranschlagt; für die modifizierte Form dieses Haustyps in der ersten Bergarbeiterkolonie des Bochumer Vereins in Eppendorf waren 1873 sogar mindestens 2.895 Mark pro Wohnung angesetzt. Außerdem war der Platzbedarf für ein Zwölffamilienhaus geringer als für drei Vierfamilienhäuser.

¹⁶ Spetzler, Wohnungen (wie Anm. 11), Sp. 539-542 und 549-550.

Etwas abseits der Kolonie war zur gleichen Zeit ein gewaltiges Kost- und Logierhaus als Ersatz für die alte Arbeiterkaserne entstanden: Das vierstöckige Logierhaus verfügte über 150 spartanisch eingerichtete Stuben, von denen der größte Teil für eine Normalbelegung mit acht Männern vorgesehen war. Insgesamt bot das Haus 1.200 Arbeitern Unterkunft; im Notfall waren bis zu 1.500 Menschen unterzubringen. Im Innenhof des hufeisenförmigen Logierhauses lag das baulich getrennte Kosthaus mit einem für 1.000 Personen ausreichenden Speisesaal als Kernstück.¹⁷ Das Kost- und Logierhaus Stahlhausen war eine der größten Anlagen dieser Art im Ruhrgebiet, hatte aber mit der Familienunterbringung nichts zu tun.

Mit der Errichtung dieser Gebäude – die Zahl der Familienwohnungen in der Kolonie war in diesem Zuge auf 308 mehr als verdoppelt worden – fand der Werkwohnungsbaubau in Stahlhausen für knapp zehn Jahre ein vorläufiges Ende. Erst nach Überwindung der Gründerkrise setzte 1882, als die Belegschaftszahl der Gussstahlfabrik mit fast 4.500 den Spitzenwert von 1873 übertraf, eine neue Phase des Ausbaus ein. Sie war umso dringlicher, da der private Wohnungsbau in Bochum seit den Krisenjahren praktisch zum Erliegen gekommen war. Für den dritten Bauabschnitt kehrte man unter Leitung des Baumeisters Albrecht Sartorius noch einmal zu dem favorisierten Ursprungssystem, dem Vierfamilienhaus, zurück, zumal die

Baukosten für diesen Typ wieder auf einem moderaten Niveau angelangt waren. 1882/83 wurden zehn Vierfamilienhäuser gebaut, mindestens die Hälfte davon bereits „nach verbesserter Construction“.¹⁸ Die Modifikationen bestanden in der Vergrößerung der Wohnfläche durch Verbreiterung der Häuser um einen Meter. Bei einem Teil der Häuser wurden jeweils zwei der Wohnungen durch eine von der Stube begehbare Kammer im Stallanbau

¹⁷ Ebd., Sp. 543-548. Vgl. auch die präzise Beschreibung der Anlage und ihrer Einrichtung in: Die Arbeiterwohnungen des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation, Bochum 1876, S. 3-8; Die Arbeiterwohnungen des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation zu Bochum in Westfalen, Berlin 1883, S. 1-8.

¹⁸ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 4334 vom 28. September 1882, in: HAK WA 80/791. Vgl. auch Karl Brinkmann, Bochum. Aus der Geschichte einer Großstadt des Reviers, 2. überarb. Auflage, Bochum 1968, S. 188; Kastorff-Viehmann, Wohnung (wie Anm. 11), S. 83-85.

vergrößert. Ein anderer Teil der Neubauten wurde in der Form ausgeführt, dass die Ställe vom Haus getrennt errichtet wurden. Statt der bisher verwandten Gusseisenfenster setzte man hölzerne ein.¹⁹



Abb. 6: Blick auf die Kolonie vom Dach der Kanonenwerkstatt an der Alleestraße im Jahr 1884. In der Achse der Mittelstraße lag auf einem zentralen Platz die im gleichen Jahr eröffnete Kleinkinderbewahranstalt.



Abb. 7: Arbeiterkaserne an der Schnittstelle zwischen Stahlhausen und dem Griesenbruch: Das imposante Logierhaus des Bochumer Vereins, hier auf einer Aufnahme um 1890.

Mit 8.300 bis 8.500 Mark für ein Vierfamilienhaus neueren Typs lagen die Baukosten zwar etwa 15 bis 18 Prozent höher als für den größeren Typ von 1865/66. Jedoch blieben sie unter denjenigen der 1870er Jahre, so

dass eine Wohnung im Vierfamilienhaus in den 1880er Jahren kostenmäßig kaum eine Wohnung im Zwölffamilienhaus in den 1870er Jahren überstieg. Bis 1888 wurde die Kolonie auf diese Weise um weitere 28 Vier- und ein Fünffamilienhaus mit knapp 120 Wohnungen erweitert. Damit war das Kerngrundstück der Kolonie bis zur westlichen Stadtgrenze belegt, während eine Reihe von Vierfamilienhäusern gegenüber den ältesten Wohngebäuden an der Gremmestraße den Auftakt zum Einbezug der vorhandenen Grundstücksreserve östlich der Kolonie signalisierte. Allerdings war eine solch umfassende Erweiterung, wie sie noch von Spetzler in den 1870er Jahren unter Einschluss eines Marktplatzes projektiert worden war, mangels Grundbesitzes nicht realisierbar.²⁰ (Vgl. Abb. 8 auf der folgenden Seite.)

Eine Kolonierweiterung größeren Stils und nach altem Muster war in Stahlhausen nicht mehr möglich, da die westlich und südlich angrenzenden Flächen (noch) nicht im Besitz des Bochumer Vereins waren.

Kreative Koloniebaupolitik

Bei der Planung von Alternativprojekten geriet der Bochumer Verein unter den Vorzeichen des sogenannten westfälischen Ansiedlungsgesetzes mit den benachbarten, in Frage kommenden Landgemeinden in Konflikt. Die Projekte ließen sich nicht nach den Vorstellungen des Unternehmens realisieren, was die Ausprägung einer sehr eigenen Wohnungsbaupolitik der Firma innerhalb des Bochumer Stadtgebiets ab etwa 1890 nach sich zog.

Zum besseren Verständnis sind zunächst die gesetzlichen Rahmenbedingungen genauer zu erörtern: Das 1876 erlassene Ansiedlungsgesetz sollte eigentlich der Förderung neuer Ansiedlun-

¹⁹ Arbeiterwohnungen (1883) (wie Anm. 17), S. 13.

²⁰ Spetzler, Wohnungen (wie Anm. 11), Sp. 541-542.

gen in verschiedenen preußischen Provinzen dienen. Die Auslegung seiner Bestimmungen wurde jedoch zu einem Hemmschuh für die Entwicklung des Werkwohnungsbaus im westfälischen Teil des Ruhrgebiets, in dem das Gesetz lediglich Geltung besaß. So hieß es darin zu den Voraussetzungen für die Erteilung einer Ansiedlungsgenehmigung, ohne die wiederum keine Bauerlaubnis zu erlangen war:

„Wer außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft eine Kolonie anlegen will, hat dazu die Genehmigung des Kreis Ausschusses, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, zu beantragen. Mit dem Antrage ist ein Plan vorzulegen und darin nachzuweisen, in welcher Art die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse der Kolonie geordnet werden sollen. [...] Die Genehmigung zur Anlegung einer Kolonie kann versagt werden, wenn und so lange die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse nicht dem öffentlichen Interesse und den bestehenden gesetzlichen und statuarischen Bestimmungen gemäß geordnet sind.“²¹

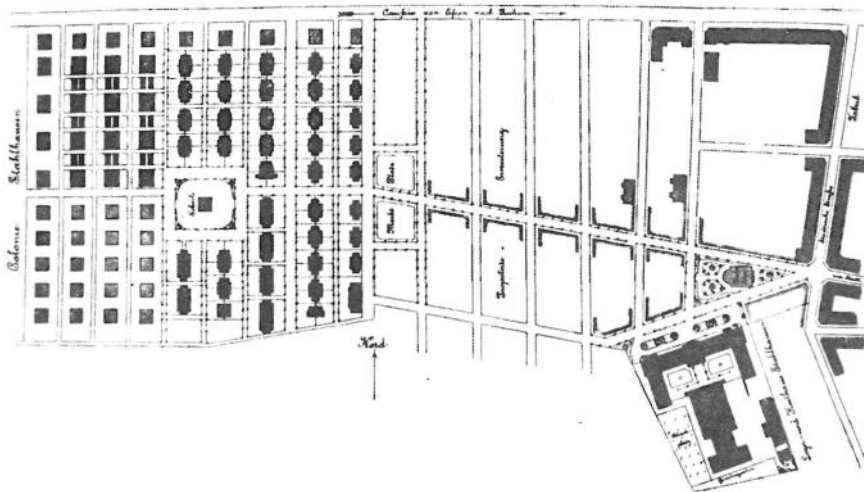


Abb. 8: Mit Marktplatz und „Osterweiterung“: Der Planungsstand von 1879.

Gemeinden und Aufsichtsbehörden war damit eine Handhabe gegeben, für die Genehmigung eine oftmals nicht unerhebliche Beteiligung der industriellen Bauherren an den Folgekosten der Kolonieansiedlung für die Kommune wie die Kirchengemeinden (Schul-, Armen-, Polizei- und Wegekosten) zur Bedingung zu machen. Von der Industrie wurden die Forderungen häufig als so immens angesehen, dass sie Kolonievorhaben wieder zurückzog. Im Vorfeld wurde aber oftmals darüber gestritten, ob es

²¹ §§ 18-19 Gesetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen, in: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1876, S. 405-410, hier S. 409.

sich bei den Vorhaben im Sinne des Gesetzes überhaupt um Kolonien oder Einzelansiedlungen handelte, da letztere bis 1904 nicht für eine Kostenbeteiligung des Bauherren in Frage kamen. Angesichts der Höhe der Baukosten waren die Unternehmen nicht gerade auf zusätzliche Belastungen durch eine „Ansiedlungsgebühr“ erpicht.²²

Im Winter 1889 entschloss sich die Leitung des Bochumer Vereins zum Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Gelände des Tiemannshofes in der Landgemeinde Eppendorf, den die Firma seit den 1870er Jahren besaß. Das Ausweichen auf das weitläufige Areal gestattete den weiteren Bau von Vierfamilienhäusern. Geplant war die Errichtung von zwölf Gebäuden dieses Typs, für die es in Stahlhausen an Platz fehlte.²³ Erstmals seit Inkrafttreten des Ansiedlungsgesetzes verfolgte der Bochumer Verein damit wieder Wohnungsbauaktivitäten außerhalb der Stadt Bochum. Die Gemeinde Eppendorf machte ihre Zustimmung zu der neuen „Ansiedlung“ 1889 aber von erheblichen Zuschüssen zu den kommunalen Schul- und Armenlasten abhängig, woraufhin die Firma ihre Pläne umgehend aufgab.²⁴

Allerdings unternahm sie binnen Jahresfrist einen zweiten, leicht modifizierten Versuch in Hamme. Dort erwarb das Unternehmen ein Grundstück am Maarbrücker Weg, das bereits mit sieben Arbeiterwohnhäusern bebaut war. Im Februar 1890 wurde bei dem zuständigen Amtmann von Bochum-Nord die Genehmigung zur Erbauung von sechs weiteren Häusern auf dem Gelände beantragt.²⁵ Es ist interessant, dass der Bochumer Verein sich nicht um eine Ansiedlungsgenehmigung im Sinne des Gesetzes, sondern nur um eine Baukonzession für die neuen Häuser bemühte. Das Unternehmen bezog sich dabei auf die Ausnahmebestimmung, wonach eine

²² Siehe dazu aus unterschiedlicher Perspektive: Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 112-120; Heinrichsbauer, Industrielle Siedlung (wie Anm. 4), S. 34; Kastorff-Viehmann, Wohnung (wie Anm. 11), S. 120-126; Robert Hundt, Bergarbeiter-Wohnungen im Ruhrrevier, Berlin 1902, S. 40-42; Hans-Dieter Krupinski, Der Einfluss planungsrechtlicher Vorschriften, Programme und Pläne auf die Stadtplanung und Siedlungsentwicklung im Ruhrgebiet von 1876 bis 1974 – untersucht am Beispiel der Stadt Bochum, Dortmund 1980, S. 24-25; Heinz Günter Steinberg, Die Entwicklung des Ruhrgebietes von 1840 bis 1914 aus der Sicht der Raumforschung, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert, 1. Teil, Hannover 1965, S. 175-244, hier S. 208.

²³ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 5548 vom 27. Februar 1889, in: HAK WA 80/792.

²⁴ Verwaltungsratsbeschluss Nr. 5565 vom 28. März 1889, in: HAK WA 80/792. Die Forderungen der Gemeinde sind im Detail nicht bekannt, da die einschlägigen Unterlagen nicht überliefert sind.

²⁵ Verwaltungsratsbeschlüsse Nr. 5720 vom 26. September 1889 und Nr. 5811 vom 28. Januar 1890, in: HAK WA 80/792; WA 80/2802.

Ansiedlungsgenehmigung nicht erforderlich war, wenn Wohnhäuser auf einem bereits bebauten Grundstück im Zusammenhang mit bewohnten Gebäuden errichtet werden sollten.²⁶ Die Gemeinde Hamme teilte diese Einschätzung aber nicht und machte verschiedene Auflagen als Bedingung zur Erteilung einer Baugenehmigung. Deren Charakter lässt erkennen, dass der Gemeinderat von der Anlage einer Kolonie ausging: Danach hatte der Bochumer Verein 75 Prozent der auf jedes Schulkind der Kolonie entfallenden Schulkosten, 75 Prozent der Lasten für jeden dort wohnenden Armen sowie 75 Prozent der von den Bewohnern zu entrichtenden Kirchensteuern zu übernehmen. Darüber hinaus sollte sich das Unternehmen verpflichten, die Wege der Kolonie selbst in Stand zu halten. Im Fall des Bedarfs eines zweiten Polizeidieners sollte die Gesellschaft 25 Prozent der Kosten übernehmen. Schließlich wurde verlangt, dass der Bochumer Verein bei Einstellung seines Betriebs sämtlichen Mietern die Wohnung kündigen sollte, womit sich die Kommune offenbar gegen einen Anstieg ihrer Armenkosten abzusichern hoffte. Angesichts solcher Forderungen nahm das Unternehmen auch von diesem Plan wieder Abstand.²⁷ Der Versuch, sich die Ansiedlungsgebühr durch Ergänzung bestehender Ansiedlungen bzw. die schrittweise Erweiterung zu kleineren Kolonien in den Landgemeinden zu ersparen, endete für den Bochumer Verein also in einer Sackgasse.

Das Problem war einfach: Der Bochumer Vereins lehnte es unter Verweis auf deren geringe Rendite ab, für die Herstellung einer größeren Anzahl seiner Vierfamilienhäuser in den Landgemeinden eine Ansiedlungsgebühr zu entrichten. Das Unternehmen war nicht gewillt, für die Folgekosten seiner Wohnungsbauprojekte einzutreten bzw. Kommunen und Kirchengemeinden bei deren Bewältigung zu unterstützen. Ohne offensichtlich ernsthaft einen Kompromiss mit den Gemeinden zu suchen, reagierte der Bochumer Verein stattdessen ähnlich wie viele andere Bauherren aus der westfälischen Schwerindustrie: Er verzichtete auf die Realisierung seiner ursprünglichen Pläne. Sehr extrem war in einem ähnlichen Fall freilich die Reaktion der Zeche Curl bei Dortmund, die 1883 in der Gemeinde Methler mit dem Koloniebau begonnen hatte, ohne die Ansiedlungs- bzw. Baugenehmigung abzuwarten. Als die Genehmigung mit teuren Auflagen von Kommune und katholischer Kirchengemeinde verbunden wurde, erschien es der Zeche günstiger, 21 bereits fertig gestellte Häuser abzureißen, als diese Forderungen zu akzeptieren.²⁸ Gewiss konnten industrielle Bauherren auf

diese Weise ihre Stärke demonstrieren. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob eine solche Strategie aufrechtzuerhalten war, ohne einen Nachteil im Wettbewerb um Arbeitskräfte speziell gegenüber dem rheinischen Teil des Reviers zu riskieren.

Im Gegensatz zu den vornehmlich auf die Landgemeinden als Förderstandorte angewiesenen Bergbauunternehmen war für den Bochumer Verein in dieser Situation seine Ausdehnung auf die Landgemeinden und die Stadt von Vorteil. Anstatt die durch eine Ansiedlungsgebühr verteuerten Vorhaben umzusetzen, entwickelte der Bochumer Verein unter Ausnutzung der gesetzlichen Ausnahmebestimmungen günstige Alternativen:

Bereits nach Scheitern der Baupläne für Tiemannshof nahm die Firma die Vervollständigung der Kolonie Stahlhausen in Angriff. Infolge des verminderten Platzangebots wurden erstmals seit den 1870er Jahren wieder größere Mehrfamilienhäuser an ihrem nördlichen Rand geplant, die 1889/90 zur Ausführung kamen. In den zehn Häusern an der Alleestraße sollten mehr als 80 Arbeiter- und Meisterfamilien eine Unterkunft finden, deren Unterbringung ansonsten den Bau von mindestens doppelt so vielen Vierfamilienhäusern erfordert hätte.²⁹ Diese Erweiterung der Kolonie war für das Unternehmen insofern günstig, als dafür einerseits noch der einst preiswert erworbene Grund verwendet und andererseits keine Ansiedlungsgebühr erhoben werden konnten. In Westfalen fand das Gesetz auf die Vergrößerung bestehender Kolonien nämlich keine Anwendung. Eine andere Variante, um der Ansiedlungsgebühr zu entgehen, bestand darin, Werkswohnungen innerhalb geschlossener bebauter Ortschaften zu errichten. Diese Auswege – Ergänzung und Bau in geschlossener Ortschaft – wurden von den meisten Bauherren bevorzugt, trugen aber dazu bei, dass aufgrund der Bodenpreise verstärkt größere Mehrfamilienhäuser entstanden.³⁰

Auch der Bochumer Verein verfuhr ab 1890 so, als er ein kurz zuvor mit der „Gesellschaft für Stahlindustrie“ übernommenes Terrain am Rand des Griesenbruchs zu bebauen begann. Mit diesem neuen Koloniebau-Projekt war eine weitgehende Systemumstellung im Hüttenarbeiterwohnungsbau der Firma verbunden: Angesichts des kleinen Grundstücks und erhöhter Baukosten ging man vom „klassischen“ Vierfamilienhaus mit Kreuzgrundriss zu größeren Unterbringungsformen über, ohne jedoch

²⁶ § 13 Ansiedlungsgesetz (wie Anm. 21).

²⁷ Bochumer Verein (Louis Baare/Pinagel) an Landratsamt Stadtkreis Bochum, 17. September 1890 (Abschrift), in: HAK WA 80/1776. Siehe auch Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 115.

²⁸ Kastorff-Viehmann, Wohnung (wie Anm. 11), S. 122-124; Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 116-117.

²⁹ Verwaltungsratsbeschlüsse Nr. 5565 vom 28. März 1889 und Nr. 5627 vom 23. Mai 1889, in: HAK WA 80/792. Die Mehrfamilienhäuser an der Alleestraße sind auf dem Titelbild erkennbar.

³⁰ Heinrich, Wohnungsnot (wie Anm. 2), S. 116-117; Heinrichsbauer, Industrielle Siedlung (wie Anm. 4), S. 34-36; Hundt, Bergarbeiter-Wohnungen (wie Anm. 22), S. 41; Steinberg, Entwicklung (wie Anm. 22), S. 208. Eine weitere Ausnahme, die den Verzicht auf die Ansiedlungsgenehmigung zur Folge hatte, bestand in der Errichtung von Häusern in einem durch einen Bebauungsplan nach dem Fluchtliniengesetz definierten Gebiet.

von einem preiswert herstellbaren Isoliersystem gänzlich abzurücken.³¹ Vielmehr wurden Kompromisslösungen angestrebt: Die Kolonie Wörthstraße, im Volksmund auch als „Funkenburg“ bezeichnet, bot 1895 bereits 110 Familien Unterkunft. Drei Jahre später war die überwiegend aus Neunfamilienhäusern bestehende Siedlung mit fast 20 Häusern vollendet. In diesen Häusern, die so konstruiert waren, dass für neun Parteien immerhin noch sieben separate Zugänge existierten, befanden sich in jedem der drei Stockwerke drei Wohnungen. Jede Einheit verfügte einschließlich Küche über drei Räume sowie einen kleinen Vorraum und ein an die Wohnung anschließendes Klosett. Die Wohnungen der Obergeschosse besaßen darüber hinaus überdachte Balkone zum Wäschetrocknen und Aufenthalt für die Kinder bei schlechtem Wetter. Gegenüber den älteren Häusern von Stahlhausen war die hier gewählte Bauweise hinsichtlich Hygiene und Komfort ein erheblicher Fortschritt.



Abb. 9: Der „Außenring“ der zweiten Hüttenarbeiterkolonie des Bochumer Vereins an der Wörthstraße, der heutigen Ursulastraße, um 1895. Am rechten Bildrand verläuft die Bessemerstraße.

Der Kern von Stahlhausen erfuhr parallel zum Ausbau der Kolonie Wörthstraße durch die Nutzung der Geländereserve östlich der Siedlung bis zur Jahrhundertwende eine Erweiterung in Richtung des Kost- und Logierhauses. Die Häuser entlang der Baarestraße und an den von ihr nach Süden abzweigenden Stichstraßen waren allerdings für die Unterbringung von Meister- und Beamtenfamilien vorgesehen. Beamtenunterkünfte mit einem höheren Ausstattungsstandard, der noch heute am äußeren Erscheinungsbild der erhaltenen Gebäude erkennbar

³¹ Bochumer Verein (Louis Baare/Pinagel) an Vorstand Concordia Mainz, 20. Juli 1890 (Abschrift), in: HAK WA 80/1776; Bochumer Verein (Louis Baare/Pinagel) an Heinrich Albrecht, 1. Juni 1892, in: HAK WA 80/4304.

ist, wurden somit erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Bestandteil der vormals reinen Arbeitersiedlung.³²

Zu einer letzten Zuspitzung der Ansiedlungsproblematik kam es schließlich um die Jahrhundertwende, als der Bochumer Verein einen erneuten Vorstoß in die Landgemeinden versuchte. Mit der Vollendung der Kolonie Wörthstraße und eines letzten großen Mehrfamilienhauses am Rande von Stahlhausen war klar, dass die innerstädtischen Bodenreserven für größere Arbeiterwohnprojekte nahezu erschöpft waren. Eine ideale Erweiterungsfläche, die unmittelbar westlich an die Kolonie Stahlhausen angrenzte, bot der knapp elf Hektar umfassende Hof Rodeschürmann in der Landgemeinde Weitmar, der seit 1894 im Besitz des Bochumer Vereins war. Fünf Jahre später ging die Firma die Bebauung des Terrains und damit den Ausbau von Stahlhausen nach Westen an: Mittelfristig war dort die Errichtung von rund 100 Vier-

familienhäusern eines neuen Typs vorgesehen.³³ Im Herbst 1899 reichte das Unternehmen einen Bauantrag bei der zuständigen Gemeindevertretung ein. Diese war bereit, die Bebauung zu gestatten, stellte dafür aber erhebliche Forderungen auf: Der Bochumer Verein sollte der evangelischen Schulgemeinde umgehend ein Gelände für eine achtklassige Schule zur Verfügung stellen, bei Bedarf hatte er zusätzlich binnen eines Jahres je ein vierklassiges Schulgebäude für die evangelische wie die katholische Schulgemeinde zu errichten. Zudem sollte die Firma zur Deckung der Gehaltskosten des Lehrpersonals einen jährlichen Zuschuss von 30 Mark für jedes Schulkind der Kolonie leisten. Als Abfindung für künftige Armenlasten waren einmalig 5.000 Mark an die Gemeindekasse abzuführen. Schließlich

sollten verschiedene Straßenausgänge bis zur Kohlenstraße durchgeführt werden, wodurch die Siedlung an das öffentliche Straßennetz der Gemeinde angeschlossen worden wäre.³⁴

Wie anders kaum zu erwarten, legte das Unternehmen, das sein Vorhaben als Erweiterung der bestehenden Kolonie Stahlhausen interpretierte, Protest gegen diese Forderungen bei den Aufsichtsbehörden ein. Die Gemeinde

³² Im Jahr 1880 lebte nur ein einziger Werkmeister in der Kolonie. Richter, Stahlhausen (wie Anm. 10), S. 59.

³³ Amtmann Roeding an Landrat Gerstein, 22. März 1905, in: LA NRW Abt. Westfalen Regierung Arnsberg Nr. 17736; Vorlage (Berndt) an Fritz Baare, 25. Mai 1901, in: HAK WA 80/811.

³⁴ Sitzungsprotokolle Gemeindevertretung Weitmar vom 23. und 26. Oktober 1899, in: StadtA BO A Wei 188.

Weitmar stufte das Projekt als neue Kolonie auf ihrem Gebiet außerhalb der geschlossenen Ortschaft ein, das sie nur gegen Erfüllung der Auflagen zu genehmigen bereit war. Weitere Verhandlungen schlugen aber fehl und der Bochumer Verein bemühte sich daraufhin, auf dem Weg einer gewaltigen Einzelansiedlung zum Ziel zu gelangen. Dazu wurde das Bebauungsprojekt offenbar in der Form modifiziert, dass statt der Errichtung einer Vielzahl von Häusern schließlich der Bau eines einzigen, großen Hauskomplexes – die Weitmarer Verwaltung sprach von einer „Familienkaserne“ – mit etwa 65 bis 100 Wohneinheiten betrieben wurde.³⁵ Die Weitmarer Baupolizei versagte dieser Anlage aus technischen Gründen wiederholt die Konzession. Daran entzündete sich ein fast eineinhalbjähriger Rechtsstreit, in dessen Verlauf der Bochumer Kreisausschuss wie der Amsberger Bezirksausschuss der Position des Bochumer Vereins Recht gaben. Die unterlegene Weitmarer Amtsverwaltung legte jeweils bei der nächsthöheren Instanz Berufung ein – und bekam schließlich 1905 durch Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts in letzter Instanz Recht. Für den Bochumer Verein war damit eine seiner Vorstellung entsprechende Bebauung des Hofes Rodeschürmann nach fünfjährigen Verhandlungen und Rechtsstreitigkeiten gescheitert.³⁶

Als Ausweg und gewissermaßen auch Demonstration gegenüber der Weitmarer Amtsverwaltung ist die Aufschließung eines auf der anderen Straßenseite gegenüber dem Rodeschürmann-Komplex, jedoch im Stadtgebiet in unmittelbarer Nähe von Stahlhausen gelegenen Grundstücks zu werten. Das Areal war durch die neu angelegte Weststraße Mitte der 1870er Jahre vom Fabrikgelände abgetrennt und somit als potenzielle Erweiterungsfläche entwertet worden. Beim Bau der dortigen Kolonie Weststraße fand der Bochumer Verein 1906/07 noch einmal zu kleineren Haustypen zurück. Die Motivation zur Errichtung der Anlage bestand hauptsächlich im Fehlen größerer Werkswohnungen, was die beengten Verhältnisse in den Stahlhauser Arbeiterwohnungen belegt. Otto Berndt, der langjährige Firmenbaumeister, betonte gegenüber Generaldirektor Fritz Baare

die Notwendigkeit größerer Wohnungen insbesondere mit Blick auf die Stamarbeiterschaft: „Eine ganze Anzahl unserer besseren Arbeiterfamilien zählen 10-12 Köpfe und für diese reichen die drei- bzw. vierräumigen Wohnungen, wenn ich die Flurküche als Wohnraum mitrechne, nicht aus; es liegen Fälle vor, wo in einem kleinen Raume 6, ja sogar 7 Menschen schlafen. Um diesem Mißstande zu begegnen, empfiehlt es sich, eine Anzahl fünfräumiger Wohnungen zu schaffen und zwar enthaltend 1 großen Wohnraum, 1 Küche und 3 kleine Schlafzimmer; auf diese Weise könnte allen sanitären und sittlichen Wünschen bzw. Erfordernissen Rechnung getragen werden.“³⁷



Abb. 10: Bei der „Neuen Beamten-Kolonie Bochum“ handelte es sich um Beamtenhäuser der Kolonie Weststraße. Auf der Ansichtskarte von 1908 ist auf der linken Seite der Alleestraße das Rodeschürmann-Areal erkennbar.

Als erste Kolonie des Bochumer Vereins wurde die Siedlung an der Weststraße, die im Ganzen aus zwölf, heute größtenteils noch erhaltenen Häusern bestand, von Anfang an als kombinierte Anlage für Arbeiter und Beamte konzipiert. Im Vergleich mit den bislang errichteten Kolonien erfuhr die Anlage eine aufwändige Gestaltung mit starken Anklängen an den Cottagestil, der zu dieser Zeit im regionalen Werkswohnungsbau Verbreitung fand. Prominente Beispiele hierfür finden sich in den Essener Krupp-Siedlungen Alfredshof, Altenhof und Am Brandenbusch.³⁸ Eine stärkere, wenn auch nicht überbordende Dekoration war beim Bochumer Verein zuvor allenfalls den Wohnhäusern für Beamte und Meister zuteil geworden. Im Arbeiterwohnungsbau setzte die Kolonie West-

³⁵ Die Seitenflügel des Gebäudes sollten eine Länge von 54 bzw. 75 Metern haben. Amtmann Roeding an Landrat Gerstein, 22. März 1905, in: LA NRW Abt. Westfalen Regierung Amsberg Nr. 17736.

³⁶ StadtA BO KrA 527. Das Verwaltungsstreitverfahren ist eingehend dargestellt bei Ernst-Albrecht Plieg, Weitmar, Landkreis Bochum. Biographie einer Amtsgemeinde im Ruhrgebiet 1.10.1892-1.4.1926, Horb/Neckar 2000, S. 109-113.

³⁷ Baumeister Berndt an Fritz Baare, 21. April 1906, in: HAK WA 80/811.

³⁸ Wohlfahrtseinrichtungen der Gusstahlfabrik von Fried. Krupp zu Essen a. d. Ruhr, Bd. 2, 3. Ausgabe, Essen 1902.

straße für den Bereich der Hüttenwerke neue Maßstäbe; sie markierte einen ästhetischen Aufbruch.³⁹



Abb. 11: Vorher: Schmuckloser Ziegelbau mit vier Kleinstwohnungen.



Abb. 12: Nachher: Dekoratives Arbeiterdoppelhaus.

Die neuen Maßstäbe spiegeln sich auch in der kurz darauf begonnenen Umgestaltung und Modernisierung der Kolonie Stahlhausen wider, deren Erscheinungsbild sich dadurch komplett veränderte: Die Ziegelfassaden wurden teilweise verputzt, angestrichen und mit Fachwerkoptik versehen. Zur besseren Belichtung der Räume im Ober-

geschoss wurden Giebelaufbauten und Gauben errichtet. Alte, gusseiserne wurden durch Holzfenster mit Schlagläden ersetzt. Als zentrales Gestaltungselement traten Vorbauten und Veranden hinzu. Der Umbau der schmucklosen Häuser brachte eine Aufwertung mit sich, die sich nach innen und außen bemerkbar machte. Der freundlicheren Außengestalt stand im Inneren eine optimierte Belichtung und Belüftung gegenüber. Die Wohnfläche konnte ein wenig vergrößert werden. Kleine Zweizimmerwohnungen aus den 1860er Jahren wurden mittels Zusammenlegung in Fünfstückwohnungen umgewandelt. Das heutige Erscheinungsbild der wenigen erhaltenen Häuser der Kolonie an ihrem westlichen und östlichen Rand rührt im Wesentlichen von dieser Umgestaltung her.

Die Notwendigkeit einer Umgestaltung ergab sich nach vierzig Jahren einerseits aus den Emissionen der Fabrik und zum anderen aus der Abnutzung der den Wohnansprüchen nicht mehr entsprechenden Bausubstanz. Sie schien umso mehr geboten, weil Konkurrenzunternehmen sich anschickten, aufwändige Wohnbauten in gartenstädtisch anmutenden Anlagen zu realisieren, die auf die Arbeiter anziehend wirken konnten. Für die Modernisierung Stahlhausens, die zum größten Teil zwischen 1909 und 1914 erfolgte, wurden knapp 300.000 Mark bewilligt.⁴⁰ Die Kosten waren damit mindestens so hoch wie diejenigen für die Errichtung der gesamten Kolonie Weststraße.

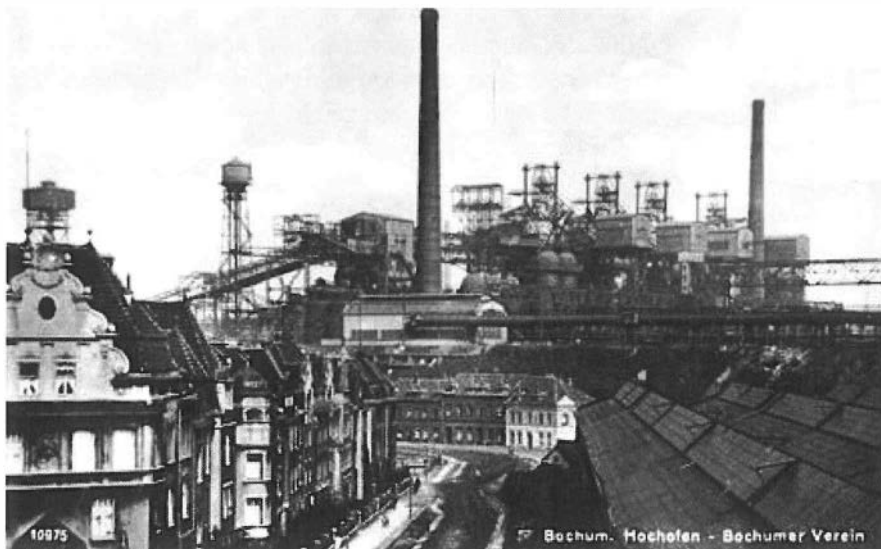
Den Abschluss des Arbeiterwohnbaus im Umfeld der Gussstahlfabrik vor dem Ersten Weltkrieg bildete eine 1909/10 errichtete Gruppe anspre-

chender Mehrfamilienhäuser an der Gahlenschen Straße/An der Maarbrücke mit insgesamt 73 Drei- und Vierzimmerwohnungen, die im Volksmund als „Brezelburg“ bezeichnet wurde.⁴¹ Vor der Eingemeindung von 1904 gehörte ihr Standort zu Hamme.

³⁹ Dieser ist im Bergarbeiterwohnungsbau des Unternehmens ebenfalls erkennbar: Annähernd zeitgleich entstanden 1906/07 die Kolonie Glückaufstraße bei der Hüttenzeche Carolinenglück, deren Errichtung auch als Reaktion auf die Kruppschen Pläne für die Gartenstadtsiedlung Dahlhauser Heide bei Zeche Hannover in Hordel zu verstehen ist, sowie eine dem Typus Glückaufstraße stark ähnelnde Partie von Reihenhäusern bei Zeche Engelsburg in Eppendorf.

⁴⁰ Baumeister Berndt an Fritz Baare, 24. Juli 1907, in: HAK WA 80/811; Verwaltungsratsbeschluss Nr. 8382 vom 27. Juli 1907, in: HAK WA 80/797 sowie die jährlichen Bewilligungsbeschlüsse des Verwaltungsrats.

⁴¹ Vorlage, 30. April 1909, in: HAK WA 80/811; Verwaltungsratsbeschluss Nr. 8546 vom 1. Mai 1909, in: HAK WA 80/797.



– große Verantwortung für die topographische Entwicklung Bochums, wo die Firma im westlichen Stadtteil die Raum prägende Kraft war. Das Erscheinungsbild der Stadtviertel rund um die Gussstahlfabrik wurde davon nachhaltig geprägt.

Abb. 13: Häuser der „Brezelburg“ auf der linken Seite der Gahlenschen Straße. (Ansichtskarte aus der Zwischenkriegszeit)

Resümee

Der Bochumer Verein bemühte sich, das Isolationsprinzip im Arbeiterwohnungsbau möglichst lange aufrechtzuerhalten, wobei der finanzielle Aspekt immer von Bedeutung war. Finanzielle wie prinzipielle Gründe veranlassten das Unternehmen daher, von den Kommunen nach 1876 geforderte Ansiedlungsgebühren abzulehnen. Diese Haltung beeinflusste die Ausgestaltung des Werkswohnbaus für Hüttenarbeiter maßgeblich: Seit 1890 war er stark durch die Errichtung größerer Mehrfamilienhäuser gekennzeichnet. Ebenso wenig wie der Stahlhauser Urtyp des Vierfamilienhauses mit Kreuzgrundriss beibehalten wurde, verzichtete man auf die Fortschreibung des rasterartigen Koloniegrundrisses in Richtung Westen. Pragmatische, kostengünstige Lösungen wurden fortan dem systematischen Ausbau der Werkskolonie vorgezogen. Die Kolonien Wörthstraße, Weststraße und die „Brezelburg“ lassen sich daher als „Satelliten“ der Mutterkolonie Stahlhausen im städtischen Umfeld der Gussstahlfabrik begreifen, die eine modifizierte Ausgestaltung aufwiesen.

Über 20 Jahre konnte der Bochumer Verein die finanziellen Forderungen der Landgemeinden umgehen, indem er größere Wohnungsbauprojekte für sein Hüttenwerk auf das Stadtgebiet konzentrierte, wo sie gebührenfrei umzusetzen waren. Zudem dehnten sich die Arbeiterwohnviertel in Richtung auf das Industriegebiet hin aus.⁴² Der Bochumer Verein trug somit – mittelbar wie unmittelbar

⁴² Imtraud-Dietlinde Wolcke, Die Entwicklung der Bochumer Innenstadt, Kiel 1968, S. 42-48; René Palseur, Bochum. Geographische Betrachtung einer Großstadt im Ruhrgebiet, Würzburg 1938, S. 41-42.

Abbildungsnachweis

Die Arbeiterwohnungen des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation zu Bochum in Westfalen, Berlin 1883 (Abb. 1 und 2);
 Stadt Bochum, Plan der Stadt Bochum 1884/1885, Faksimile 1985 (Abb. 3);
 Glaser's Annalen für Gewerbe und Bauwesen, Jg. 1879 (Abb. 4 und 5);
 Stadt Bochum, Presse- und Informationsamt (Abb. 6);
 Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation Bochum, Westfalen, o.O. 1896 (Abb. 7 und 9);
 Zeitschrift für Baukunde, Jg. 1879 (Abb. 8);
 Sammlung Hansi Hungerige (Abb. 10 und 13);
 Sammlung Hans Joachim Kreppeke (Abb. 11 und 12);
 Historisches Archiv Krupp, Essen (Titelbild).

Clemens Kreuzer

Ein Stadthistorisches Museum für Bochum

Die Geschichte einer Idee und ihrer Realisierungsversuche

Mehr als vierzig Jahre lang ist ein Stadthistorisches Museum für Bochum immer wieder vorgeschlagen, gefordert, in unterschiedlichen Konzepten diskutiert und engagiert dafür geworben worden, bis seine Verwirklichung mit dem 2007 eröffneten „Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte“ endlich auf den Weg gebracht schien. Doch schon zwei Jahre nach der glanzvollen Eröffnung des Zentrums, von dem der damalige Kulturdezernent Dr. Hans-Georg Küppers sagte, hier werde etwas geschaffen, „was diese Stadt auszeichnen wird“¹, wurde es wieder infrage gestellt. Die Abschaffung des in ihm integrierten, wenngleich bis heute nicht vollständig realisierten Museums stand seitdem wiederholt auf der politischen Tagesordnung. Seine Zukunft sieht derzeit keinesfalls erfreulich aus. Eine Schließung würde nicht nur jahrzehntelanges Bemühen um ein stadthistorisches Museum beenden, sondern auch die 100jährige Geschichte der musealen Darstellung hiesiger Stadthistorie, die 1913 mit der Eröffnung eines städtischen Heimatmuseums begann.

Die Geschichte des ehemaligen Heimatmuseums und die Anfänge der ihr nachfolgenden Stadthistorischen Sammlung sind zur Eröffnung des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte ausführlich beschrieben worden², die Ideen zu einem stadthistorischen Museum in Bochum und ihre Realisierungsversuche aber noch nicht. Dies soll nachfolgend aus den schriftlichen Quellen wie aus der persönlichen Kenntnis des Verfassers³ geschehen.

Vorläufer: Heimatmuseum und Stadthistorische Sammlung

Da in der Ideengeschichte eines stadthistorischen Museums in Bochum auch immer wieder Bezug genommen wurde auf das frühere Heimatmuseum und die aus ihm hervorgegangene Stadthistorische Sammlung, ist vorweg

¹ Es wird diese Stadt auszeichnen, WAZ vom 8. Dezember 2006.

² Ingrid Wölk, Der Sache(n) wegen ... Bochumer Sammlungen und Museen 1910-2007, in: Sieben und neunzig Sachen, Sammeln – Bewahren – Zeigen (Ausstellungskatalog), herausgegeben vom Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte (Ingrid Wölk) und der Kortum-Gesellschaft Bochum e.V., Essen 2007, S. 8-32.

³ Der Verfasser wurde 1979 Mitglied des Rates und gehört seit 1984 dem Kulturausschuss an. Von 1989 bis 1999 war er kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, von 1994 bis 1999 auch Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft. Seit 2009 ist er Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur und Sport.

ein kurzer Blick auf diese Vorläufer der Museumsidee nötig. Im Jahre 1913 übernahm die Stadt die heimatkundliche Sammlung des Rektors Bernhard Kleff, die dieser seit 1910 zusammengetragen hatte.

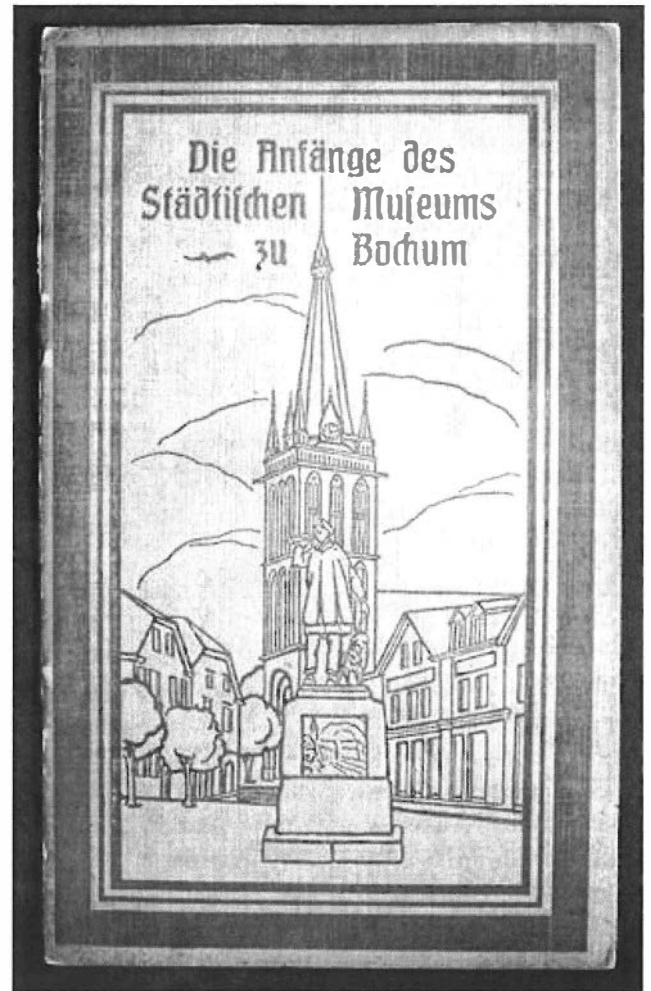


Abb. 1: Titelseite einer 1918 von Rektor Kleff verfassten Broschüre über das 1913 geschaffene Museum.

Zunächst in verschiedenen städtischen Räumlichkeiten mehr recht als schlecht untergebracht, erhielt sie 1919 in Haus Rechen eine dauerhafte Bleibe. Das Ehrenfelder Adelshaus befand sich dort, wo jetzt die Kammerspiele sind. Da es dem Heimatmuseum mit allen Räumen zur Verfügung stand und in Rektor Kleff, dem die nebenberufliche Leitung des Museums übertragen worden war, einen engagierten Förderer hatte, wurde Haus Rechen im Laufe der 1920er Jahre zu einem respektablem, in Bochum beliebten Präsentationsort der lokalen und regionalen Geschichte. Doch 1944 zerstörte der Bombenkrieg die Borganlage. Die zuvor ins Sauerland ausgelagerten Museums-Objekte wurden infolge klimatisch katastrophaler Aufbewahrungsbedingungen (in einem Schieferbergwerk) sowie durch Plünderungen, Diebstähle und andere Verlustgründe stark dezimiert. Nach Kriegsende hat die provisorische Einlagerung der nach Bochum zu-

rückgeholten Reste auch nicht gerade zu deren konsequentem Erhalt beigetragen. Die übriggebliebenen Ausstellungstücke des früheren Heimatmuseums, ergänzt um

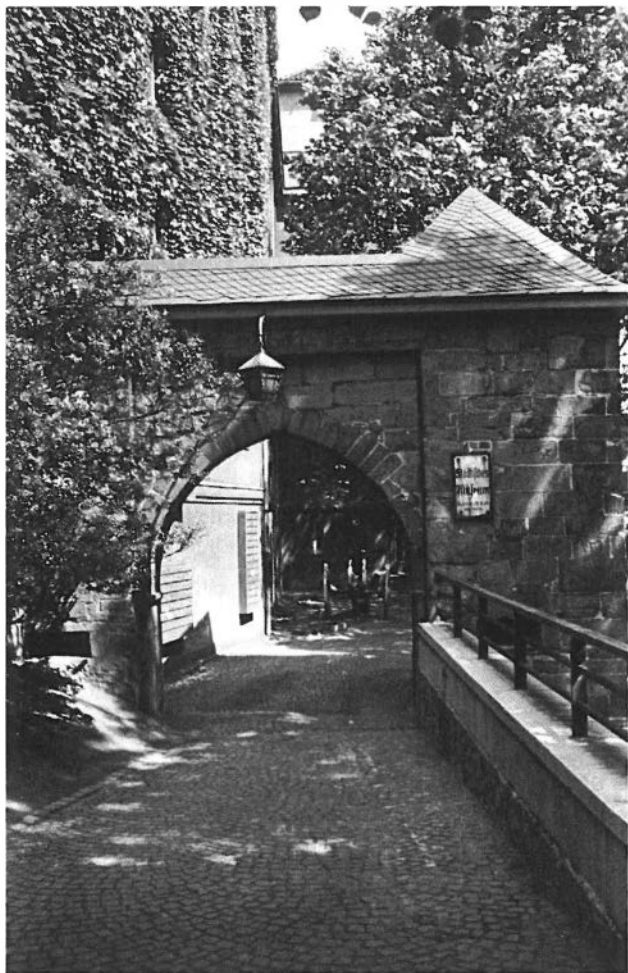


Abb. 2: Eingang zum Städtischen Museum in der Burganlage Haus Rechen; Tafel rechts vom Torbogen siehe Abb. 2a



Abb. 2a: siehe Abb. 2

unsystematische Zukäufe durch das Kulturreamt in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, wurden nun als „Stadthistorische Sammlung“ bezeichnet. Doch fast zwei Jahrzehnte lang konnte diese nicht besichtigt werden, weil wiederholte Präsentationsbemühungen am Mangel geeigneter Ausstellungsräume scheiterten.⁴

Erst nachdem Dr. Peter Leo 1960 neben der Leitung

⁴ In der 1956 bis 1962 geführten Kulturreamts-Akte „Planerische Überlegungen für einen neuen Standort des Bochumer Heimatmuseums, StAB, Bo 41/618, sind diese Bemühungen aktenkundig.

der in der Villa Markhoff eröffneten Städtischen Kunstsammlung auch die Zuständigkeit für die Stadthistorische Sammlung übernommen hatte, wurde nach und nach ein Teil von ihr wieder öffentlich: Ab 1961 standen in Haus Kennade zwei Räume für eine kleine Auswahl ihrer Objekte zur Verfügung⁵ und in den nächsten Jahren kamen ein paar hinzu. Weitergehende Erwartungen verbanden sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit den Planungen des Freizeitentrums Kennade, aus denen die Absicht erwuchs, die Burganlage zu einem kulturellen Ankerpunkt der Freizeitangebote am geplanten Kennader See auszugestalten. Eine grundlegende Umnutzung des landwirtschaftlich genutzten Anwesens sollte die Wohn- und Wirtschaftsräume des Pächters in die Unterburg verlagern, die gesamte Oberburg aber für „heimatkundliche Zwecke“ einschließlich einer einbezogenen Gaststätte zur Verfügung stehen.⁶



Abb. 3: Blick in das 1963 erweiterte „Heimatmuseum“ in Haus Kennade.

Doch Ende 1970 erwarb die Stadt von dem Bochumer Sammler-Ehepaar Hans und Hede Grumbt einen ersten Teil der heutigen Musikinstrumenten-Sammlung,⁷ dem gleichfalls ein Platz in Kennade zugewiesen wurde. Dadurch kamen die aus dem Umbau erwarteten zusätzlichen Nutzungsmöglichkeiten in dem Raumkonzept, das Leo im Frühjahr 1971 vorlegte, der Grumbt-Sammlung zugute.⁸ Als die Stadthistorische Sammlung nach den

⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1961, S. 133.

⁶ So die Begründung in der Verwaltungsvorlage vom 17. September 1968 im Kulturausschuss; der Beschluss selbst formuliert umfassender eine „Nutzung für kulturelle Zwecke“.

⁷ Vertrag vom 18. Dezember 1970, StAB Bo 41/383.

⁸ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses vom 22. März 1971.

Umbauten 1972 wieder eröffnet wurde, umfasste ihr Kernbereich nur vier Räume: Einer von ihnen zeigte Exponate der Stadtgeschichte sowie Funde aus archäologischen Grabungen, ein zweiter Gegenstände alter bürgerlicher Wohnkultur, der dritte Objekte der Arbeit, insbesondere des früheren Handwerks, und der vierte das schon 1968 eingerichtete „Kortum-Zimmer“ mit Erinnerungen an den Jobsiaden-Dichter.⁹ Neben dieser Ausstellungskernzone waren die gastronomisch genutzten Räume „mit Stücken der Stadthistorischen Sammlung dekoriert“ worden.¹⁰ Unter den in Kemnade präsentierten Exponaten ließen sich zwar Highlights der Stadthistorischen Sammlung bewundern, die Ostermann-Objekte



Abb. 4: Dr. Peter Leo bei der Eröffnung des „Kortum-Zimmers“ in Kemnade im Mai 1968.

zum Beispiel, doch war nur ein kleiner Teil ihrer Bestände zu sehen, völlig ungeeignet, auch nur einen Überblick über die Geschichte der Stadt zu vermitteln.¹¹

⁹ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1972, S. 117.

¹⁰ Wölk, Der Sache (wie Anm. 2) S. 25.

¹¹ Die Datei der heute im Stadtarchiv zusammengefassten Sammlung zählt immerhin 1.134 Objekte aus dem Museumsgut des Heimatmuseums Haus Rechen, darunter allerdings auch diejenigen, die im

Einen gewichtigeren historischen Ausstellungsakzent setzte der agile Museums-Chef mit dem Anfang der 1970er Jahre hinter die Burg translozierten Fachwerk-Bauernhaus der ehemaligen Stiepeler Meierei Schulte zur Oven, das seit 1973 als „Bauernhaus-Museum“ die alten bäuerlichen Lebens- und Arbeitsweisen darstellt.¹² Im selben Jahr hat auch der Rat der noch selbstständigen Stadt Wattenscheid beschlossen, den in städtischem Eigentum befindlichen Hilfs-Hof in Sevinghausen zu einem großen Teil museal zu nutzen; hier sollte jedoch kein „reines Bauernhausmuseum“ entstehen, sondern auch ein Heimatmuseum zur Geschichte Wattenscheids.¹³ Ende 1974 wurde es eröffnet, unmittelbar vor der Fusion mit Bochum. Mit den Bauernhäusern in Sevinghausen und Stiepel bildeten die früheren bäuerlichen Lebensweisen den Schwerpunkt der musealen Darstellung einer inzwischen anderthalb Jahrhunderte industriell geprägten Regionalgeschichte.

Fernziel: „Stadthistorisches Museum“

Dass Bochums Stadtgeschichte in den Ausstellungsräumen von Kemnade nicht sonderlich ausführlich daher kam, hatte vor allem räumliche Gründe. Doch gab es weitere: Schon bei der Eröffnung der Sammlung Anfang der 60er Jahre war die Überlegung, ein „Heimatmuseum“ jenseits der eigenen Stadtgrenzen¹⁴ zu entwickeln, in der Bochumer Öffentlichkeit aus lokalpatriotischen Motiven umstritten.¹⁵ Auch nach Peter Leos Ansicht gehörte eine Nachfolge-Einrichtung des früheren Heimatmuseums – zudem in anderer Form, denn er hielt nichts vom „Heimatmuseumsmuff“¹⁶ – in die Bochumer Innenstadt. Schon 1966 visierte er bei einer Vorstellung der Kemnader Sammlung zwei „Fernziele“ an: ein Ensemble alter Fachwerkhäuser hinter der Wasserburg als Freilichtmuseum bäuerlicher Kultur, dessen Anfang er ein paar Jahre später mit dem Bauernhaus-Museum machen sollte, und im Zentrum des Ortes ein „stadthistorisches Museum, das einmal geschlossen die Geschichte Bochums mit allen ihren menschlichen, sozialen und politischen Aspekten darstellen soll“.¹⁷ Diese seine Vision war der Anfang der öffentlich diskutierten Ideengeschichte von

Bauernhaus-Museum ausgestellt sind und zahlreiche, deren Ausstellungswert zweifelhaft ist. Wölk, Der Sache (wie Anm. 2), S. 28.

¹² Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1973, S. 131.

¹³ Franz Werner Bröker, Geschichte des Bauernhauses Helf und des Heimatmuseums Hilfs Hof, in: Der Wattenscheider, 24. (1999), Heft 2, S. 3 ff.

¹⁴ Kemnade lag damals und liegt auch heute im Ennepe-Ruhr-Kreis.

¹⁵ U. a.: Bleibe für Heimatmuseum, in: RN vom 6. Dezember 1958; Merkwürdiges Kapitel ‚Heimatmuseum‘, in: WAZ vom 29. Juli 1961.

¹⁶ Zitiert nach Wölk, Der Sache (wie Anm. 2), S. 25.

¹⁷ Zitiert in: F. W. Sch., Heimatsammlung wächst in Kemnade, WAZ vom 3. September 1966.

einem „Stadthistorischen Museum“ in Bochum. Doch Peter Leo konnte seine Überlegungen bis auf den Fachwerkbau hinter Kennade nicht mehr verwirklichen; ein früher Tod hat ihn 1972 auch aus diesen Plänen gerissen.

Neue Idee: „Historisches Museum Bochum“

Ein paar Jahre später war die museale Darstellung der Bochumer Stadtgeschichte Gegenstand eines Ideengerüsts, das zwar über den Plan eines stadthistorischen Museums hinausging, aber ein solches grundlegend einbezog: Der 1974 als Leiter des Stadtarchivs nach Bochum gekommene Dr. Johannes Volker Wagner wollte das Archiv ausbauen zu einem „*Historisch-politischen Informationszentrum*“ und fügte seiner Konzeptvorlage in Klammern hinzu: „*Historisches Museum Bochum*“.¹⁸ Sein Konzept unterbreitete er 1978 zunächst der interfraktionellen „Kommission Aufgabenkritik“, die eigentlich gebildet worden war, Spar-Vorschläge im Wege des Abbaus städtischer Aktivitäten zu machen. Doch Wagners Vorschlag überzeugte offenbar, denn die Kommission sah „*in der Errichtung eines historisch-politischen Informationszentrums eine sinnvolle Ergänzung der Archivaufgaben*“ und empfahl eine entsprechende Vorlage an den Kulturausschuss.¹⁹ Dort stellte der Archivleiter seine Idee ein halbes Jahr später vor und erhielt den Auftrag, die Kosten für den Aufbau eines solchen Zentrums zu ermitteln sowie Vorschläge zur räumlichen Lösung zu machen.²⁰ Ende 1980 präsentierte er dem Ausschuss ein „*theoretisches Grundsatzprogramm*“ sowie Vorstellungen zu dessen räumlicher Verwirklichung.²¹

Danach war nicht gedacht an ein „*Museum im üblichen Sinne, in dem exemplarisch ausgewählte ‚Spitzen‘-Objekte und Materialien dem Betrachter dargeboten werden.*“ Vielmehr sollten „*die verschiedensten Quellenzeugnisse – seien sie schriftlicher, bildlicher, filmischer, auditiver, gegenständlicher Art – eingehend im Zusammenhang dargestellt*“ werden und auf diese Weise eine „*ständige Ausstellung und multimediale Information zur politisch-wirtschaftlichen, technischen, sozio-kulturellen Entwicklung Bochums und des Ruhrgebiets im 19. und 20. Jahrhundert*“ schaffen. Eine „*Gedenkstätte gegen den NS-Terror mit einer ständigen Doku-*

¹⁸ Aufbau eines historisch-politischen Informationszentrums (Historisches Museum Bochum), Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 20. September 1978.

¹⁹ Niederschrift über die Sitzung der Kommission Aufgabenkritik am 7. April 1978, als Anlage 1 dem Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 20. September 1978 beigelegt.

²⁰ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 20. September 1978.

²¹ Konzeption eines Historisch-Politischen Informationszentrums (Historisches Museum Ruhr), Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 6. November 1980, Top V/7.

mentation über Verfolgung und Widerstand im Ruhrgebiet“ sowie die „*Erarbeitung alternierender thematischer Sonderausstellungen zur Vertiefung aktueller politisch-sozialer Fragen*“ sollten hinzukommen. Das Gesamtkonzept reichte mit Bildungs- und Schulungsangeboten, Diskussions- und Bürgerforen über ein klassisches Museum hinaus, doch seine musealen Elemente sollten neben dem Archiv die tragenden Säulen des Instituts sein.

Mit der Vorlage von 1980 wagte der Archivleiter gegenüber der von 1978 einen „großen Wurf“. Statt „Historisches Museum Bochum“ hieß es nun in Klammern: „*Historisches Museum Ruhr*“. Eine Einrichtung für das ganze Ruhrgebiet war jetzt anvisiert, in der jedoch die Geschichte der Bochumer Region exemplarisch für die des Reviers stehen sollte. Die Realisierung dieser Idee hätte Bochum ein kulturelles Alleinstellungsmerkmal gebracht, doch erfuhr sie das taktische Schicksal, das manchem kulturpolitischem Vorschlag beschieden war: Sie wurde nicht etwa abgelehnt, sondern ausdrücklich begrüßt und gelobt, ihre Verwirklichung aber immer wieder „auf die lange Bank geschoben“ und mit ihr zusammen auch das historische Museum für Bochum.

Das Stadtarchiv beschränkte sich deshalb zunächst auf thematische Wechselausstellungen in der über 1.000 m² großen Werkshalle an der Kronenstraße, verlor das Museumsziel jedoch nicht aus den Augen. So hieß es 1984 am Schluss einer Vorlage über geplante „*Historisch-politische Wechselausstellungen*“ unter „*Perspektiven*“, das Endziel dieser Ausstellungsaktivitäten werde „*ihre Zusammenfassung und Konzentrierung in dem geplanten Historisch-Politischen Informationszentrum sein*“. Das Ausstellungsprogramm selbst sah nach der im Vorjahr so erfolgreichen Ausstellung „Hakenkreuz über Bochum“ eine Ausstellung für 1984 aus Anlass der 80jährigen Wiederkehr der Großstadtwerdung Bochums vor. Mit ihr solle „*ein weiterer Grundstock für die ständige Ausstellung zur Geschichte Bochums und für das Dokumentationszentrum gelegt werden*“.²² (Siehe hierzu Abb. 5 auf der folgenden Seite.)

Ein „Bochumer Haus der Geschichte“

Wenige Wochen vor der Schließung der Jubiläumsausstellung „Bochum wird Großstadt“ erschien in der WAZ ein Artikel aus der Feder ihres Lokal-Chefs Alfred Wolf, in dem der Bogen weit zurück geschlagen wurde: „*Die ungeplante Wiedergeburt des Heimatmuseums Bochum*“ lautete die Überschrift. In seinem Text erinnerte Wolf daran, dass Bochum sein Museum im Haus Rechen

²² Historisch-politische Wechselausstellungen, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 22. März 1984.

durch den Krieg verloren und „noch nicht wieder einen neuen Anfang gefunden“ habe. Eine Möglichkeit dazu sah er in der kurz vor ihrem Abbau stehenden Jubiläumsausstellung zur Großstadtwerdung: „Jeder, der sie gesehen hat, fragt sich unwillkürlich, warum diese Ausstellung niemals wieder abgebaut werden soll.“ Sie biete sich geradezu als Kernstück für ein „Bochumer Haus der Geschichte“ an. Und er appellierte an die Besitzer von Objekten der Bochumer Stadtgeschichte, diese dem Stadtarchiv zur Verfügung zu stellen.²³



Abb. 5: Szene aus der Ausstellung „Hakenkreuz über Bochum“ 1983 in der Werkshalle Kronenstraße.

Der Appell hatte ungeahnten Erfolg: In den folgenden Wochen berichtete die WAZ immer wieder über Gegenstände, die dem Archiv von Bürgern für ein „Bochumer Haus der Stadtgeschichte“ übergeben wurden: mal eine Federzeichnung der historischen Altstadt, mal vergilbte Fotos aus längst vergangenen Tagen, mal ein altes Geschäftsbuch oder ein Gebrauchsgegenstand aus Urgroßmutter's Haushalt. Täglich würden neue alte Schätze angeboten, schrieb Wolf Anfang August, sodass seine Vorstellung der einzelnen Stücke „hoffentlich eine Art Endlos-Serie“ werde.²⁴ Tatsächlich riss diese bis Ende September nicht ab, berichtete die WAZ immer wieder über neue Sachspenden. Der letzte Artikel darüber erschien ein ganzes Jahr später im Oktober 1985.²⁵ So entstand langsam neben der früheren, vom Kunstmuseum in Kemnade verwalteten Stadthistorischen Sammlung eine weitere

beim Stadtarchiv, von Bürgern ausdrücklich gestiftet für ein „Bochumer Haus der Geschichte“.

Das ließ allerdings auf sich warten. Wolf hatte noch im Sommer 1984 angesichts der wahlbedingten kommunalpolitischen Sommerpause in einer seiner unter dem Pseudonym „Peter Peng“ veröffentlichten Wochenendglossen mit leichter Ironie spekuliert, vielleicht sei ja das „Bochumer Haus der Geschichte“ schon Wirklichkeit, wenn der neugewählte Rat „nach fast drei Rat-losen Monaten“ wieder zusammentrete. Tatsächlich kam das Projekt, von den bürgerschaftlichen Sachspenden für die neue stadthistorische Sammlung abgesehen, nicht nur bis zur Neukonstituierung des Rates am Jahresende, sondern bis zum Ende des ganzen Jahrzehnts nicht voran.

Die „alte“ stadthistorische Sammlung

Während die „neue“ stadthistorische Sammlung weiter wuchs, wurde die ursprüngliche in Haus Kemnade zunehmend zum Aschenputtel vielfältiger Museumsaufgaben. Leos Nachfolger, Dr. Peter Spielmann, setzte dort andere Akzente. Schon zwei Jahre nach der Wiedereröffnung der Stadthistorischen Sammlung waren die Kortum-Exponate in den kleinen Turm der Burg verlegt und das bisherige „Kortum-Zimmer“ in ein „Beethoven-Zimmer“ verwandelt worden, das eine raumgreifende Kunstinstitution des südamerikanischen Komponisten und Künstlers Mauricio Kagel für seinen Film „Ludwig van“ zeigte.²⁶ Spielmann verfolgte für Kemnade ein Ausstellungskonzept, das sich – wie er später einmal im Kulturausschuss dargelegt hat – an den Sammlungen früherer Schlossherren anlehnte, in denen häufig Bestände unterschiedlichster Art nebeneinander existierten. Nach diesem Muster passten auch in Kemnade historische Dokumente, fremdländische Musikinstrumente, archäologische Bodenfunde, japanische Netsuke²⁷ und zeitgenössische Kunst zueinander.

Der Letzteren wurde zunehmend stärkere Präsenz in der Burganlage auch außerhalb des dem Kunstverein überlassenen Domizils eingeräumt. Dass die Einschränkungen im Bochumer Kunstmuseum durch die Herstellung seines Erweiterungsbaus „verstärkte Ausstellungsinitiativen in

²³ Die ungeplante Wiedergeburt des Heimatmuseums Bochum, in: WAZ Bochum vom 12. Juli 1984.

²⁴ Peter Peng (= Alfred Wolf), Politik wie Sommerfußball, in: WAZ vom 4. August 1984.

²⁵ Die Pressedokumentation im StAB, ZGS V C 3, enthält zwei Dutzend Berichte.

²⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1974, S. 130. Peter Spielmann, Museum als Ort der Begegnung, Brno 2010, S. 68-69.

²⁷ Netsuke sind Miniatur-Schnitzereien, die aufgrund einer Schenkung des Sanunlers Kurt Ehrlich 1990 in Kemnade hinzukamen (Kulturausschuss am 8. März 1990).

der Wasserburg Haus Kemnade“ zur Folge hatten²⁸, auch zu Lasten der dortigen Ausstellungen, war einsichtig. Doch auch nach der Wiedereröffnung des Museums am Stadtpark engten vor allem gegen Ende der 1980er Jahre Kunstausstellungen die angestammten Sammlungen in Kemnade ein. Dass die Ausstellungsreihe „Neue Kunst in alten Räumen“²⁹ schließlich zu einer grundsätzlichen Änderung des Nutzungskonzepts der Burg führen würde, deutete sich auf einer Pressekonferenz im September 1989 zur Eröffnung einer großen Ausstellung des Künstlers Ludger Hinse an, die Spielmann zum Anlass nahm, ein neues „Konzept von Kemnade“ (WAZ) vorzustellen. Bauernhaus-Museum, Grumbt-Sammlung und Kortum-Zimmer hatten darin noch ihren Platz und die „*Neue Kunst in alten Räumen*“ wurde besonders hervorgehoben, aber die Stadthistorische Sammlung nicht einmal erwähnt.³⁰ Sie schien in dem proklamierten „*neuen Konzept*“ nicht mehr vorzukommen und innerhalb der eröffneten Ausstellung selbst war sie hinter den Kunstobjekten weitgehend unsichtbar geworden.

Ein „offener Brief“ des Verfassers an den Museumschef schilderte, wie diese „*teilweise ziemlich eingeeengt und eher unpassend zwischen historischen Möbelstücken, an geschlossenen Hochvitriolen, über Tischen mit alten Urkunden und über Burgekaminen*“ hingen. Die Hochvitriolen habe man zugenagelt, um zusätzliche Bilderflächen zu gewinnen, die Tischvitrine mit den archäologischen Funden sei mitten zwischen den Jobsiade-Puppen des Kortum-Zimmers gelandet. Die alten Stadtansichten hätten farbigen Abstraktionen Platz gemacht und ein großer Teil der historischen Exponate sei wohl in einer Abstellkammer gelandet. „*Zwischen und neben dem altwestfälischen Mobiliar, das normalerweise die Wohnkultur des 17. bis 19. Jahrhunderts veranschaulichen soll, drängen sich abstrakte Farbkompositionen, Aktbilder und Motive aus der industriellen Arbeitswelt [...]*“³¹ Der „offene Brief“ fand einige Resonanz in der Bochumer Presse.³² Der Museumsleiter hat nicht selbst darauf geantwortet, sondern den Künstler über die Presse antworten lassen, Kemnade dürfe „*nicht eingemottet, eingesargt werden*“, Tradition müsse „*mit heutigem Leben verbunden sein*.“ Deshalb sei das Museumskonzept „*Neue Kunst in alten Räumen*“ richtig und weiter zu entwickeln.³³

²⁸ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1983, S. 148.

²⁹ Spielmann, Museum (wie Anm. 26), S. 68.

³⁰ „Wichtiger Punkt“ am See. Peter Spielmann erläutert das Konzept vom Kemnade, in: WAZ vom 22. September 1989.

³¹ Kopie des Briefes im Besitz des Verfassers.

³² „Die Stadthistorie wird auf Kemnade vergewaltigt“, Kulturausschussmitglied Kreuzer protestiert, in: WAZ vom 28. September 1989 sowie „Die Stadthistorie wird vernachlässigt“, Clemens Kreuzer kritisiert Museum, in: RN vom 30. September 1989.

³³ „Schloss Kemnade nicht einmotten“. Ludger Hinse an Clemens Kreuzer, in: WAZ Bochum vom 30. September 1989.

Als dem Kulturausschuss ein halbes Jahr später ein von ihm erbetenes „*Gesamtkonzept für die kulturelle Nutzung des Hauses Kemnade und für die Unterbringung und Präsentation der dort vorhandenen Sammlungen*“³⁴ vorgelegt wurde, kam darin die „neue Kunst in alten Räumen“ mit Ausnahme des Kunstvereins-Domizils nicht mehr vor. Ursache der Anforderung des Raumkonzepts war neben der vorstehenden Kritik die für 1991 in Aussicht gestellte Rückgabe des an die Kemnade GmbH vermieteten ehemaligen Gesindehauses im nördlichen Seitenflügel der Burganlage, mit dem zusätzliche Ausstellungsflächen zu erwarten waren. Die kamen jedoch vor allem der Grumbt-Sammlung zugute, deren zweiten Teil die Stadt 1985 erworben und dabei vertraglich festgelegt hatte, dass ihr „*endgültiger Standort nunmehr die Räume der Wasserburg Haus Kemnade*“ sein sollten.³⁵ Die Stadtgeschichtliche Sammlung profitierte von Flächenzuwachs und Neugliederung kaum; ihr wurden zwei bisherige Lagerräume für die Kaminplatten und die historischen Waffen sowie für frühgeschichtliche Funde zugewiesen.³⁶

Dass archäologische Funde in weit größerem Umfang in Kemnade lagerten, allerdings nicht in Ausstellungsräumen präsentiert, sondern „*in einem Kartonberg auf dem Dachboden des Hauses*“, hat Prof. Dr. Volker Pingel von der Ruhr-Universität später öffentlich gemacht. Es handelte sich um Grabungsfunde des Archäologen Karl Brandt von teilweise „*einzigartigem Rang*“, zu denen dieser der Stadt schon in den 1960er Jahren „*ein klares Konzept für eine umfangreiche Ausstellung*“ erarbeitet hatte.³⁷ Ein Schatz zur frühgeschichtlichen Besiedlung des Bochumer Raums, der bis heute nicht gehoben ist.

Neue Anläufe

Das neue Raumkonzept für Kemnade bestätigte zwar ausdrücklich, die stadthistorischen Sammlungen „*gehörten zu dieser mittelalterlichen Wasserburg*“, sie „*möblierten*“ dessen historische Räume, machte aber zugleich deutlich: Raumausstattungszwecke und die alten adlig-höfischen Sammlungsideen bestimmten immer noch das Ausstellungskonzept, nicht aber die Vermittlung von Stadtgeschichte in größeren Zusammenhängen. Und Erweiterungschancen dazu gab es ohnehin nicht mehr.

³⁴ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 24. November 1989.

³⁵ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 8. Februar 1985.

³⁶ Nutzung für die Wasserburg Haus Kemnade, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 22. Mai 1990.

³⁷ Vorwort des Herausgebers Volker Pingel zu: Karl Brandt, Bochum. Aus der Vor- und Frühgeschichte der Stadt, Gelsenkirchen/Schwelm 1997, S. 5.

Deshalb legte der Verfasser noch in der Diskussion um das Raumkonzept „*Thesen zu einem stadthistorischen Museum*“ vor.³⁸ Sie verglichen zunächst die lokale Situation mit der überregionalen: Das in den 1980er Jahren stark gestiegene Interesse der Bevölkerung an historischen Ausstellungen habe zu einem Gründungsboom entsprechender Museen geführt, auch im Ruhrgebiet.³⁹ Fast alle Bochumer Nachbarstädte hätten ihre regional-historischen Museen in neuen oder renovierten Räumen nach modernen museumsdidaktischen Grundsätzen erneuert. Dagegen sei die Stadthistorische Sammlung in Kemnade, die „*ein buntes Sammelsurium*“ von Exponaten zeige, nicht systematisch weiterentwickelt, sondern eingengt und reduziert worden, auch die vor zehn Jahren als Teil eines Historisch-politischen Informationszentrums empfohlene stadthistorische Dauerausstellung immer noch nicht zustande gekommen. Die Verwaltung solle prüfen, ob sich dieses Archivkonzept nicht mit der Stadthistorischen Sammlung von Kemnade verbinden lasse und die Möglichkeiten einer Fortentwicklung und Aktualisierung des Konzepts von 1980 vorstellen.

Da arbeitete das Stadtarchiv bereits am Konzept einer „*größeren Dauerausstellung*“ zum Thema „*Industriestandort Bochum – 150 Jahre Stadtentwicklung*“⁴⁰, wohl in Reaktion auf das Programm der SPD zur Kommunalwahl 1989, in dem es hieß: „*Im Stadtarchiv soll eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte entstehen, die insbesondere die neueste Geschichte behandelt.*“⁴¹ Nach dem im Herbst 1990 vorliegenden Konzept einer „*Dauerausstellung 150 Jahre Bochum*“ (Arbeitstitel)⁴² sollten vor allem die großen Wechselausstellungen von 1983 bis 1986⁴³ zur „*Gestaltung einer ständigen Präsentation der letzten 150 Jahre Stadtgeschichte*“ zusammengefasst werden. Dargestellt werden solle, „*was das eigentlich Charakteristische dieser Stadt ausmacht: ihr Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, ihr Weg von der Ackerbürgerstadt zur modernen Industrie- und heutigen Universitätsstadt.*“

Im Kulturausschuss wurde das Konzept der Dauerausstellung Ende 1990 zusammen mit den im Mai eingebrachten „*Thesen zu einem stadthistorischen Muse-*

um“ und einer umfassenden Stellungnahme der Verwaltung beraten, die sie unter dem Titel „*Stadthistorisches Museum bzw. Historisches Zentrum Ruhrgebiet in Bochum*“ vorlegte. Darin wurde die Situations-Analyse des Thesenpapiers bestätigt: die Fortschritte der historischen Museen im Ruhrgebiet ebenso wie „*ein erhebliches Defizit*“ in Bochum. Die „*Forderung nach einem Stadthistorischen Museum*“ sei „*deshalb berechtigt*“. Die Großausstellungen der Jahre 1983 bis 1986, deren Elemente größtenteils in eine Dauerausstellung eingehen könnten und die Überlieferungsfonds des Archivs, mit denen es „*eine gute dokumentarische Ausgangsbasis für ein Stadthistorisches Museum*“ gebe, böten die notwendigen Voraussetzungen.⁴⁴

Ambivalent war die Stellungnahme zu der Anregung, den Kemnader Teil der Stadthistorischen Sammlung mit einer Dauerausstellung des Archivs zu verbinden. Nachdem Kulturdezernent Dr. Erny schon bei der Einbringung des Thesenpapiers „*eindringlich vor einer Aufgabenvermischung*“ gewarnt hatte⁴⁵, wurde die alte Position bekräftigt, dass die Stadthistorische Sammlung zur „*Ausstattung der historischen Räume im Haus Kemnade*“ gehöre und diese „*klare thematische Trennung*“ beizubehalten sei. Dadurch werde die Darstellung der Bochumer Geschichte auf mehrere Standorte verteilt: die frühzeitliche, bäuerliche und adlig-höfische Entwicklung auf Haus Kemnade und die Bauernhausmuseen, die Geschichte seit Industrialisierungsbeginn beim Stadtarchiv. Doch das war angesichts der Kemnader Realitäten eine Scheinlösung, ließ doch die dortige Raumverteilung nicht einmal in Ansätzen zu, was zur Darstellung der frühzeitlichen und adlig-höfischen Geschichte vom Stadtarchiv vorgeschlagen wurde. Konkrete Pläne waren auch nur, eingebunden in das aktualisierte Konzept eines Historisch-politischen Informationszentrums, für die Darstellung der jüngeren Geschichte im Archiv beigefügt. Diese „*ständige Ausstellung*“, inhaltlich der gesondert vorgelegten, aber mit beratenen Vorlage „*Dauerausstellung 150 Jahre Bochum*“ entsprechend, sollte zusammen mit der „*Erarbeitung alternierender thematischer Sonderausstellungen*“ Kernbereich des „*Historischen Zentrums*“ werden.

Die Papiere wurden nach intensiver Diskussion zur weiteren Beratung an die Fraktionen überwiesen.⁴⁶ Anfang des folgenden Jahres stellte der Kulturausschuss dann bei den Etatberatungen für 1991 80.000 DM in den neuen Haushalt ein zur Finanzierung eines Planungsauftrags, mit dem die räumlichen und organisatorischen Umsetzungsmöglichkeiten des Konzepts untersucht wer-

³⁸ Thesen zu einem stadthistorischen Museum, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 22. Mai 1990.

³⁹ Nach: Heinrich Theodor Grütter, *Museumshandbuch Ruhrgebiet. Die historischen Museen*, Essen 1989, S. 14.

⁴⁰ Mitteilung des Stadtarchivs vom 14. Februar 1990 an den Hauptausschuss für die Haushaltsberatungen aufgrund eines Auftrags des Kulturausschusses vom 18. Januar 1990.

⁴¹ Die SPD im Rat der Stadt Bochum informiert. Selbstbewusst in die 90er Jahre. Programm zur Kommunalwahl 89, S. 28.

⁴² Dauerausstellung „150 Jahre Bochum“ des Stadtarchivs Bochum, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 27. September 1990.

⁴³ Neben den bereits erwähnten Ausstellungen von 1983 und 1984 ist 1986 die Ausstellung „*Vom Trümmerfeld ins Wirtschaftswunderland*“ hinzugekommen; die drei Ausstellungen stellten zusammen die Entwicklung Bochums im Zeitraum 1824-1955 dar.

⁴⁴ Stadthistorisches Museum bzw. Historisches Zentrum Ruhrgebiet in Bochum, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 7. Dezember 1990.

⁴⁵ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 22. Mai 1990, S. 5.

⁴⁶ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 7. Dezember 1990.

den sollten.⁴⁷ Der Hauptausschuss reduzierte zwar später den Ansatz auf 60.000 DM, ließ aber eine Verpflichtungsermächtigung für Planungskosten in dieser Höhe bestehen. Doch die wurde aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen nicht in Anspruch genommen und im Etat des folgenden Jahres 1992 tauchte die im Vorjahr gebildete Haushaltsstelle nicht wieder auf.⁴⁸ Damit war das Projekt „auf kaltem Wege“ wieder vom Tisch.

Die CDU nahm in ihrem 1994 verabschiedeten kommunalpolitischen Programm den Faden erneut auf: „*Bochum benötigt neben dem Kunstmuseum ein Stadtgeschichtliches Museum, das einen Überblick über die historische Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile gibt*“, heißt es dort, verbunden mit der Forderung, die „*bestehenden Einrichtungen (Stadtgeschichtliche Sammlung Kemnade, Hilfs Hof Wattenscheid, Politisch-historisches Informationszentrum im Stadtarchiv) unter einheitlicher Leitung zu bündeln.*“⁴⁹

Hilfreiche Sachzwänge

Dass es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre genau dazu und insgesamt zu einigen Fortschritten im Anliegen eines stadthistorischen Museums kam, ging auf Entwicklungen zurück, die gar nicht unmittelbar auf der Museumsidee beruhten, diese aber tangierten und dazu Entscheidungsdruck aufbauten: Da war zunächst das Ergebnis einer im Sommer 1994 vorliegenden Untersuchung über künftige Archivgutmengen, nach der das Stadtarchiv in den vorhandenen Räumlichkeiten nur „*noch bis zum Jahr 2003*“ ausreichenden Platz hätte⁵⁰, Planungen für eine räumliche Ausweitung also notwendig waren. Dies wurde dringender, als Anfang 1996 der Befall von Archivalien mit Schimmelpilzen infolge unzulänglicher Lagerungsbedingungen festgestellt⁵¹ und bald klar wurde, dass eine rasche Beseitigung der Ursachen des Übels zwingend notwendig war.⁵² Konkret hieß dies: bauliche Sanierung und Klimatisierung der Archivgebäude einschließlich der nötigen Erweiterungen oder Umzug an einen anderen, baulich und klimatisch geeigneten Standort. Umbau wie Umzug und die vorher ermittelte Ressourcenerweiterung machten grundlegende Raumplanungen erforderlich, die zukunftsorientiert sein sollten und deshalb auch definitive Entscheidungen zum Ausstel-

lungssektor einschließlich der seit Jahren diskutierten Dauerausstellung erforderten. Ferner musste für die Planungen geklärt sein, ob sie auch die Stadthistorische Sammlung in Kemnade mit einschließen sollten, denn 1997 stand ein Wechsel in der Leitung des Kunstmuseums an, und für die Stellenausschreibung war zu klären, ob es weiterhin bei der gleichzeitigen Zuständigkeit eines Kunsthistorikers für die Stadthistorische Sammlung und die Bauernhaus-Museen bleiben sollte.

In der Kulturpolitik wie in der Kulturverwaltung, hier befördert durch den Wechsel in der Dezernatsleitung auf die neue Amtsinhaberin Dr. Ute Canaris, hatte sich inzwischen die Auffassung durchgesetzt, dass das stadthistorische Sammlungs- und Ausstellungswesen zusammengefasst und dem Stadtarchiv zugeordnet werden sollte. Im September 1997 nahm der Kulturausschuss zustimmend zur Kenntnis, dass sich der neue Museumschef künftig auf das Kunstmuseum konzentrieren sollte, dem weiterhin auch die Musikinstrumenten-Sammlung angeschlossen bleibe, aber die stadthistorische Sammlung in Kemnade und die Bauernhaus-Museen sollten in die Verantwortung des Stadtarchivs übergehen.⁵³

Ende 1997 folgte dann im Rathaus die Entscheidung, „*eine den technischen und klimatischen Anforderungen entsprechende Neukonzeption und Sanierung des Stadtarchivs unter Einbeziehung der Stadthistorischen Sammlung in die Wege zu leiten.*“⁵⁴ Eine Arbeitsgruppe der Verwaltung erhielt den Auftrag, räumliche Alternativen, den Flächenbedarf und eine erste Raumplanung zu erarbeiten.⁵⁵

Initiative „Stadthistorisches Museum“

In den anlaufenden Planungen war zwar weiterhin von der „*Stadthistorischen Sammlung*“ die Rede, doch schien im Hinblick auf eine grundlegende Raumplanung für alle historischen Überlieferungsbestände die Chance einer dauerhaften, breit angelegten Darstellung der Bochumer Stadtgeschichte nicht mehr realitätsfern. Sie musste allerdings konzeptionell konkretisiert und stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Dazu ergriff die Kulturdezernentin Anfang 1998 die Initiative. Sie rief einen informellen Arbeitskreis zum Thema „*Historisches Museum Bochum*“ zusammen, in den Leitungskräfte ihres Dezernats, der Vorsitzende des Kulturausschusses, Vertreter der Kortun-Gesellschaft und einige namhafte

⁴⁷ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 24. Januar 1991.

⁴⁸ Haushaltsplan 1991, Bd. 2: Vermögenshaushalt: 324/940/061/5, sowie Haushaltsplan 1992, ebd.

⁴⁹ CDU – Neues Vertrauen ins Rathaus, Kommunalprogramm 1994-1999, S. 40.

⁵⁰ Aufgabenkritische Überlegungen zum Stadtarchiv, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 30. August 1994.

⁵¹ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1996, S. 163.

⁵² Ebd.

⁵³ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 11. September 1997.

⁵⁴ Rückblick in der Vorlage zur Ratssitzung am 19.12.2002, TOP IX/1, S. 2.

⁵⁵ Bericht des Hochbauamtsleiters im Kulturausschuss am 10. Februar 1998 gem. Sitzungsprotokoll.

Bochumer Historiker eingeladen wurden.⁵⁶ Der Arbeitskreis tagte von März bis August 1998.⁵⁷

In der Beantwortung der Ausgangsfrage „*Braucht Bochum ein stadthistorisches Museum?*“ bestand sofort Einigkeit: ein solches Museum sei nicht nur wünschenswert, sondern unbedingt notwendig. Eine Überschneidung mit anderen Einrichtungen, wie dem in der Gründung befindlichen „Haus der Geschichte des Ruhrgebiets“, in dem Bibliotheken und Archive des Bergbaus zusammengefasst werden sollten, wurde verneint, hinreichend vorhandenes Material für die Einrichtung eines stadthistorischen Museums erkannt. Ein solches Museum müsse alle historischen Epochen von der Frühgeschichte über Mittelalter, früher Neuzeit und Industrialisierung bis zum Strukturwandel umfassen.

Zur Durchsetzung der Idee wurden die Gründung einer breit angelegten Initiative und eines Fördervereins diskutiert. Ein „*flammender Aufruf*“ sollte insbesondere die Mitglieder der Heimatvereine sowie alle historisch Interessierten für die Idee begeistern, schließlich eine „*größere Denkschrift*“ über das Vorhaben erarbeitet werden, um mit ihr Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Organisationen und Verbänden zur Unterstützung des Projekts zu gewinnen. Der Oberbürgermeister und der Rektor der Ruhr-Universität wurden als Schimherren in Aussicht genommen. Erste Texte eines Aufrufs entstanden und eine kleine Gruppe aus dem Kreis übernahm es, daraus eine druckreife Fassung herzustellen.

Damit kam es nach den früheren Konzeptvorlagen, die stets breit ausgeführt, aber doch in der Theorie stecken geblieben waren, erstmals zu konkreten, praktischen Handlungsansätzen. Dennoch sollte die Aktion nicht weit über die ersten und durchaus erfolgversprechenden Schritte hinauskommen. Die Kulturdezernentin zog sich, nachdem sie das Projekt ein halbes Jahr lang zügig vorangetrieben hatte, daraus zurück, als deutlich wurde, dass nach ihrer bald auslaufenden Amtsperiode nicht mit einer Wiederwahl zu rechnen war.

Immerhin brachte die Redaktionsgruppe des Arbeitskreises noch den beschlossenen Aufruf zur Schaffung eines Stadthistorischen Museums bis zur gedruckten Ausführung voran und stellte ihn im Mai 1999 als „Initiative Stadthistorisches Museum“ der Bochumer Presse vor. Ihr Faltblatt „Ein Stadthistorisches Museum für Bochum“ zeigte zunächst einen Rückblick in die Bochumer Historie („*Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Bochum ist eine Stadt mit 1000-jähriger Geschichte.*“) und

knüpfte an das kriegszerstörte Heimatmuseum Haus Rechen an, für das es nie einen wirklichen Ersatz gegeben hatte. Es verwies in Wort und Bild auf die Vielfalt der in Stadtarchiv und Stadthistorischen Sammlungen vorhandenen Belege zur Bochumer Geschichte, begründete die Notwendigkeit eines Stadthistorischen Museums und endete mit dem Aufruf: „*Seine Gründung sollte nicht länger aufgeschoben, sondern als eine der wichtigsten kultur- und gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre begriffen werden.*“ Rat und Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften, die Unternehmen der Wirtschaft, Kirchen, gesellschaftliche Gruppen, Schulen und Universitäten wurden aufgefordert, die Idee eines stadthistorischen Museums voranzubringen.⁵⁸

Zwar fand die Vorstellung des Aufrufs in der Bochumer Presse einige Resonanz⁵⁹, zumal die Sprechergruppe für die zugehörigen Zeitungsfotos symbolträchtig eine Lore vor einer alten Bochumer Stadtansicht anschob (Abb. 6 auf der folgenden Seite), doch hatte der Anschlag keinen nachhaltigen Effekt. Schon die Ankündigung, noch im selben Jahr könne „*ein erstes Konzept zur Diskussion vorgelegt werden*“⁶⁰, wurde nicht mehr realisiert.

Zähflüssige Entwicklungen

Inzwischen hatte die beschlossene Angliederung der Stadthistorischen Sammlung an das Stadtarchiv stattgefunden, aber auch zu einem unerfreulichen Nebeneffekt geführt: Sie war unsichtbar geworden, weil in dessen Magazinen verschwunden. „*Wer heute nach Kemnade kommt, findet dort von der ehemaligen stadthistorischen Sammlung nur noch die Ankündigung ihrer Existenz an der äußeren Burghofwand, von der Sammlung selbst im Innern aber auch gar nichts mehr*“, hieß es in einem Antragspapier des Verfassers, das dem Kulturausschuss im April 1999 vorlag.

In dem einstimmig beschlossenen Antrag wurde die Verwaltung aufgefordert, Konzeptionen zu erarbeiten und vorzulegen, nach denen in einem ersten Schritt die stadthistorische Sammlung wieder im bisherigen Umfang präsentiert, in einem zweiten Schritt erweitert und in einem dritten zu einem stadthistorischen Museum ausgebaut werde. Zudem sollte sich die Kulturverwaltung

⁵⁶ Teilnehmer waren u. a. von der Verwaltung Kulturdezernentin Dr. Ute Canaris und Dr. Johannes Volker Wagner, als Vorsitzender des Kulturausschusses Clemens Kreuzer, von der Kortum-Gesellschaft Eberhard Brand und Dr. Hans Hanke, als fachliche Berater die Professoren Bernd Faulenbach und Klaus Tenfelde.

⁵⁷ Einladungen und Protokolle des Arbeitskreises, im Besitz des Verfassers.

⁵⁸ Faltblatt „Ein Stadthistorisches Museum für Bochum“, herausgegeben von: Initiative Stadthistorisches Museum (Kortum-Gesellschaft/Stadtarchiv Bochum).

⁵⁹ Museum für die Bochumer Stadtgeschichte, in: WAZ vom 13. Mai 1999; Was fehlt? Ein Heimatmuseum, in: RN vom 13. Mai 1999; Bochums Geschichte ins Bewusstsein rücken, in: Stadtspiegel vom 15. Mai 1999.

⁶⁰ Museum für die Bochumer Stadtgeschichte, in: WAZ vom 13. Mai 1999.

zu möglichen Raumalternativen äußern, u. a. in der frei werdenden Villa Nora.⁶¹



Abb. 6: Mitglieder der Initiative „Stadthistorisches Museum“ schieben das Projekt an. (Von links die Professoren Klaus Tenfelde und Bernd Faulenbach, Archivleiter Dr. Johannes V. Wagner, von der Kortum-Gesellschaft Dr. Hans Hanke und Eberhard Brand.

Am Ende der im Herbst 1999 auslaufenden Ratsperiode berichtete der neue Kulturdezernent, Dr. Hans-Georg Küppers, den Mitgliedern des Ausschusses schriftlich, das Stadtarchiv arbeite an der Umsetzung des Beschlusses und kündigte an: „Die zusammenfassende Präsentation der Stadthistorischen Sammlung als ersten Schritt eines Gesamtkonzepts der Stadthistorischen Sammlung/Museales Nutzungskonzept erscheint in den nächsten zwei Jahren denkbar.“⁶² Das veranlasste die CDU, im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2000 einen Ansatz von 20.000 DM Planungskosten für ein Stadthistorisches Museums zu beantragen. Der Antrag

⁶¹ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 29. April 1999 und Protokoll der Sitzung; Berichte in WAZ vom 30. April 1999 und RN vom 1. Mai 1999.

⁶² Schreiben Dr. Küppers vom 13. August 1999 an die Mitglieder des Kulturausschusses, im Besitz des Verfassers.

wurde zwar mit der Begründung abgelehnt, Mitte des Jahres werde eine Machbarkeitsstudie für den Archivkomplex vorliegen, die besser abzuwarten sei⁶³, doch führte der Vorstoß immerhin dazu, dass der Kulturdezernent einen Sachstandbericht „über die Zusammenführung der vorhandenen Sammlungen und den künftigen Standort“ in Aussicht stellte.

Der räumte erneut unumwunden ein, „dass in Bochum im historisch-musealen Bereich seit Jahrzehnten ein Defizit“ bestehe, weil es nach der Zerstörung von Haus Rechen nicht gelungen sei, „erneut ein Stadthistorisches Museum zu etablieren“. Dessen Verwirklichung solle nun schrittweise in Angriff genommen werden, zunächst mit einer Erfassung aller „im Stadtgebiet vorhandenen stadthistorischen Sammlungen, historischen Gegenstände und Exponate.“⁶⁴ Dann müsse geprüft werden, ob die Restbestände der früheren Ausstellungen des Archivs „den Grundstock einer ständigen stadthistorischen Ausstellung abgeben könnten.“ Ein konkretes Gestaltungs- und Realisierungskonzept könne vorgelegt werden, „wenn die grundlegenden Entscheidungen getroffen sind.“⁶⁵

Doch eine entsprechende Entscheidungsvorlage fehlte, ebenso eine Stellungnahme zu dem im April 1999 vom Kulturausschuss beschlossenen Stufenplan und zu der angekündigten Standortentscheidung. Als dies alles auch ein Jahr später immer noch offen war, brachte der Verfasser im Februar 2001 eine scharf formulierte Erinnerung im Kulturausschuss ein.⁶⁶ Der Kulturdezernent hat sie auch rasch, ohne die nächste Sitzung abzuwarten, beantwortet. Kernpunkte: „Die Präsentation einer Stadthistorischen Sammlung“ sei „nach wie vor Ziel der Kulturverwaltung“. In der Standortfrage sei diese zu dem Ergebnis gekommen, den Ausbau des bisherigen Archivdomizils an der Kronenstraße vorzuschlagen. Eine AB-Kraft mit historischer oder kunsthistorischer Ausbildung sei beantragt, um die Voraussetzungen für den Bedarf der Ausstellungsfläche zu ermitteln.⁶⁷

Anfang Juni 2001 machte sich der zum neuen Unterbezirksvorsitzenden der SPD gewählte Historiker Prof. Bernd Faulenbach im Rahmen einer Darstellung der politischen Absichten seiner Partei auch für ein historisches Museum in Bochum stark. Vor dem Hintergrund der Finissage der Ostermann-Ausstellung des Archivs mit

⁶³ Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses am 10. Februar 2000; Bericht „Stadtmuseum: Eile ist angesagt“, in: WAZ vom 16. Februar 2000.

⁶⁴ Die Erstellung einer entsprechenden wissenschaftlichen Dokumentation durch eine AB-Kraft wurde im Dezember 2001 begonnen; (Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 2001, S. 202).

⁶⁵ Stadthistor. Sammlungsbestände. Sachstandbericht zur Sitzung des Kulturausschusses am 5. April 2000.

⁶⁶ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses vom 6. Februar 2001.

⁶⁷ Schreiben vom 28. Februar 2001 des Beigeordneten Dr. Hans-Georg Küppers an den Verfasser, im Besitz des Verfassers.

ihren 20.000 Besuchern forderte er auf einer Pressekonferenz, aus dem Stadtarchiv ein historisches Museum zu entwickeln.⁶⁸ Eine Stadt von der Größe und Tradition Bochums sei sich eines repräsentativen historischen Museums schuldig, sagte er. Neben einer ständigen Ausstellung müssten immer wieder Wechselausstellungen auf hohem Niveau angeboten werden. Die SPD werde sich für ein solches Museum stark machen, wie es auch bereits in ihrem Kommunalwahlprogramm verankert sei und „die Dringlichkeit eines Historischen Museums für Bochum wachhalten und nachdrücklich weiter verfolgen“.⁶⁹

Inzwischen hatten sich die Umbaupläne für das Stadtarchiv am Standort Kronenstraße konkretisiert: Das Archiv sollte dort um bisher vermietete Räume erweitert, baulich saniert und im erforderlichen Umfang klimatisiert sowie um einen Magazinturm ergänzt werden. Für künftige Ausstellungsaktivitäten sollte die bisherige Ausstellungsfläche von 1.300 m² auf 3.000 m² erhöht werden. Die Baumaßnahme wurde in die „Liste der wichtigsten Investitionsprojekte der Stadt“ aufgenommen. Ihre Realisierung sollte ab 2001 in drei Bauabschnitten bis einschließlich 2003 erfolgen, im letzten Abschnitt auch der Ausstellungsbereich geschaffen werden; für die ersten beiden Bauabschnitte wurden die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2001/2002 eingestellt.⁷⁰

Doch noch vor der endgültigen Beschlussfassung ergab sich durch den möglichen Erwerb des früheren Berufsbildungszentrums Krupp/Thyssen an der Baarestraße eine Alternative zu Umbau und Erweiterung des Standorts Kronenstraße. Ein Kosten- und Nutzenvergleich zwischen den Standortalternativen führte schließlich Ende 2002 zu dem Ratsbeschluss, den Archivkomplex an der Baarestraße anzusiedeln. Auch hier waren wieder 3.000 qm Ausstellungsfläche vorgesehen.⁷¹ Die Idee eines mit dem Archiv verbundenen historischen Museums schien sich durchgesetzt zu haben.

Das belegte auch die Planung einer weiteren Standortalternative, die schon ein halbes Jahr später zur Korrektur des Beschlusses vom Vorjahresende führte. Die Stadt mietete aus Gesichtspunkten der kommunalen Wirtschaftsförderung ein Gebäude der BP/Aral-Hauptverwaltung an der Wittener Straße an.⁷² Dass der attraktive und zentral gelegene Bau dem in dieser Hinsicht bis dahin

nicht verwöhnten Stadtarchiv angeboten wurde, war eine Folge der Architektur des Gebäudes: Seine weitgehend fensterlosen Fassaden und sein hoher Anteil an Innenflächen mit geringem Tageslicht ließen in großen Teilen keine Büronutzung zu, wohl aber eine Verwendung für Archiv-Magazine und Ausstellungszwecke. Im Juli 2003 wurden die Anmietung für eine 20jährige Nutzung mit einer Option für weitere fünf Jahre sowie ein 4,2 Mio. Euro teurer Umbau für die spezifischen Archiv- und Ausstellungszwecke beschlossen. Mit Jahresbeginn 2006 begann das Mietverhältnis, Ende des Jahres war der Umbau im Wesentlichen abgeschlossen und Anfang 2007 fand der Umzug statt. Für Ausstellungen sollten 2.800 m² zur Verfügung stehen.

Ausstellungskonzeptionen

Mit dem Standortbeschluss von 2003 hatte sich die Frage nach dem konkreten Archiv- und Ausstellungskonzept gestellt. Zwar war von der zwischen dem Ende der 70er und dem Anfang der 90er Jahre verfolgten Idee eines „Historisch-politischen Informationszentrums“ keine Rede mehr, doch dessen Konzeption ging in wesentlichen Teilen in jene Zielvorstellung ein, mit der das „Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte“ gleichfalls über die Funktion eines klassischen Stadtarchivs hinauswachsen sollte. Vier Aufgabenbereiche sollte es haben: Stadtarchiv, Historisches Museum/Ausstellungen, Erinnerungskultur und Veranstaltungen.⁷³

Der Schwerpunkt Erinnerungskultur war schon vor der Beratung des Gesamtkonzepts beschlossen worden. Bereits im Herbst 2003 hatte das Archiv dem Kulturausschuss einen Vorschlag vorgelegt, der Gedanken des im Frühjahr 2003 stattgefundenen Symposiums „Vergegenständlichte Erinnerung“ mit der Idee von 1980 kombinierte, in dem damals vorgeschlagenen Informationszentrum auch eine „Gedenkstätte gegen den NS-Terror mit einer ständigen Dokumentation über Verfolgung und Widerstand“ vorzusehen.⁷⁴ Im neuen Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte sollte ein Dokumentationszentrum zur NS-Zeit und zur jüdischen Geschichte in Bochum entstehen, verbunden mit je einer Dauerausstellung zu beiden Themen. Darüber hinaus sollte das im Besitz der Stadt befindliche Dachau-Projekt „Exit“ des Künstlers Jochen Gerz, ein „berühmtes Kunstwerk, das zugleich ein hochkomplexes Mahnmahl ist“⁷⁵, diese Funktion „in

⁶⁸ SPD: Stadtarchiv zum historischen Museum machen, in: WAZ vom 12. Juni 2001; SPD schlägt Historisches Museum vor, in: RN vom 13. Juni 2001.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 3. Dezember 2002 sowie „Vergleichsberechnung Kronenstr./Baarest.“

⁷¹ Ebd., sowie: Stadtarchiv zieht um, in: WAZ vom 4. Dezember 2002.

⁷² Neubau eines Bürokomplexes für die Deutsche BP AG, Vorlage für die an der Entscheidung beteiligten Ausschüsse des Rates zu den Sitzungen am 23. Juli 2003.

⁷³ Kontinuität und Neuanfang, Hausprospekt des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte.

⁷⁴ Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 6. November 1980, S. 5, Ziff. 3.

⁷⁵ Prof. Dr. Monika Steinhauser im Symposium „Vergegenständlichte Erinnerung“, zitiert nach: Ingrid Wölk, Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte, Broschüre des Stadtarchivs, Bochum 2005, S. 6.

unmittelbarer Nachbarschaft zu den beiden Dauerausstellungen zur NS-Zeit und zur jüdischen Geschichte in Bochum“ übernehmen.⁷⁶ Diese Absichten fanden volle Zustimmung im Kulturausschuss. Sie wurden dort bekräftigt, als im folgenden Jahr das Gesamtkonzept der neuen Einrichtung zur Debatte stand. Das Dokumentationszentrum mit seinen beiden Dauerausstellungen und dem Mahnmahl solle „integraler Bestandteil eines die gesamte Stadtgeschichte umfassenden Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte“ sein.⁷⁷

Nach dem Gesamtkonzept, das der Kulturausschuss im Juni 2004 zustimmend zur Kenntnis nahm, sollte auf der 2.800 m² großen Ausstellungsfläche die gesamte Stadtgeschichte zu ihrem Recht kommen, „von den durch Objekte und Dokumente belegbaren Anfängen bis zur Gegenwart“, natürlich exemplarisch mit Schwerpunktbildungen. Den Ausstellungen wurde für die Vermittlung der Stadtgeschichte „eine besondere Bedeutung“ beigemessen, denn sie bildeten „die ‚Schwelle‘ für die anderen Angebote und Funktionen“ und sollten „ganz wesentlich das Erscheinungsbild“ des Zentrums prägen. Allerdings müssten die Ausstellungen „in Bewegung bleiben, regelmäßig verändert werden und neue Akzente erhalten. [...] Sie wären damit eher Wechsel- als Dauerausstellungen“, heißt es in dem Konzept. Die Dauerausstellungen seien „eher sparsam zu gestalten“, sie sollten „eine Orientierung“ und „Bezugsdaten zur Stadtgeschichte“ bieten, mehr „Hintergrund“ für die thematischen Wechselausstellungen sein. Die Dauerausstellung „wäre somit eine Art ‚Rahmenausstellung‘, die auch einen kurzen chronologischen Rundgang zur Stadtgeschichte ermöglicht.“

Das war allerdings ein Paradigmenwechsel. Nach den meisten der seit 1966 vorgetragenen Ideen und Konzeptionen sollte der Kern eines Stadthistorischen Museums bzw. einer Dauerausstellung des Stadtarchivs die Bochumer Geschichte zwar exemplarisch und in Schwerpunkten, aber doch im zeitlichen Längsschnitt ihrer gesamten Entwicklung darstellen, ergänzt durch die vertiefende Darstellung von Teilaspekten der Stadtgeschichte in zeitlich befristeten und thematisch wechselnden Ausstellungen. Noch in dem 2004 publizierten Band „Das Stadtarchiv. Schatzkammer – Forschungsstelle – Erlebnisort“ hatte sich der langjährige Archivleiter Dr. Johannes Volker Wagner in seinem „Plädoyer für ein Stadthistorisches Zentrum“ für eine „historische Dauerausstellung“ ausgesprochen, die „sämtliche Bereiche der

städtischen Entwicklung aufzeigen“ müsse, von „den ersten Bodenfunden der Jungsteinzeit und der frühen Besiedlung über die jahrhundertlange bäuerlich-bürgerliche Welt der bescheidenen Ackerbürgerstadt bis hin zur Industrialisierung und zum schnellen Wachsen der schwerindustriellen Großstadt“. Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Wiederaufbau „bis hin zum vielfältigen Strukturwandel in der Gegenwart“ müssten dargestellt werden. Eine solche Dauerausstellung müsse ergänzt werden durch „wechselnde thematische Sonderausstellungen.“⁷⁸

Dass die nun vorgeschlagene Konzeption die bisherige Akzentsetzung und ihre Proportionen ins Gegenteil verkehrte, ging auf Vorstellungen zurück, die der Tübinger Kulturwissenschaftler Prof. Gottfried Korff publiziert hatte⁷⁹ und in der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats vertrat, der vom Kulturausschuss im April 2005 beschlossen worden war und sich im September desselben Jahres konstituierte.⁸⁰ Korff war konsequent gegen eine Dauerausstellung und für eine Folge von Wechselausstellungen, darin unterstützt von Prof. Borsdorf, dem Leiter des Essener Ruhrlandmuseums und Gründungsdirektor des neuen Ruhr-Museums auf Zollverein.⁸¹ Gerade dort wurde jedoch das in Bochum zurückgewiesene Modell einer zentralen Dauerausstellung und begleitender Wechselausstellungen verwirklicht. Begründung für die Verneinung dieses Konzepts in Bochum war, dass das Publikumsinteresse an Dauerausstellungen bald nachlasse. Das Argument, das bürgerschaftliche Interesse an einem Gesamtüberblick über die Entwicklung der eigenen Stadt sei weitaus stärker als an Spezialthemen der Stadtgeschichte, drang nicht durch.

Inmerhin waren für Archivleiterin Dr. Ingrid Wölk „Dauer- wie Wechselausstellungen gleichermaßen wichtig“ und sollte „das Zusammenspiel von Dauer- und Wechselausstellungen“ geradezu „charakteristisch für das Bochumer Konzept“ sein.⁸² Doch schon ein dem Kulturausschuss im folgenden Jahr zugeleiteter Zwischenbericht des Archivs zog dieses Zusammenspiel wieder in Zweifel: „Ob Teile der thematischen Wechsel-

⁷⁶ Dokumentationszentrum zur NS-Zeit und zur jüdischen Geschichte Bochums beim Stadtarchiv, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 7. Oktober 2003.

⁷⁷ Konzeptpapier: Stadtarchiv als Zentrum für Stadtgeschichte, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 9. Juni 2004. Eine erweiterte Fassung erschien im September 2005 als Broschüre des Stadtarchivs (Anm.75).

⁷⁸ Johannes Volker Wagner, Plädoyer für ein Stadthistorisches Zentrum, in: Johannes Volker Wagner (Hg.), Das Stadtarchiv. Schatzkammer – Forschungsstätte – Erlebnisort, Essen 2004, S. 381-386.

⁷⁹ Gottfried Korff, Museumsdinge deponieren – exponieren, Köln/Weimar/Wien 2002.

⁸⁰ Beschluss des Kulturausschusses vom 14. April 2005. Berufen wurden: Prof. Dr. Ulrich Borsdorf (Ruhrlandmuseum Essen), Prof. Dr. Gottfried Korff (Universität Tübingen), Prof. Dr. Norbert Reimann (Westfälisches Archivamt), Dr. Dieter Scheler (RUB), Prof. Dr. Rainer Slotta (Deutsches Bergbau-Museum), Prof. Dr. Klaus Tenfelde (RUB), Dr. Hubert Schneider (RUB); aus dem Kulturausschuss: Monika Engel (Grüne), Dr. Hans Hanke (SPD), Klaus-Peter Hülster (UWG), Clemens Kreuzer (CDU).

⁸¹ Protokoll der Sitzung des Beirats am 23. September 2005.

⁸² Protokoll der Sitzung des Beirats am 23. September 2005 und Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 14. April 2005.

ausstellungen dann in eine Dauerausstellung übergehen, kann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.“⁸³



Abb. 7: Blick in die Ausstellung „Sieben und neunzig Sachen“ 2007 im Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte.

Start und Zwischenbilanz

Am 3. Juni 2007 fand mit der Eröffnung des „Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte“ die Finissage der Auftaktausstellung „Sieben und neunzig Sachen“ statt. Sie präsentierte 97 Objekte aus der Stadthistorischen Sammlung, die 97 Jahre symbolisierend, die seit dem Anfang dieser Sammlung im Jahre 1910 vergangen waren. Als Leitlinie für die Ausstellung dienten sie nicht; es sollte ausdrücklich „weder eine chronologisch angelegte, die Bochumer Stadtgeschichte abbildende noch eine thematisch ausgerichtete Ausstellung“ entstehen.⁸⁴

Diesem Auftakt folgten als weitere „Hauptausstellungen“ 2009 „Das Bild der Stadt. Bochum in Bildern und Objekten“ und 2010 „Bochum – das fremde und das eigene“, Teil eines von neun kommunalen Archiven des Ruhrgebiets gemeinsam verfolgten Projekts zum Kulturhauptstadtjahr.⁸⁵ Darüber hinaus wurden 22 kleinere Ausstellungen jeweils einige Monate präsentiert; davon

⁸³ Expose Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte, Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses am 14. Juni 2006.

⁸⁴ Beate Olmer/Reinhild Stephan-Maaser, Zur Konzeption der Ausstellung „Sieben und neunzig Sachen“, im Katalog Sieben und neunzig Sachen (wie Anm. 2), S. 33.

⁸⁵ Katalog: Fremd(e) im Revier, herausgegeben von Klaus Wisotzky und Ingrid Wölk, Essen 2010.

waren sieben selbst erarbeitet und 15 von dritter Seite übernommen.⁸⁶

Im Jahre 2009 haben 3.939 Personen die Ausstellungen des Zentrums besucht, im Kulturhauptstadtjahr 2010 waren es 6.372 und 2011 rund 4.000.⁸⁷ Zum Vergleich: das Stadtgeschichtliche Museum in Duisburg hatte jährlich etwa 25.000 Besucher, das Historische Museum Bielefeld 32.000.⁸⁸ Dass die Bochumer Besucherquoten mit denen der Einrichtungen vergleichbarer Städte „nicht mithalten können“ und „steigerungsfähig“ sind, wird von den Verantwortlichen eingeräumt.⁸⁹ Immerhin hatte schon im „Provisorium“ Kronenstraße die Ausstellung „Hakenkreuz über Bochum“ (1983) etwa 13.000 Besucher, die Ausstellung „Vom Trümmerfeld ins Wirtschaftswunderland“ (1986) rund 10.000 und die Ostermann-Ausstellung „Ein Deutscher am Zarenhof“ (2001) in drei Monaten über 20.000.⁹⁰

Mitte 2012⁹¹ steht die für das Kulturhauptstadtjahr 2010 geschaffene Hauptausstellung immer noch und waren die letzten drei kleineren Ausstellungen, die eröffnet wurden, inhaltliche Ergänzungen dieser Ausstellung. Die soll nun „*peu a peu erneuert, ergänzt und weiterentwickelt*“ werden unter dem Titel „*Geschichte in Bewegung*“.⁹² Es ist der wortmächtige, tatsächlich aber eher hilflose Versuch, zu kaschieren, dass die Produktion von Ausstellungen stagniert und die als Beitrag zum Kulturhauptstadtjahr entstandene Wechselausstellung unfreiwillig zur Dauerausstellung wird, wozu sich ihr Thema Zuwanderung und Immigration jedoch kaum eignet.

Zu der in den meisten Ausstellungs-Perspektiven und -Konzepten seit 1966 vorgesehenen Ausstellung zur geschichtlichen Entwicklung Bochums im Ganzen ist es nicht gekommen, auch nicht in der schmalen Form des Konzepts von 2004/05. Ebenfalls nicht verwirklicht wurden die beiden 2003 beschlossenen und 2004/05 bestätigten Sonderausstellungen zur NS-Zeit und zur jüdischen

⁸⁶ Zusammengestellt nach der vom Stadtarchiv herausgegebenen Schrift „Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte 2007 bis 2011“ und dem Faltblatt „Ausstellungen und Veranstaltungen Januar bis Juni 2012“.

⁸⁷ Jüngere Entwicklungen im Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte, Mitteilung an den Kulturausschuss v. 24. Februar 2012, S. 6.

⁸⁸ Ebd., S. 7/8.

⁸⁹ Ebd., S. 10.

⁹⁰ Wagner (Hg.), Das Stadtarchiv (wie Anm. 78), S. 451, 453, 461.

⁹¹ Diese Arbeit wurde Anfang Juni 2012 abgeschlossen.

⁹² Ausstellungen und Veranstaltungen Januar bis Juni 2012, Faltblatt des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte.

Geschichte in Bochum sowie die damit verbundene Installation des Dachau-Projektes „Exit“ von Jochen Gerz



Abb. 8: „Geschichte in Bewegung“, ein „neues Thema“ im Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte.

Überlebensprobleme

Realisierungsdefizite und stagnierende Ausstellungsproduktion haben vor allem finanzielle Gründe: Dass die einzige Planstelle einer wissenschaftlichen Fachkraft für das Ausstellungswesen nach der 2011 eingetretenen Vakanz nicht wieder besetzt und der Ausstellungsetat auf 40.000 Euro reduziert wurde⁹³, konnte nicht wirkungslos bleiben. Doch da war das Kulturdezernat unter inzwischen neuer Leitung längst entschlossen, das „Stadthistorische Museum“, obwohl noch gar nicht vollendet, wieder aufzugeben.

Bereits zwei Jahre nach der glanzvollen Eröffnung des neuen Zentrums für Stadtgeschichte enthielten die Vor-

⁹³ Für das Jahr 2008 belief er sich auf 50.000 Euro. In 2009 wurden für die Ausstellung zum Kulturhauptstadtjahr 70.000 Euro bereitgestellt, in den nachfolgenden Jahren für Ausstellungen 40.000 Euro p.a.

schläge, die Kulturdezernent Michael Townsend für das Haushaltssicherungskonzept 2009 vorlegte, u. a. die „Reduzierung der Aufgaben des Archivs auf den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen“.⁹⁴ Gesetzliche Pflichtaufgaben sind nur die klassischen Archivfunktionen nach dem Landesarchiv-Gesetz, sodass der Vorschlag den Abbruch von drei der vier tragenden Säulen des 2007 realisierten Zentrums vorsah, einen kulturpolitischen Rückschritt hinter den Stand des 1983/84 an der Kronenstraße geschaffenen Provisoriums. Die damit erhofften Einsparungen basierten vor allem auf einem Ersatz des Domizils an der Wittener Straße durch einen Magazin-zweckbau „ohne die Flächen für ein stadthistorisches Museum“; thematische Wechsellausstellungen könnten „an anderen Orten temporär präsentiert werden“.⁹⁵ Die Idee war nicht nur kulturpolitisch, sondern auch ökonomisch fragwürdig⁹⁶ und wurde scharf kritisiert.⁹⁷ Der Kulturausschuss lehnte im Zuge der Beratungen des Haushaltssicherungskonzepts 2009 denn auch „eine Auflösung des Museums und der zeitgeschichtlichen Sammlung“ ab, sperrte sich aber nicht dagegen, „das Archiv mit seinen Sammlungen und Ausstellungsräumen zu verlagern“, sofern dies „sinnvoll sei“.⁹⁸

Dass eine Verlagerung nicht sinnvoll war, räumte die Stadtverwaltung zwei Jahre später ein⁹⁹, nachdem sie das Vorhaben trotz des Kulturausschuss-Beschlusses noch nachrichtlich ins Haushaltssicherungskonzept 2010 übernommen hatte. Im 2011 vorgelegten Schlussbericht der Beratungskoooperation mit der Bezirksregierung über ein neues, langfristiges Sparkonzept war dann der Umzug an einen anderen Standort gestrichen, nicht jedoch die „Aufgabe des Museums für Stadtgeschichte“.¹⁰⁰ Dabei machte der verbliebene Spareffekt nur noch einen Bruchteil des ursprünglich erwarteten aus¹⁰¹ und erwies sich die offerierte „Ersatzlösung“, Räume des Kunstmuseums jährlich ein bis zwei Monate für historische Ausstellungen zu öffnen, als widersprüchlich und realitätsfremd.¹⁰²

⁹⁴ Haushaltssicherungskonzept 2009-2015, Erläuterungen für den Kulturbereich v. 10. November 2009.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Fast 6 Mio. Euro für den Bezug des bisherigen Standorts wären vergeblich aufgewendet worden (4,2 Mio. Euro Umbaukosten für spezifische Archiv- und Ausstellungszwecke und über 1,7 Mio. Euro für den Umzug).

⁹⁷ CDU kritisiert: Stadtarchiv morgen schon von gestern, in RN vom 14. November 2009.

⁹⁸ Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 27. November 2009.

⁹⁹ Eine Vermarktung der bisherigen Archiv- und Ausstellungsflächen erwies sich als nicht möglich. (Kennzahlen und HSK 1, Umsetzungsstand, Mitteilung an den Kulturausschuss vom 24. Februar 2012.)

¹⁰⁰ Abschlussbericht der Beratungskoooperation, S. 152-154.

¹⁰¹ Einsparungen gem. Vorlage HSK 2009: 1.545 000, laut HSK 2012 187.600 Euro.

¹⁰² Parallel zur Verlagerung ins Kunstmuseum wurde dessen Schließung vorgeschlagen. Historische Ausstellungen benötigen schon mehrere Monate Aufbauzeit.

Als diese Absichten Anfang 2012 publiziert wurden, war ihre Resonanz in der Öffentlichkeit vergleichsweise verhalten. Während die ebenfalls vorgeschlagene Aufgabe des Kunstmuseums massive Proteste zahlreicher Gruppen, Vereine und Einzelpersonen auslöste, die sich in immer neuen Presseberichten und Leserbriefen niederschlugen, kam die Aufgabe des Stadthistorischen Museums lediglich in kurzen Berichten über eine Stellungnahme der Kortum-Gesellschaft vor, die diese den politischen Entscheidungsträgern unter dem Titel „*Bochum braucht ein stadthistorisches Museum*“ übermittelt hatte.¹⁰³ Ein starkes Plädoyer für dessen Erhaltung, mit dem Prof. Borsdorf, der Vorsitzende des 2011 wieder ins Leben gerufenen Wissenschaftlichen Beirats des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte, die „Bürgerkonferenz“ vom 4. Februar 2012 im Ruhr-Congress konfrontierte, drang nicht nach draußen. Die Voten der zum selben Zeitpunkt abgeschlossenen „Bürgerbefragung“ zu den Sparvorschlägen hatten beim Thema Stadthistorisches Museum aus methodischen Gründen kein aussagefähiges Ergebnis gebracht, in der Tendenz jedoch gezeigt, dass es der noch jungen Einrichtung an einer ausreichenden Verwurzelung in der örtlichen Bürgerschaft fehlt.

Der Kulturausschuss hat im Februar 2012 beschlossen, das Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte „in seiner bisherigen Aufgabenstruktur ungekürzt zu erhalten“ und damit auch den Sektor „Stadtgeschichtliches Museum/Ausstellungen“. Die Geschichte der Stadtregion Bochum müsse „weiterhin in ständigen Ausstellungen präsentiert werden können“ und die bisherige integrierte Lösung der Zusammenfassung von Stadtarchiv, stadthistorischen Ausstellungen, Gedenkkultur etc. sei weiterhin „unter einem Dach“ zu realisieren.¹⁰⁵

Doch die Entscheidung für den Erhalt des Museums hat einen „Haken“: Die Sicherung der Personalkosten des Ausstellungssektors wurde mehrheitlich abgelehnt, der Ansatz wird nun sukzessive unter Aufgabe aller Personalstellen des Ausstellungssektors auf „null“ zurückgefahren. Zugleich steht im Sachkostenansatz für Ausstellungen nur ein Bruchteil der zur Realisierung der Hauptausstellungen von 2007 und 2010 benötigten Mittel zur Verfügung. Bei dieser Finanzierungslage ist es fraglich, ob in den nächsten Jahren überhaupt noch neue größere Ausstellungen von einigem Format zur Bochumer Stadt-

geschichte möglich sein werden. Ein mageres, wenig attraktives Ausstellungsprogramm aber dürfte eine weitere Reduzierung der bereits unzulänglichen Besucherfrequenz und bürgerschaftlichen Akzeptanz des Museums zur Folge haben und dies schließlich seine Existenz erneut infrage stellen.

Deshalb hat die Kortum-Gesellschaft in einer zweiten, im April 2012 einstimmig in ihrer Jahreshauptversammlung beschlossenen Stellungnahme die Befürchtung geäußert, das Stadthistorische Museum werde nun „*ausgehungert*“ und sich zugleich erneut für dessen Erhaltung stark gemacht. Eine Schließung ignoriere „*die gesellschaftlichen Erfordernisse unserer Stadt*“.¹⁰⁶

Diese Erfordernisse werden in beiden Stellungnahmen präzisiert: Ein stadthistorisches Museum vermittele nicht nur „*geschichtliches Wissen und historisch-kulturelle Erkenntnisse*“ sondern sei auch „*das entscheidende Mittel, um städtische Identität bewusst zu machen.*“ „*Bochumer Bürger, insbesondere Kinder, junge Menschen und Neubürger müssen auf anschauliche Weise nachvollziehen können, wie ihre Heimatstadt geworden ist.*“ „*Denn nur wer versteht – und dies an konkreten Dokumenten und Objekten nachvollziehen kann – weshalb seine Stadt so geworden ist, wie sie sich heute darstellt, der wird sich auf diese Stadt einlassen, der wird sich mit ihr identifizieren.*“ „*Darüber hinaus ist es im Sinne einer angemessenen Gedenk- und Erinnerungskultur unumgänglich, wichtige Erfahrungen aus der Geschichte – auch und gerade in ihren lokalen Bezügen – lebendig zu erhalten und den nachwachsenden Generationen ‚begreiflich‘ zu machen.*“¹⁰⁷

Die Idee eines stadthistorischen Museums beruht eben nicht auf sentimentaler Heimatmuseums-Romantik, sondern zielt auf wichtige gesellschaftliche Erfordernisse. Ihr eine Zukunft zu geben, ist kulturpolitisch nicht weniger wichtig als die Förderung der viel gerühmten „Leuchttürme“ des Bochumer Kulturangebots.

Abbildungsnachweis

Brand (1), Kreuzer (8), Stadtarchiv Bochum (2 und 5), Städt. Presseamt (3, 4, 6 und 7)

Der Verfasser dankt Eberhard Brand, Andreas Halwer und Markus Lutter für ihre Unterstützung beim Aufspüren der historischen Fotos.

¹⁰³ Wortmeldung, in: WAZ vom 21. Februar 2012. Bochum: Seelenlos Allerweltstadt, in: RN vom 22. Februar 2012.

¹⁰⁴ Dem Vorschlag „Aufgabe des Museums Stadtgeschichte (historische Ausstellungen im Kunstmuseum)“ stimmten 321 Teilnehmer zu, 216 lehnten ihn ab. Die Befragung war insgesamt nicht repräsentativ, die vorgenannte Formulierung mehrdeutig und ohne Hinweis auf die zeitliche und räumliche Reduzierung, widersprüchlich auch dadurch, dass an anderer Stelle zugleich die Schließung des Kunstmuseums vorgeschlagen wurde.

¹⁰⁵ Niederschrift zur Sitzung des Kulturausschusses am 24. Februar 2012, S. 6 ff.

¹⁰⁶ Beschlossen am 19. April 2012. „Das Ausstellungsangebot wird ausgehungert“, in: WAZ v. 22. April 2012; „Resolution der Kortum-Gesellschaft“, in: RN v. 3. Mai 2012.

¹⁰⁷ Kortum-Gesellschaft: Ausgewählte Sätze aus der Stellungnahme „Bochum braucht ein stadthistorisches Museum“ vom 7. Februar 2012 und der Resolution der Jahreshauptversammlung vom 19. April 2012. Teilweise wird in ihnen aus dem Aufruf der Initiative Stadthistorisches Museum von 1998/99 zitiert.

Heinz-Günter Spichartz Die „Kaiser-Aue“

Vor 110 Jahren – Gutsbesitzer Theodor Helf schuf Ausflugslokal und Freizeitzentrum in Grumme

Alte Grummer und Bochumer Bürger erinnern sich gerne an die „Kaiser-Aue“, ein Ausflugslokal mit Tanz, Konzerten, einem großen Festsaal und dem dazugehörigen Teich, an Kinderfeste mit Onkel Albert, an Feuerwerke und an Schwimmwettbewerben im Kaiseraueteich. Im Juli 1902, also vor 110 Jahren, wurde die „Kaiser-Aue“ feierlich eingeweiht. Im Januar 1974 wurde das Gebäude wegen Bauauffälligkeit abgerissen. Über die Aktivitäten im Laufe der Jahre zwischen Eröffnung und Abriss soll nachfolgend berichtet werden.

Das Dorf Grumme wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr vom Bergbau geprägt. In Hofstede, an der Chaussee nach Herne, hatte sich die Gewerkschaft „Vereinigte Constantin der Große“ angesiedelt. 1852 wurde mit der Abteufung des Schachtes I begonnen, der 1857 die Förderung aufnahm. Es folgten weitere Schächte, darunter Schacht „Ritterburg“ an der Castroper Straße in der Vöde (ab 1893 Constantin Schacht III) sowie an der Grenze Altenbochums die Zeche Prinz von Preußen. Der Wohnungsbau der Zechen hielt sich in Grenzen. Zeche Constantin errichtete in Hofstede einige Werkswohnungen, auch die Zeche „Ritterburg“ errichtete stadtauswärts an der Castroper Straße in unmittelbarer Nähe des Schachtes einige Werkswohnungen. Die Zeche „Prinz von Preußen“ errichtete vier Kolonien an der I. und II. Parallelstraße, an der Castroper Straße (heute Wichernstraße) und am Colonieweg (heute Auf der Bochumer Landwehr). 1910 besaß die Zeche Constantin 683 Werkswohnungen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Bestand an Wohnungen durch Kauf oder Neubauten drastisch erhöht, und zwar in Grumme, Hofstede, Riemke Bergen und Herne. 1891 war die Bevölkerungszahl in Grumme so stark angewachsen, dass im „Dorf“ eine eigene Kirche, die St. Liboriuskirche, errichtet wurde.

Gleichzeitig war auch im Stadtparkviertel eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen. Zunächst entstanden Villen an der Goethe- und Kaiser-Wilhelm-Straße, die Städtische Oberrealschule (Goetheschule) wurde errichtet, es folgten weitere Bauten an der Kurfürstenstraße und an Nebenstraßen sowie die Bebauung des ehemaligen Cremer'schen Grundstücks am Kaiserring (heute Am Alten Stadtpark). Die Grummer Bauern verkauften ihre Äcker zur Besiedlung.

1899 gründete Theodor Helf mit einigen Gesellschaftern die „Terraingesellschaft am Stadtpark“ zur Erschließung des Geländes zwischen Bergstraße und den

Schmechtingwiesen. Die Landwirtswitwe Heinrich Bußmann verkaufte im August 1899 ihre Grundstücke zwischen Graf-Engelbert-Straße und Freiligrathstraße an die Terraingesellschaft. Die weiteren Gesellschafter der Terraingesellschaft lassen sich heute nicht mehr ermitteln, es ist zu vermuten, dass es sich u. a. um die Landwirte Harpen aus Hofstede und Cruismann aus Riemke handelte.¹

Die Grummer Bauernschaft liebäugelte Ende des Jahrhunderts mit der Eingemeindung zu Bochum, wo 1899 das Amt Bochum-Nord aufgeteilt und Grumme zum Amt Harpen zugeschlagen wurde. Die Erweiterung des Stadtparks wird auch um die Jahrhundertwende im Gespräch gewesen sein, 1903 erfolgten schließlich der Ankauf des Geländes bis hin zur Gudrunstraße und die Erweiterung des Stadtparks. Die arbeitende Bevölkerung, die größtenteils in engen Wohnverhältnissen lebte, suchte Zerstreuung, zumindest am Wochenende. 1901 bekundeten die Gewerken der Zeche Vereinigte Constantin der Große, dass sie 70 Morgen Land von den Drevermann'schen Feldern aufkaufen wollten, um dort den Schacht VI zu errichten (der heutige Kötterberg).

Die Ausweitung des Stadtgebietes in Richtung Grumme und die Entstehung weiterer Arbeitsplätze durch neue Zechenanlagen mit entsprechendem Zuzug weiterer Arbeiter dürfte Theodor Helf dazu bewogen haben, den Bau eines Ausflugslokals ins Auge zu fassen. 1901 errichtete er zusammen mit dem Landwirt Heinrich Harpen aus Hofstede eine Ringofenziegelei in Hofstede an der Hofsteder Straße nahe der Berggate (heute Abfahrt Hofstede der A40); so kam er günstig an die Ziegelsteine für die geplanten Bauvorhaben. Der Bochumer Anzeiger schrieb am 24. August 1940 anlässlich seines 80. Geburtstages: *„Der Jubilar, obwohl festhaltend an altem Brauch, verkannte nicht die Notwendigkeit, mit der Zeit zu gehen. Als die Industrie viele neue Kräfte heranzog und Grumme sich zu entfalten begann, da förderte er im verständnisvollen Zusammenwirken mit Gemeinde und Industrie den Ausbau des Gemeinwesens in gesunden Bahnen. In der ‚Kaiseraue‘ schuf er eine Erholungsstätte, die nicht nur ein Schmuck des Stadtteils, sondern auch ein Anziehungspunkt für den ganzen Umkreis wurde.“*

Im Herbst 1901 erschien die Ausschreibung für verschiedene Gewerke zur Errichtung des Ausflugslokales (Abb. 1).

Ende Februar 1902 wurden in Grumme Gasleitungen verlegt, es wurden 45 Gaslaternen beschafft, so dass am 2. April zunächst 35 Gaslaternen die Straßen in Grumme erleuchteten. Der Kaiseraueteich war im Februar 1902 schon so weit hergerichtet, dass Theodor Helf am

¹ Märkischer Sprecher vom 6. März 1911: Zwangsversteigerung von 13 Grundstücken an der Berg-, Umland-, Graf-Engelbert-, Freiligrath- und Lessingstraße.

15. Februar 1902 zum Eislaufen auf dem Teich einlud (Abb. 2).

Ausschreibung.

Herr Theodor Helf in Grumme beabsichtigt auf seinem dortselbst, Ritzhäuser, belegenen Grundstück ein

Restaurationsgebäude

mit gedeckter und offener Terrasse und großem Restaurationsgarten zu errichten und sollen die hierfür erforderlichen Arbeiten wie folgt vergeben werden:

**Maurerarbeiten,
Zimmerarbeiten,
Dachdecker- und Klempnerarbeiten,
Eisenlieferung,
Schreinerarbeiten,
Steinmearbeiten.**

Offertformulare können gegen 50 Pfg. Gebühr beim Architekten G. General, Kottb. 64, bezogen werden. Schlussfrist der Offerten bis zum 25. September n. e.

Abb. 1: Anzeige Märkischer Sprecher vom 21. September 1901. (Stadtarchiv Bochum)

Auf zur Eisbahn!

9000 **Mtr.** große Eisbahn an der nach im Bau befindlichen der Neuzeit entsprechenden Restauration mit Park und Anlagen des Herrn Helf in Grumme.

Von heute an und folgende Tage: **Grosser Eislauf.**

Haltestelle der Straßenbahn Besenbühl am Gantenberg-Gründe, von dort aus in 5 Minuten zu erreichen, vom Stadtpark aus in 15 Minuten.

Große Restauration, Garberode und Sitzplätze vorhanden.

◆◆◆◆ **Mittwoch: Merkert-Eis-Concert.** ◆◆◆◆

Abb. 2: Anzeige Märkischer Sprecher vom 15. Februar 1902. (Stadtarchiv Bochum)

Nach Aussagen von Heinz-Hugo Goeke, Wirt der bekannten Gaststätte Goeke, diente der Kaiserauteich der nicht weit entfernten Höhne'schen Mühle in der Vergangenheit als Mühlenteich. 1922 wurde die Mühle vom Wasserrad-Antrieb auf Elektro-Antrieb umgestellt. Mit Errichtung der Schächte VI und VII der Zeche Constantin bis 1905 diente der Teich gleichzeitig als Löschwasserreservoir, eine Rohrleitung mit Pumpen führte vom Kaiserauteich hoch auf den Kötterberg zu den Zechenanlagen, so dass im Bedarfsfalle genügend Löschwasser zur Verfügung stand. An dieser Stelle soll 1810 das Spritzenhaus für Grumme errichtet worden sein. Der Name „Kaiser-Aue“ soll zu Ehren des Kaisers Karl der Große gewählt worden sein, eine Büste mit der Bezeichnung „Carolus magnus“ hat im Park der Kaiseraue gestanden.

Am 30. April 1902 berichtete der Märkische Sprecher: „Die Kaiser-Au in Grumme. Für die Pflege des leiblichen Wohlergehens ist in den letzten Jahren durch Anlage schattiger Restaurationsgärten in erfreulicher

Weise Sorge getragen worden. In nächster Zeit wird ein neuer Ausflugsort seine gastlichen Pforten öffnen. Herr Oekonom Helf in Grumme lässt in landschaftlich schöner Gegend, in geringer Entfernung vom Stadtpark, ein in mittelalterlichen Renaissanceformen gehaltenes, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattetes Restaurationsgebäude errichten. Weithin in die Lande schaut ein schlanker Thurm, dem Wanderer den Weg anzeigend. Das Haus wird dem Besucher alle erdenklichen Bequemlichkeiten bieten. Außer einem großen Lokale für Tageswirthschaft sind Wein- und Kaffeezimmer vorhanden. Ein geräumiger Saal mit anschließendem Salon, offenem Balkon und gemütlicher, geschlossener Glasveranda gewährt größeren Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. An das Gebäude schließt sich eine theils offene, theils überdachte Terrasse an, von welcher dem Beschauer ein für unsere Gegend selten schönes Panorama sich zeigt. Unter der Terrasse, dicht am Wasser, ist ein eigenartiges Grottenzimmer gelegen. Ein mit prächtigen Baumpflanzungen versehener Restaurationsgarten kann vielen Hunderten Ruhesitz und Erholung bieten. Durch Anlage eines fast vier Morgen großen Weihers ist willkommene Gelegenheit gegeben,

dem Rudersport huldigen zu können. Boote dazu werden in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Auch dem Lawatennis-Spiel ist eine Stätte bereitet worden. Unsere Jugend hat durch Anlage von genügend großen und trockenen Spielplätzen Berücksichtigung gefunden. Erwähnt sei noch, dass auch zu längeren Erholungsaufenthalte Zimmer eingerichtet werden.“

Am Donnerstag, dem 17. Juli 1902, wurde die „Kaiser-Aue“ durch ein Eröffnungskonzert der Merkert'schen Capelle und einem Brillant-Feuerwerk eröffnet.

Kaiser - Aue, Grumme.

Donnerstag den 17. Juli 1902,
Nachm. von 3¹/₂ - 11 Uhr:

Eröffnungs-Concert

ausgeführt von der gesammten Merkert'schen Capelle.
Bei eintretender Dunkelheit Illumination der gesammten
Gartenanlagen und Brillant-Feuerwerk.

Von 10 Uhr an jede Viertelstunde Fuhrgelegenheit über die
Kaiserstraße nach Grumme.

Entree 50 Pfg., Kinder unter 14 Jahren die Hälfte.
Jeden Mittwoch von 3¹/₂ Uhr ab.

Concert der Merkert'schen Capelle.
Th. Hoff.

Restaurant Kaiser Aue, Grumme & Markt

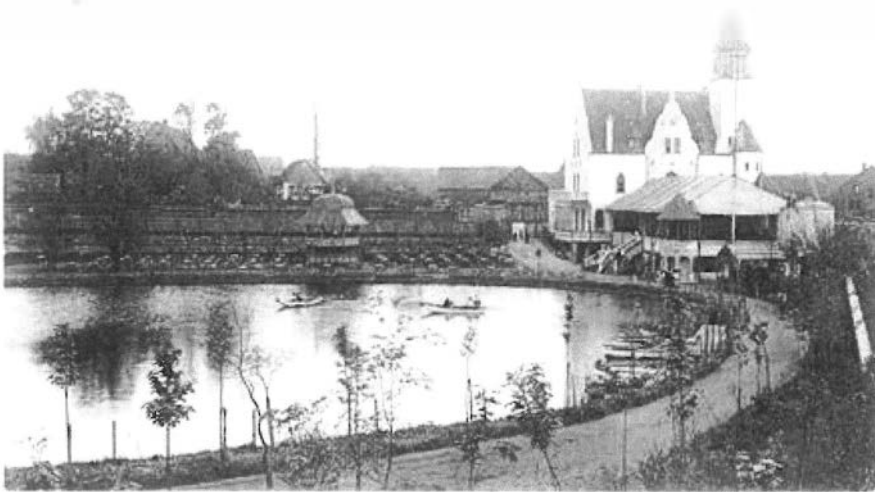


Abb. 4 (oben): Ansichtskarte Kaiseraue mit Kahn. (Sammlung H.-G. Spichartz)

Abb. 5 (Mitte): Ansichtskarte Kaiseraue mit Tennisplätzen. (Sammlung H.-G. Spichartz)

Abb. 6 (unten): Ansichtskarte Biergarten. (Sammlung Josef Otte)

Der Märkischer Sprecher schrieb am 16. Juli 1902: „Kaiser-Aue-Eröffnungskonzert. In der ‚Kaiser-Aue‘ in Grumme, Besitzer Herr Th. Helf, findet morgen, Donnerstag, von 3½ Uhr bis 11 Uhr zur Eröffnung des neu errichteten Vergnügungsetablissemments Konzert der gesamten Merkert’schen Kapelle statt. Bei Eintritt der Dunkelheit werden die gesamten Garten-Anlagen illuminirt und wird außerdem ein Brillant-Feuerwerk abgebrannt werden. Zur Rückkehr nach Bochum ist von 10 Uhr ab Fahrgelegenheit.“

Anzeigen im Märkischen Sprecher und Bochumer Anzeiger machten in den folgenden Jahren auf die Konzerte und weiteren Aktivitäten in der Kaiser-Aue aufmerksam. Die Konzerte fanden größtenteils im Freien statt. Bei regnerischem Wetter wurden die Konzerte im Saale durchgeführt. 1904 wurde Grumme nach Bochum eingemeindet. Die Kaiseraue hatte ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt. Von zahlreichen Aktivitäten kann im Jahre 1904 berichtet werden: Am 14. Juni fand ein Kinder- und Familienfest statt, ab dem 12. Juni gastierte der amerikanische Turmseilkünstler Boston Cronje mit verschiedenen Attraktionen in 75 Fuß Höhe über dem Wasser mit Fräulein Pomponin als Balletteuse in Feuerflammen auf dem Hochseil. Auch Mr. Boston als Wanderbursche, der sein Nachtlager auf dem Hochseil aufschlug, zog viele Zuschauer an (Abb. 7).

Am 10. Juli fand das erste große Schwimnfest in der Kaiseraue statt, Schwimmer aus neun Vereinen aus Bochum, Dortmund, Witten, Oberhausen, Münster und Barmen nahmen am Wetschwimmen teil. Diese Veranstaltung wurde auch in einer Ansichtskarte festgehalten.



Grumme Bochum Kaiser Aue.



Großes und feines Fest d. V. Bochum in der Kaiser-Aue Bochum-Grumme, 10. Juli 1904.



Kaiser-Aue.

Sonntag, 14. August:

I. große

Ballonfahrt

des
Kapitäns Feller
mit seinem 18000 Cubitfußgroßen Ballon
„Metropole“.

Anfang der Füllung 1 Uhr.
Aufstieg gegen 7 Uhr.

— Entree 25 Pfg.
Rein Freiparadies.

Interessenten, welche mitzufahren
wünschen, belieben sich in der Kaiser-
Aue bis Samstag zu melden.

Abb. 7 (oben): Ansichtskarte Kaiseraue mit Masten für den Turmseilkünstler. (Sammlung Josef Otte)

Abb. 8 (Mitte): Ansichtskarte Fest des Schwimmvereins Bochum am 10. Juli 1904. (Repro Sparkasse Bochum)

Abb. 9 (unten): Anzeige Luft-Ballon-Auffahrt Märkischer Sprecher vom 10. August 1904. (Stadtarchiv Bochum)

Im August 1904 starteten die ersten Luftballone von der Kaiseraue. Auf der Ansichtskarte mit dem Schwimmfest ist eine Rampe zu sehen. Sie diente als Aufstieg bzw. Einstieg in die Ballon-Gondel.

Insgesamt fanden von der Kaiseraue zehn Ballonaufstiege in den Jahren 1904 bis 1909 statt:

- 14. August 1904
Luftballon „Metropole“
- 21. August 1904
Luftballon „Metropole“
- 12. August 1906
Luftballon „Condor“
- 19. August 1906
Riesen-Drillings-Ballon „Mars“
- 22. August 1906
Luftballon „Zillertal“
- 09. September 1906
Riesen-Drillings-Ballon „Mars“
- 16. Juni 1907
Luftballon „Condor“
- 31. Juli 1907
Riesenluftballon „Tokio“
- 10. August 1908
Riesenluftballon „Deutschland“
- 10. August 1909
Riesenluftballon „Tokio“

Am Mittwoch, dem 3. und 31. August 1904, erfreute ein großes Kinder- und Familienfest die Besucher, die städtische Kapelle von Herrn Merkert begleitete das Programm musikalisch. Am Abend des 7. August wurde ein Riesenfeuerwerk veranstaltet. Mit einem Wasserfeuerwerk am 4. September endeten die Aktivitäten im Freien. Kaffee-Konzerte in den Sälen des Restaurants luden im Herbst und Winter auch weiterhin die Gäste ein. In den Wintermonaten lockte der zugefrorene Teich zum Schlittschuhlaufen. Am 9. Juli 1905 fand abermals ein großes Gau-Schwimmfest mit interessanten Wettkämpfen im Schwimmen, Springen und Tauchen statt. Eine vielfach verschickte Ansichtskarte ist das Motiv eines Herrn (vermutlich der Gutsbesitzer Helf) mit und ohne Hund in

schwarz/weiß oder Color, der auf einer Brücke über die Grume steht und Richtung Restaurationsgebäude schaut.



Abb. 10: Ansichtskarte Kaiseraue mit Brücke über die Grume. (Sammlung H.-G. Spichartz)

Besondere Attraktionen im Jahre 1906 waren das „Orchestra municipale di Turino“ mit 20 Künstlern, vier Ballonaufstiege, verbunden mit großem Merkert-Konzert und Brillant-Feuerwerk, sowie ein amerikanisches Kinder- und Familienfest am 19. September, gestaltet von dem bekannten Turmseilkünstler Mr. Boston, welches zum Schluss mit einem Fackelzug mit bengalischer Beleuchtung endete.

Kaiser-Aue, Bochum-Grumme.

Sonntag den 9. September etc.,
Lezte Wochentag

Luftballon-Auffahrt

mit dem bekannten Luftballon-Fachmann Paul Feller mit seinem
Riesen-Drillings-Ballon 'Mars'.

Kaufung der Zählung normalste, Kuffahrt 6 Uhr nachmittags.

Von 4 Uhr ab:
Grosses Merkert-Konzert.

Abends 8 1/2 Uhr:
Grosses Brillant-Feuerwerk
zu Land und Wasser.

Eintritt 5 Pfennig 20 Pfg. Platz 10 Pf.

Otto Helf.

Abb. 11: Anzeige Drillings-Luftballon Mars Märkischer Sprecher vom 7. September 1906. (Stadtarchiv Bochum)

In der Ansichtskartensammlung der Grummer Heimatforscher gibt es Exponate, aus denen hervorgeht, dass ca. ab 1906/07 das Zeltdach durch ein teils offenes Gewölbedach ersetzt wurde (Abb. 12).

Im Jahre 1908 wurden in Grumme Kabel für elektrisches Licht verlegt. So schrieb auch der Märkische Sprecher am 5.6.1908: „Elektrisches Licht in Grumme. Elektrisches Licht wird zu Pfingsten im Stadtbezirk Grumme leuchten. Unter großer Beschleunigung ist in den letzten Tagen der Kabelanschluss hergestellt. U.a. wird auch die ‚Kaiser-Aue‘ an den Abenden schon in elektrischer Beleuchtung erglänzen können“.

Über das Jahr 1909 kann berichtet werden, dass am 11. September die liberalen Bürgervereine ihr Sommerfest und die Sedanfeier (2. September) in der Kaiseraue feierten. Insgesamt 10.000

Besucher, davon 4.000 Kinder, waren erschienen. Von einer gegenüberliegenden Wiese setzte sich ein Kinderfestzug mit kleinen Matrosen mit Gewehren und Fahne Richtung Spielplatz in Bewegung, der Luftballon Bochum stieg auf. Gegen 8 1/2 Uhr bewegte sich ein großer Zug zum Wilhelmsplatz zum Kriegerdenkmal. Unter Orchesterbegleitung wurde Deutschland, Deutschland über alles gesungen, anschließend die Feier beendet. Während der Kaiserzeit berichteten die Zeitungen, dass

die Vereine jedes Jahr den Sieg über die Schlacht bei Sedan feierten. Außerdem wurde der Geburtstag des Kaisers gefeiert am 27. Januar, und besonders die evangelischen Frauenvereine feierten den Geburtstag der Kaiserin Auguste Viktoria am 22. Oktober.

Zur Feier der 40jährigen Wiederkehr an die Schlacht bei Sedan fand am Freitag, den 2. September 1910 ein großes patriotisches „Kinder-Kriegs-Festspiel“ verbunden mit einem Ernte-Dank-Fest statt. Sensen und Harken waren an der Kasse erhältlich, für diejenigen, die am Festspiel teilnehmen wollten. Knaben, welche eine Militäruniform hatten, waren gebeten diese auch anzulegen (Abb. 13). Anhand der vielen Ansichtskarten auf dem Sammlermarkt ist zu erkennen, dass ca. im Jahre 1910/11 eine weitere Baumaßnahme durchgeführt wurde, das teils offene Dach wurde durch eine Hallenkonstruktion ersetzt (Abb. 14).



Abb. 12: Ansichtskarte Kaiseraue mit neuer Dachversion. (Sammlung Josef Otte)

Im Dezember 1912 verfügte die Kaiseraue über einen eigenen Straßenbahnanschluss. Die Gäste mussten nicht mehr den langen Fußweg von der Herner Straße unternehmen. Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn AG hatte mit Errichtung der Straßenbahnlinie 9 das Ehrenfeld über Kortumstraße und Bergstraße mit Grumme verbunden. Während des Ersten Weltkriegs fanden häufiger Militärkonzerte statt. Auch verwundete Soldaten aus den verschiedenen Abteilungen des Reservelazarettes Bochum (alle Bochumer Krankenhäuser gehörten dazu) besuchten die Kaiseraue. Im März 1917 berichtete der Märkische Sprecher, dass Gutsbesitzer Theodor Helf die „Kaiseraue“ an die Zeche Vereinigte Constantin der Große verkauft hatte. Am 11. August 1920 wurde im Hotel „Fürstenhof“ in Bochum der Bochumer Ruderverein gegründet. Am 21. Februar präsentierten sich die 42 Gründungsväter des Vereins mit einem Ruderkasten in der Kaiseraue, der hier nun zu Ruderübungen stationiert wurde (Abb. 15).

Im Jahre 1924 ist zu bemerken, dass die Eintrittspreise rapide in die Höhe gegangen sind. Lag der Eintrittspreis für Erwachsene früher bei 50 Pfennigen, war er jetzt auf eine Billionen Mark gestiegen (Abb. 16).

1926 veranstaltete der Schwimmverein „Blau-Weiß 96“ Bochum zum wiederholten Male ein Schauschwimmen im Kaiseraueteich. Auch im Jahre 1928 fand am 18. August ein Schwimmwettkampf zwischen dem Schwimmverein „Blau-Weiß 96“ Bochum und dem Schwimmverein Münster 1891 statt. In der Pause gab es ein Wettrudern, Hindernis-Schwimmen und ein Rakettenschiff startete. 1929 wurden auf der Tenthoffstraße Straßenbahngleise bis hinauf zur Zeche Constantin Schacht 6/7 verlegt. Mit der Straßenbahnlinie wurde die Taktzeit zwischen dem Ehrenfeld und der Kaiseraue erhöht (Abb. 17).

In den Jahren 1933, 1934 und 1935 fanden weitere Schwimmwettkämpfe statt. Zum Reichsschwimmfest am 18. Juni 1934 hatten sich 3.000 Zuschauer eingefunden. Hier kämpfte der Damenschwimmverein Bochum 1911 gegen DCV Erkenschwick. Anfang der 1930er Jahre war der Ruf nach einem Freibad in Grumme immer lauter geworden, allerdings war geplant, dieses Freibad im Grumetal in der Nähe der Böckenbergstraße zu errichten. Der Bochumer Anzeiger berichtete am 25. März 1935: „Der unansehnliche Schlampteich der Kaiseraue werde sich demnächst in ein Schwimmstadion umwandeln. Die verschönende Hand wolle in allernächster Zeit durch

Kaiser-Aue Grumme.

Freitag, den 2. Sept. 1910, nachmittags 4 Uhr:
Zur Feier der 40jährigen Wiederkehr an die denkwürdige Schlacht bei Sedan: **grosses patriotisches**

Kinder - Kriegs - Festspiel

verbunden mit einem **Ernte-Dank-Fest.**

Nachmittags punkt 4 Uhr:

Grosser Gala-Prunk-Festzug

mit grossartigen Ausstattungen unter Vorantritt der gesamten Musikkapelle.
Die Leitung liegt in den Händen des hier beliebten und berühmten Jugendfestspielleiters
Direktor H. Schellhase aus Berlin.
Onkel Sepp! als Rittergutsbesitzer allen voran zu Pferde, alsdann der Prunkwagen mit der Ernte-Königin Esmeralda mit ihrem Hofstaat, der Grossknecht die Großmagd. der Erntewagen mit Schnittern u. Schnitterinnen. Sodann auf der Festwiese das Carbenbinden der Schnitter und Schnitterinnen unter Gesang, sowie Huldigung der Ernte-Königin Esmeralda.

6 Uhr: Aufsteigen **Seppelins-Puffhines „Sedan“** (Original!). Die Strategen Max u. Moritz fahren mit, um das Schlachtfeld zu besichtigen, sodann grosser Ausmarsch mit Fackeln nach dem Schlachtfeld, sowie Bombardement von Sedan verbunden mit einem **Parado-Festwerk.** Zum Schluss: Singszug, feenhafte Beleuchtung des ganzen Etablissements, sowie Dankgebet mit Musik.

Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 3 1/2 Uhr.
4 Punkt 4 Uhr Anfang des Festes.
Man bittet um rechtzeitiges Erscheinen, da punkt 4 Uhr das Fest beginnt.

Entree: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., wofür ein jedes Kind eine dem Feste entsprechende Kopfbedeckung gratis erhält.
Sensen und Harken sind an der Kasse zu haben.
Knaben u. Mädchen im Alter von 10 bis 15 Jahren, die sich an dem Festspiel beteiligen wollen, können sich zur Probe am Donnerstag, den 1. September, nachmittags 3 Uhr, in der Kaiser-Aue melden, Knaben, welche Militär-Uniform haben, bitte dieselbe anzulegen.
Es ladet erzehest ein **Der Festrat.**

Abb. 13: Anzeige Kinder-Kriegs-Festspiel, Märkischer Sprecher vom 1. September 1910. (Stadtarchiv Bochum)

die Anpflanzung von 15.000 Ligusterheckensträuchern den Vorgärten ein schmuckes Aussehen geben“.



Abb. 14: Ansichtskarte Umbau: Neuer Festsaal. (Sammlung H.-G. Spichartz)



Abb. 15: Ruderkasten des Bochumer Rudervereins. (Aus der Festschrift des Bochumer Rudervereins)

Während des Nationalsozialismus fanden in den Räumen der Kaiseraue sowohl Veranstaltungen der kirchlichen Vereine, wie die Jahreshauptversammlungen der Frauenhilfe der Grummer Evangelischen Kirchengemeinde des 7. Pfarrbezirks, als auch Veranstaltungen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der NSDAP statt. Ebenfalls fanden die Jubilarfeiern der Zeche Constantin hier statt. Im Zweiten Weltkrieg diente die Kaiseraue als Lager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene der Zeche Constantin. Im Buch „... und die Erinnerung tragen wir im Herzen“, herausgegeben von der Initiative „Entschädigung jetzt“, wird über die Kaiseraue wie folgt berichtet:

„Im Saal der Gaststätte Kaiseraue in der Josephinenstraße 29 richtete die Zeche Constantin der Große ab März 1942 ein Lager für 200 russische (d.h. sowjetische) Zwangsarbeiter ein. Dieser Saal wurde im April 1942 mit 283 sowjetischen Zwangsarbeitern belegt. Neben an befand sich ein Holzbarackenlager für französische Kriegsgefangene.“ Zwangsarbeiter Michail Petruk erinnerte sich an das Lager Kaiseraue: „Ich lebte im Lager Kaiseraue. Dieses Lager unterschied sich von den anderen Lagern mit hölzernen Zehner-Baracken. Das Lager Kaiseraue war ein riesiges Gebäude, in dem früher irgendwann ein Theater gewesen war. Ein gewaltiger Saal mit kleiner Bühne. Vom Saal führte eine Tür in ein kleines Zimmer, offensichtlich zum Repetieren gedacht, eine zweite Tür führte ins Restaurant. Der Haupteingang zum Restaurant war von der Straße aus. Der Hof lag etwas tiefer, in der Mitte war ein künstlicher Teich. Neben dem Zaun stand eine Baracke, umgeben mit Stacheldraht, in ihr lebten Franzosen. In diesem Lager lebten 240 Menschen, ‚Ostarbeiter‘, wie wir genannt wurden und 40 Personen aus der Westukraine in jenem kleinen Zimmer. Das Schrecklichste waren die Bombardements. Es gab keinen Bunker. Lediglich unter dem Gebäude befand sich eine Art Kellerverschlag.“ Zwangsarbeiter Iwan Kowalenko erinnerte sich: „Wir lebten im Kaislager. Auf der einen Seite des Lagers war eine Straßenbahnlinie, auf der anderen ein kleiner Bach. Wir wurden unter Bewachung zur Arbeit in den Schacht 5/6 geführt“ (vermutlich 6/7). Im Herbst 1944 zog das Lebensmittellager der Firma Block & Doth ein, wo sich die

Grummer Lebensmittelläden mit Waren versorgten. Nach der Kapitulation wurde das Lebensmittellager von der Grummer Bevölkerung geplündert.

Nach dem Kriege fanden diverse Jubilarfeiern in der Kaiseraue statt, die Räume für Veranstaltungen waren kriegsbedingt knapp geworden. Der Schützenhof existierte nicht mehr, das Theater war im Stadtparkrestaurant untergebracht. So feierte der Männergesangsverein „Preciosa“ aus Grumme am 7. Juli 1951 sein 60-jähriges Bestehen. Am 21. Juli 1951 fand eine große Geflügelbörse des Landesverbandes der Wirtschaftsgeflügelzüchter von Westfalen und Lippe statt.

KAISER-AUE, BOCHUM

Freitag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr

Grobes Kinderschiitzenfest

unter Mitwirkung des beliebten Onkel Albert mit seinem Clown Pipo.

U. a.: Bonbonregen, Preisschießen, Verteilung der Preise, Ehrung des Schützenpaares.

Ballon-Aufstieg.

KAFFEE-KONZERT
der Oberbayrischen Kapelle.

Jedes Kind erhält am Eingang ein Fähnchen.

Erwachsene 0.60 Bill. Mk. Kinder 0.30 Bill. Mk.

Kaiser-Aue, Bochum.

Sonntag, den 17. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Garten-Konzert
der Merkert'schen Kapelle. Bei Eintritt der Dunkelheit

Abbrannen eines Riesen-Wasser-Feuerwerks
auf Wunsch u. a.

Riesen-Wasserfall.

— Illumination der gesamten Garten-Anlagen. —

Karten im Vorverkauf zu 1.00 Bill. Mk. sind in der Buchhandlung Hengstenberg zu haben.
Abendkasse ab 6 Uhr.

Abb. 16: Anzeige Kinderschiitzenfest 15. August 1924, Bochumer Anzeiger vom 14. August 1924 (Stadtarchiv Bochum)



Abb. 17: Fotomontage Tenthofstraße/Josephinenstraße. (Sammlung W. Brüseke)

Das Fernmeldebauamt feierte am 18. August sein 30-jähriges Bestehen und der Sportverein DJK Preußen 11 (aus der Vöde) beging sein 40-jähriges Jubiläum. Im Zuge der Neugestaltung der Kortumstraße ohne Straßenbahngleise, wurden zum 1. Dezember 1951 die Straßenbahnlinien 9 und 19 durch Busverkehr ersetzt. Boxveran-

staltungen des BSK 19 Bochum und Tanzveranstaltungen lockten die Menschen in die Kaiseraue.

Das Jahr 1954 war geprägt durch Landsmannschaftstreffen in der BV-Halle in Stahlhausen. Im Juni kamen 150.000 zum Pommerntreffen, 30.000 zum Sudetentreffen und 60.000 zum Bundestreffen der Westpreußen. Viele Teilnehmer besuchten auch die Kaiseraue. 1955 trafen sich weitere 45.000 Oberschlesier und 30.000 Weichsel-Warthe-Deutsche in Bochum. Für 1957 wurden 50.000 Pommern erwartet und 10.000 Westpreußen bekannten sich zur Heimat. 1958 trafen sich abermals 30.000 Westpreußen und 120.000 Oberschlesier in Bochum.

1958 erstellte die Verwaltung der Stadt Bochum einen Plan zur Errichtung des Grünzuges Nord. Dieser Plan wurde aber erst einmal zurückgestellt. 1960 fanden die letzten Landsmannschaftstreffen in Bochum statt: 30.000 Ortelsburger gedachten der Heimat und 80.000 Pommern trafen sich im Stadion, in der BV-Halle und in diversen Lokalitäten. Die Kaiseraue diente der Zeche Constantin 6/7 neben dem Ledigenheim am Weg am Kötterberg (früher Hiltroper Straße) auch als Gastarbeiterunterkunft. Im Jahre 1961 wurden in unmittelbarer Nachbarschaft der Blomberg-Hof und die Grummer Mühle an der Bergstraße abgerissen. Laut WAZ-Bericht verkaufte die Rheinhausen AG (Besitzerin der Kaiseraue) 1963 das Gebäude an den Pächter. Am 18. Juli 1964 wurde die Ruhrlandhalle neben dem Stadion eingeweiht, ein weiterer Ort in Grumme für Veranstaltungen. Im Frühjahr 1967 wurde schließlich der Schacht Constantin 6/7 geschlossen. Die Bausubstanz des Gebäudes wurde immer schlechter, Pilzbefall und eine schlechte Auslastung führten im Mai 1971 zur Stilllegung der Kaiseraue.

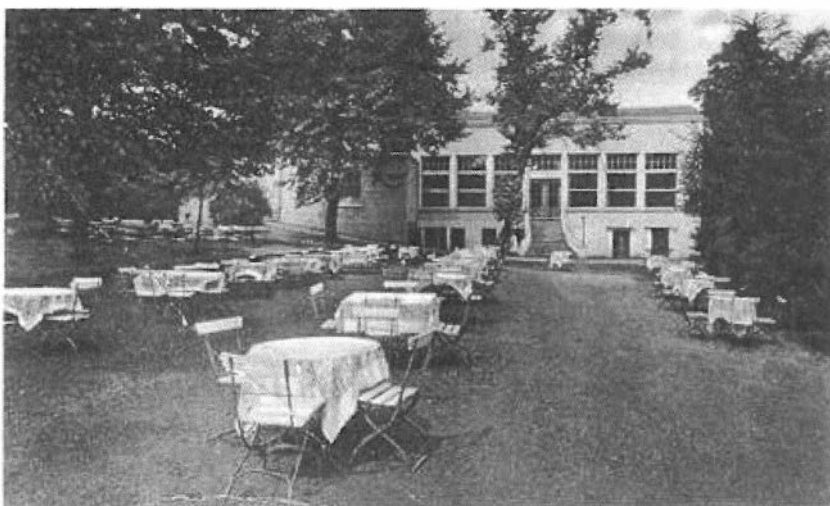
1972 musste die Polizei wiederholt Obdachlose aus dem Gebäude entfernen. Der SPD-Ortsverein machte sich 1973 stark für den Abriss des Bauwerkes. Dieser erfolgte im Januar 1974 (Abb. 20).

Nach dem Abriss wurde die Tenthofstraße um einige Meter versetzt, sie bildete nun mit der Heckertstraße eine Kreuzung. Im Grumbecktal wurde nun der Plan von 1958 über die Errichtung eines Grünzuges Nord in die Tat umgesetzt. Durch Schaffung einiger Staubecken sollte die Überschwemmungsgefahr durch die Grume gebannt werden. 1977 fand am 27. und 28. August die Einweihung der Grummer Seenplatte statt. 1978 fand nach einer großzügigen Spende der Fiege-Brauerei der Spatenstich zum Ökumenischen Altenzentrum Kai-

seraue statt. Am 5. Dezember 1980 wurde das Altenzentrum an die Caritas übergeben.

Anlässlich des Seefestes 1989 an den Grummer Teichen fand eine Taufe der Grummer Teiche statt, diese tragen von nun an folgende Bezeichnungen: Vom Westen nach Osten: Tippulusteich, Mühlenteich, Constantinteich, Kaiserauteich, Grumbeckteich, Kötterteich, Grumeteich, Biggeteich, Aggerteich und Rottmannsteich.

In diesem Jahr wird das 29. Seefest gefeiert, welches die Grummer und die Bochumer Bürger an den Kaiserauteich zieht, und wie vor 110 Jahren den Gästen ein paar schöne Stunden beschert.



Hochhaus Kaiserlauter Park u. Garten, 1951

Abb. 18: Ansichtskarte Biergarten 1951. (Sammlung Josef Otte)



Abb. 19: Foto 125-jähriges Jubiläum der Firma Baltz 1952. (Sammlung W. Brüseke)



Abb. 20: Abriss Kaiseraue. (Foto Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)



Abb. 21: Ökumenisches Altenzentrum. (Foto Spichartz)



Abb. 22: Ökumenisches Altenzentrum. (Foto Spichartz)

Fabian Brändle

Lebertran, Carepakete und die Krönung der Königin

Aufwachsen in Bochum in der Kriegs- und Nachkriegszeit anhand Karin Dunkel-Foltmanns Kindheitserinnerungen „Knickelwasser“

Einleitung

Karin Dunkel-Foltmann wurde 1941 geboren, in der Zechenkolonie „Kreta“ in Bochum.¹ Ihr Vater war Bergarbeiter, die Mutter Hausfrau, der ältere Bruder im Krieg. Als Kleinkind erlebte sie die schweren Bombardierungen des Ruhrgebiets, den Alltag der nationalsozialistischen Diktatur, den zunehmenden Mangel an Gütern und Essen. Sie freute sich unendlich, als der geliebte Bruder unverehrt aus dem Krieg zurückkam, als sich die Versorgung nach 1945 allmählich besserte, als sich die Familie endlich wieder etwas mehr leisten konnte und die Tochter sich satt essen konnte.

Karin Dunkel-Foltmann war ein sensibles, aufmerksames Kind und schrieb später über ihre Sozialisation in Bochum.² Dies macht sie besonders, denn zwar berichten mittlerweile recht viele „kleine Leute“ über ihr Leben, sie sind dennoch in der klaren Minderheit.³ Ihre Aufzeichnungen stoßen trotz ihres subjektiven Charakters vermehrt auf das Interesse der Historikerzunft. Viele Bochumerinnen und Bochumer der Generation Dunkel-Foltmanns teilen indessen die teils mühevollen, teils freudigen Erfahrungen der Autorin. Somit werden die Kindheitserinnerungen mit dem schönen Titel „Knickelwasser“ zur spannenden alltagsgeschichtlichen Quelle. Über das Besondere der persönlichen Biographie heraus vermittelt der rund 190seitige, flüssig geschriebene Text

¹ Bei der Zechenkolonie „Kreta“ handelt es sich um die elf Arbeiterhäuser an der Borgmannstraße – bis zum Jahr 1929 Albertstraße – im Ortsteil Kreta an der Nordostgrenze von Bochum-Werne. Die Häuser wurden 1908 von der Harpener Bergbau AG für die Arbeiter der etwas westlich der Siedlung gelegenen Zeche Amalia gebaut; Helmut Brämer, „D-Zug“, „12 Apostel“, „Deutsches Reich“. Geschichte und Geschichten der Zechen-Kolonien in Bochum-Werne, Bochum 1989, S. 126-128.

² Karin Dunkel, „Knickelwasser“. Eine Geschichte von der „Kreta“. Bochum 2007.

³ Zur sogenannten „populären Autobiographie“ vgl. beispielsweise Bernd-Jürgen Warnken, Populäre Autobiographie. Empirische Studien zu einer Quellengattung der Alltagsgeschichtsforschung. Tübingen 1985; Klaus Bergmann, Lebensgeschichte als Appell. Autobiographische Schriften der „kleinen Leute“ und Aussenseiter. Opladen 1991; Michael Vogtmeier, Die proletarische Autobiographie, 1903-1914. Studien zur Gattungs- und Funktionsgeschichte der Autobiographie. Frankfurt am Main 1984.

Informationen über das Heranwachsen in einer sehr schwierigen Zeit, über kindliche Träume in einer traumatischen Epoche der jüngeren deutschen Geschichte. Karin Dunkel-Foltmann schreibt von sich in der dritten Person und nennt sich „Franziska“. Dies schuf wohl eine gewisse Distanz zum Erlebten.

Die Autorin wuchs trotz aller zeitbedingten Mühsal in relativ geordneten Verhältnissen auf. Ihr Vater war als Bergarbeiter vom Kriegsdienst befreit und konnte sich somit um seine Lieben kümmern. Die Mutter war sehr fürsorglich und verstand es, aus den wenigen vorhandenen Ressourcen das Beste herauszuholen. Karin war dennoch oft einsam, hatte nur wenige Freundinnen und keine gleichaltrigen Geschwister. Umso mehr bedauerte sie es, wenn eine gute Freundin Bochum mit Sack und Pack verlassen musste. Als genaue Beobachterin hat sie einen feinen Sinn für Veränderungen in Quartier und Familie. Und sie schreibt aus der kindlichen Perspektive heraus, oft mit Unverständnis für die in ihren Augen „oberflächliche“ Welt der Erwachsenen.

In meinem kurzen Essay möchte ich versuchen, das Besondere und das Allgemeingültige in Karin Dunkel-Foltmanns Kindheitserinnerungen herauszuarbeiten. Ich stellte mir dabei folgende Fragen: Wie wuchs ein Bochumer Mädchen in der Kriegs- und Nachkriegszeit auf? Was musste es entbehren, was wurde ihm geschenkt? Wie nahm es den Lauf der Zeit wahr, was waren seine Träume und Hoffnungen, was seine Ängste und Sorgen? Große Fragen also, doch der intime, detaillierte Bericht der Autorin erlaubt es, Antworten darauf zu finden.

Bomben über Bochum: Ein Kleinkind im Zweiten Weltkrieg

Ab dem Jahre 1943 flogen alliierte Bombengeschwader regelmäßig Angriffe gegen deutsche Städte und Fabrikanlagen.⁴ Das Ruhrgebiet als kriegswichtige Industriezone lag dabei besonders im Fokus der Strategen. Im Jahre 1944 intensivierten sich die Angriffe und forderten einen hohen Blutzoll. Die Zerstörung des Ruhrgebiets war gewaltig.⁵ Der Schrecken des Bombenkriegs war und ist auch ein Thema deutscher Nachkriegsliteratur.⁶ So erstaunt es nur wenig, dass auch Karin Dunkel-Foltmann

⁴ Siehe allgemein und kontrovers diskutiert Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, München 2002; Uta Hohn, Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt, Dortmund 1991; Rolf-Dieter Müller, Der Bombenkrieg 1939-1945, Berlin 2004.

⁵ Siehe beispielsweise Monika Wiborni, Bochum im Bombenkrieg. 4. November 1944, Gudensberg-Gleichen 2007.

⁶ Helge Wilhelm Seemann, Spur des Schreckens. Der Bombenkrieg der Alliierten gegen deutsche Städte – ein vernachlässigtes Kapitel deutscher Nachkriegsliteratur, Halle 2010.

detailliert über den Bombenkrieg schreibt, und zwar aus der Perspektive des Kleinkindes. Wie sie schreibt, wurde sie sogar in einer Bombennacht geboren. Die abenteuerlichen Erzählungen darüber wird sie von den Eltern und der Hebamme gehört haben. Die Eltern jedenfalls fürchteten um ihr Leben, denn die Mutter war zu schwach, um in den Luftschutzkeller zu gehen.⁷ Glücklicherweise überstand die Familie die Nacht unbeschadet.

Die ersten Seiten der Kindheitserinnerungen sind voll von Schilderungen der schrecklichen Erlebnisse. Einige Beispiele mögen erhellen, was die Menschen damals durchgemacht haben: *„Es war das erste Mal, dass die von der Kreta die zerstörerische Gewalt des Krieges zu spüren bekamen. Die Menschen in den Luftschutzkellern rückten in dieser Nacht eng zusammen, und viele von ihnen beteten laut. Elisabeth [die Mutter, FB], die ihre schlafende Tochter fest an sich gedrückt hielt, glaubte, es gehe zu Ende und wie würden lebendig begraben, als eine gewaltige Detonation das Haus erbeben und die Menschen um sie herum aufschreien ließ. Unwillkürlich musste sie an ihren Sohn denken, der mit dem Boot auf dem Meer Minen aufspürte und daran, dass er im Kindesalter ein sehr zarter Junge gewesen war.“*⁸

Die Folgen eines solchen Angriffs waren auch für die Überlebenden traumatisch. Was einst Wohnung und Haus war, war nun nur noch ein Trümmerhaufen. Man war nun „ausgebombt“, wie es nüchtern hieß. Die Wohnungsnot im Ruhrgebiet war frappant und hielt auch in den ersten Nachkriegsjahren an. Zudem gefährdeten Blindgänger noch lange Leib und Leben der Bevölkerung, namentlich der spielenden Kinder. Ein Junge aus der Nachbarschaft verlor beispielsweise seinen linken Arm und musste fortan zeitlebens eine Prothese tragen. Karin Dunkel und die gesamte Nachbarschaft waren schockiert ob des tragischen Unfalles. Sie hatte die Detonation der Granate mit eigenen Ohren gehört. Gegen Ende des Krieges hin wurden die Bombenangriffe noch einmal zerstörerischer. Die Alliierten hatten erkannt, dass die deutsche Kriegswirtschaft ohne Stahl und Kohle lahmzulegen war. Sie flogen deshalb beinahe pausenlos Angriffe gegen Zechen und Stahlwerke. Bochum erlebte den schlimmsten Angriff am 4. November 1944. Die Stadt wurde völlig zerstört, und rund 70.000 Menschen verloren ihre Unterkunft.⁹ Sie wurden erst kurz vor der Bombardierung gewarnt, waren also überrascht worden. Wieder hatte die Familie Dunkel unglaubliches Glück: Weder ihnen noch dem Haus auf der „Kreta“ passierte etwas, obwohl die bombardierte Zeche des Vaters in unmittelbarer Nachbarschaft lag!

⁷ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 6-12.

⁸ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 15.

⁹ Wibomi, Bochum, 4. November 1944 (wie Anm. 5).

Die kleine „Franziska“ (= Karin Dunkel-Foltmann) hatte eine besondere Gabe. Sie erkannte intuitiv, wann ein Angriff bevorstand. So erreichte die Familie oft den rettenden Keller, obwohl nur wenig Zeit dafür war. Im Keller selber war Karin der Liebling aller. Sie wurde geherzt und überstand somit die schlimmen Tage und Nächte besser als andere Kinder. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes litt sehr unter den Bombenangriffen. Das Vertrauen darauf, den Krieg dank „Wunderwaffen“ und Führer-genie doch noch zu gewinnen, schwand im Herbst 1944 nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in der Normandie schnell dahin.¹⁰ Nun sehnte man sich nach einem schnellen Frieden. Auch Karins Vater, im Buch „Hannes“ genannt, gehörte zu den Kriegsmüden. Er zweifelte in einem Gespräch unter Kumpels am Endsieg. Ein überzeugter Nazi stellte ihn zur Rede und drohte, ihn bei der Polizei zu verraten. Hannes' Verhalten galt als Defätismus und war sehr gefährlich. Doch die Freunde hielten zusammen und drohten ihrerseits dem Fanatisierten, der somit von seinen Drohungen abließ.

Vater Dunkel war sowieso kein Nationalsozialist, ja, er stand dem Regime feindlich gegenüber. Die Bochumer Arbeiterschaft hatte vor 1933 rot gewählt, viele Bergarbeiter waren überzeugte Sozialdemokraten und Kommunisten, und manche setzten zumindest ihren passiven Widerstand gegen die Diktatur fort.¹¹ Ob Karins Vater tatsächlich so kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus war, ist schwer abzuschätzen. Ohne die Redlichkeit der Autorin in Frage zu stellen, muss doch angemerkt werden, dass viele Kinder und Enkel von am Krieg beteiligten Deutschen nach 1945 ihre Vorfahren von Schuld lossprachen, sie sogar ins Umfeld des Widerstands rückten. Diese Exkulpierungsstrategie tradiert sich durch Erzählungen in die nächste Generation.¹²

Bald nach dem Krieg kehrte auch Karins Bruder „Burchard“ abgemagert, aber unversehrt aus amerikanischer Gefangenschaft zurück. Riesengroß war die Freude der Familie, endlich wieder vereint zu sein. Die kleine Karin erkannte ihren großen Bruder nicht auf Anhieb und hatte Mühe, sich an ihn zu gewöhnen. Doch bald schon fasste sie Vertrauen in den Heimkehrer, der das Mädchen nach Möglichkeit verwöhnte. Ein solches Glück war nicht allen vergönnt. So berichtet Dunkel-Foltmann von der Traurigkeit im Quartier, wenn wieder von einem Gefalle-

¹⁰ Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.

¹¹ Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945, Wuppertal 1980; Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt am Main 1945; Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund, Hannover 1969.

¹² Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschugnall: „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002.

nen die Rede war. Viel Leid mussten auch die Flüchtlingsfamilien erdulden. Mit einem stillen, in sich gekehrten Mädchen aus Ostpreußen namens Hertha freundete sich Karin an. Die beiden waren bald enge Vertraute und erkundeten gemeinsam die Umgebung. Als die Familie Herthas nach dem Krieg nach Amerika auswanderte, traf der Verlust der besten Freundin Karin sehr.

Carepakete und Lebertran: Die ersten Nachkriegsjahre

Am 10. April 1945 marschierten die Amerikaner in Bochum ein. Die Bewohnerinnen und Bewohner der völlig zerstörten Stadt hängten weiße Tücher aus den Fenstern und beseitigten Barrikaden. Niemand wollte mehr sein Leben aufs Spiel setzen für einen verlorenen Krieg. Am 8. Mai kapitulierte das Deutsche Reich, endlich Frieden! Doch wie Karin Dunkel-Foltmann schreibt, begann nun ein neuer Kampf, der Kampf ums Überleben, *„der Kampf um das tägliche Brot, um ein Dach über dem Kopf und um all die Kleinigkeiten, die den Alltag erleichterten. Hinzu kamen die Sorgen um den Sohn oder Mann oder um beide, die in den Krieg gezogen waren und von denen man lange nichts mehr gehört hatte.“*¹³

Zum Glück fanden Vater und Sohn Arbeit in der mehr oder weniger unzerstörten Zeche. Sie brachten etwas Geld nach Hause. Doch war es schwierig, genügend Nahrungsmittel zu erstehen. Eigene Hühner sorgten für Eier, der Hahn und Kaninchen für etwas Fleisch. Auf dem Schwarzmarkt erhielt man vieles, doch waren die Preise gesalzen. Und Fahrten aufs Land, wo Tauschgeschäfte gemacht und nicht gebrauchte Zigaretten „verhamstert“ wurden, verbesserten die Situation ebenfalls nachhaltig. Die Kost war trotzdem einfach und eintönig. Karin war wie viele andere Kinder eindeutig unterernährt. *„Die Mangelerscheinungen, ausgelöst durch Kriegs- und Nachkriegszeit, unter denen besonders die Kinder litten, erforderten die Verabreichung von Lebertran und das tägliche Trinken frischer Vollmilch. Viele Kinder verabscheuten den Lebertran, und manche auch die Milch. Franziska schmeckte der tägliche Löffel Lebertran ausgezeichnet, und von der Vollmilch konnte sie nicht genug bekommen.“*¹⁴

Karin liebte eher einfache Speisen wie Milchsuppe. Als der Vater einmal längere Zeit krank war und sein Lohn ausfiel, schickten die Eltern ihre Tochter in die Schulspeisung. Doch schmeckte dem Kind das Essen dort ganz und gar nicht. Es hatte nicht gerne Fleisch und Eintopf, und diese Mahlzeit wurde stets gereicht. Sehr willkommen waren Hilfspakete aus den USA, sogenannte „Carepake-

te“. *„Hannes und sein Sohn bekamen nach Schichtende je eines zugeteilt und trugen es frohgelaunt auf ihrer Schulter nach Hause. Es war aus stabiler Pappe, mit einem Metallband umschlossen, sein Inhalt war von der amerikanischen Bevölkerung gespendet worden. Erwartungsvoll versammelten sich alle um den Küchentisch, und Hannes öffnete zuerst sein Paket. Der Inhalt war überwältigend. Neben Hülsenfrüchten, Maxwellkaffee in einer großen, braunen Dose, Zigaretten und vielen anderen Dingen gab es Erdnüsse in der Dose und Schokolade. Nüsse und Schokolade waren Franziska völlig unbekannt. Noch nie hatte sie eins von beiden gesehen, geschweige denn gegessen.“*¹⁵

Die Zeit des Mangels prägte sich den Deutschen fest in ihr Gedächtnis ein. Umso mehr freuten sie sich, wenn sie einmal ein wenig Überfluss hatten: *„Ein kleiner Schinken entlockte Elisabeth [die Mutter, FB] einen leisen Schrei der Entzückung. Und als Hannes nacheinander Butter, Blut- und Leberwurst und zum Schluss einen Kringel Mettwurst und einen Kohlkopf auspackte, war sie außer sich vor Freude. Freude, die ihr wieder mal Tränen in die Augen trieb.“*¹⁶ Die Versorgungslage verbesserte sich, als am 20. Juni 1948 die D-Mark eingeführt wurde. *„Schlagartig füllten sich die Schaufenster mit lang vermissten Waren.“*¹⁷ Das Vertrauen in die Wirtschaft kehrte allmählich zurück, es ging aufwärts, wenn auch nur in kleinen Schritten. Paradoxerweise verbesserte sich die Lage der Familie, als der Vater einer Staublungge wegen ca. 1950 eine lebenslängliche Rente zugesprochen erhielt. Das vorhandene Geld reichte nun aus, um sich satt zu essen und sich Kleider zu kaufen. Vorher hatte die Mutter wie andere Frauen auch selber genäht und gestrickt. Karin freute sich an den neuen Kleidern. Sie kann sich in ihrem Buch gut an Details der Kleidung erinnern. Doch war der Vater gesundheitlich schwer angeschlagen und konnte kaum noch Treppen gehen. Seine Gesundheit verschlechterte sich zusehends.

Die Krankheit war für Bergarbeiter eine typische Berufskrankheit. „Hannes“ war oft mürrisch und trank Wachholder. Er sorgte sich jedoch auch um seine Tochter und schaute, dass sie genügend tierisches Eiweiß und Fett essen konnte. So bestand er darauf, dass sie Schwarte verzehrte, die sie auch mochte. An Geburtstagsfeiern gab es nun endlich wieder Kaffee und Kuchen in rauen Men-

¹⁵ Ebd., S. 36-37.

¹⁶ Ebd., S. 41. Zum „Hungerwinter“ 1946/47 siehe Alexander Häusser/Gordian Maugg, Hungerwinter. Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47, Berlin 2009.

¹⁷ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 56. Zur Währungsreform von 1948 siehe beispielsweise Siegfried Freick, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert, Schkeuditz 2001; Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin, 1948/49, Berlin 1991.

¹³ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 32.

¹⁴ Ebd., S. 77.

gen, für die Männer Schnaps, für die Frauen Likör.¹⁸ Neben solchen Dingen waren auch andere Speisen und Getränke Symbole für ein gewisses Vorwärtskommen. Karin Dunkel-Foltmann erinnert sich beispielsweise an ein bestimmtes Getränk: „Alle Kinder auf der Kreta liebten Knickelwasser. Natürlich auch Franziska. Sofern man über Geld verfügte, konnte man es an der Seltersbude am Hellweg kaufen. Und heute verfügte sie über das nötige Geld. Während sich ihr zarter Körper vom heißen Wasser allmählich rötete, überlegte sie, für welche Farbe sie sich beim Knickelwasser entscheiden sollte. Man konnte zwischen rot, gelb und grün wählen. Es waren verschiedene Geschmacksrichtungen. Franziska war sich fast sicher, dass es wieder auf rot hinauslaufen würde. Das rote Wasser sah nicht nur gut aus, es schmeckte ihr auch am besten.“¹⁹ Das Zuckermesser schmeckte einfach köstlich, obwohl es die Mutter nicht so gerne sah, wenn Karin es trank. Knickelwasser war somit so etwas wie ein Symbol für kindliche Autonomie und für Genuss, für versteckten, heimlichen Genuss, und das in einer Zeit riesigen Mangels! So groß ist die Magie der Erinnerung an „Knickelwasser“, dass Karin Dunkel-Foltmann das Wort im Titel ihrer Kindheitserinnerungen verwendete.

Alltag

Die Zeiten waren hart, doch sorgten Alltag und Freizeit trotzdem für Entspannung und ein wenig Lebensglück.²⁰ Man freute sich an kleinen Dingen, wie oben angetönt, an einem Stück Speck oder eben an „Knickelwasser“. Für die Männer war die Arbeit unter Tage stets mit Risiken behaftet. Eine kleine Unaufmerksamkeit nur, und der Unfall war schon geschehen! Gemeinsam trauerte man um verstorbene oder schwer verunglückte Bergleute, deren Begräbnisse waren nicht zuletzt eine Manifestation von Solidarität. Auch Karins älterer Bruder „Burchard“ passte einmal nicht auf und schlug sich den Kopf heftig an. Er kam aber mit einer Gehirnerschütterung davon. „Burch“ hatte sich in eine attraktive junge Frau verliebt und war in Gedanken bei ihr. Das junge Paar sollte später heiraten und eine eigene Familie gründen. Auch in schwierigen Zeiten verliebt man sich eben.

Die Arbeit in der Zeche gehörte zu Bochum und zum Ruhrgebiet dazu. Dazu Dunkel-Foltmann: „Von der Kreta aus wirkte er [der Förderturm, FB] unbedeutend klein, dominierend waren die rauchenden Schloten, die

wie ungespitzte Bleistifte in den trüben Himmel ragten und allgegenwärtig waren. Sie gehörten wie die Gärten und Stallungen der Kolonien, die kleine Schule, die Kneipe, der Bäcker- und Metzgerladen und die Felder des Bauern Schulte zum Leben der Bergarbeiterfamilien.“²¹ Man kannte sich auf der Kreta, wusste, wie man miteinander umgehen sollte, wusste um Probleme und gemeinsame Alltagsorgen. Die Männer züchteten Brieftauben und veranstalteten Wettfliegen mit kleinen Preisen. Stolz war der Besitzer, wenn seine Taube als Erste im Schlag landete! Man züchtete Hühner und Kaninchen, war teilweise Selbstversorger. Und abends oder an Samstagen gingen die Männer zum Fußball oder in die Kneipe, die Gaststätte Vahrenkamp. Dort genoss man ein Bier zusammen, rauchte, schwatzte, politisierte, redete über Gott, die Welt und Fußball.²² Manch einer trank auch zu viel, war Alkoholiker, mit schrecklichen Konsequenzen für die darbende Familie.

Ohnehin sollte man das Zusammenleben bei aller erfahrenen Solidarität nicht romantisieren. Die Welt war eng und überschaubar, Kontrolle allgegenwärtig. Auch erbitterte Nachbarschaftskonflikte gehörten zum Alltag dazu. Nachbarn grüßten sich nicht mehr, gingen sich aus dem Weg, zankten, mehr noch: Ein Bewohner der „Kreta“ ließ sogar seine Katze in den Taubenschlag eines verhassten Nachbarn ein. Dieser sorgte anschließend dafür, dass die Katze für immer verschwand. Keine Kohlenpottromantik also! Konflikte entstanden auch zwischen Mädchen und Knaben. So erinnert sich die Autorin, wie sie mit ihrem Geburtstagsgeschenk, einem Ball, spielte. Burschen kamen hinzu, nahmen ihr den Ball weg und spielten damit Fußball. Karin wehrte sich auf Rat des Vaters hin und schlug die Knabenschar nach erbittertem Kampf schließlich in die Flucht. Doch der Ball war nun zerbeult, unbrauchbar!²³ Auch der im Ruhrgebiet so populäre Fußball hat also seine Schattenseiten, zumindest für ein alleine spielendes Mädchen!²⁴ Ansonsten mochte Karin Fußball durchaus. So auch die Mutter, die sogar Toto spielte. Einmal tippte sie alle 13 Ergebnisse richtig, schon wähnte man sich reich und malte sich eine Zukunft in Wohlstand aus. Doch umso bitterer war es, als herauskam, dass sehr

²¹ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 61.

²² Zur Funktion der Kneipe im deutschen Alltagsleben siehe beispielsweise Franz Dröge/Thomas Krämer-Badoni. Die Kneipe. Zur Soziologie einer Kulturform oder „Zwei Halbe auf mich“, Frankfurt am Main 1993.

²³ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 100-101. Zum populären Straßenfußball vgl. Fabian Brändle, Tennisbälle, Dolen und zerbrochene Scheiben. Zur Geschichte des Schweizer Straßenfußballs vor dem Zeitalter des Automobils (1920-1945), in: Sportzeiten. Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft 3/2007, S. 7-20.

²⁴ Rolf Lindner/Heinrich Th. Breuer, Sind doch nicht alles Beckenbauers. Zur Sozialgeschichte des Fußballs im Ruhrgebiet, Frankfurt am Main 1978; Siegfried Gehrmann, Fußball, Vereine, Politik. Zur Sportgeschichte des Reviers, 1900-1940, Essen 1988.

¹⁸ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 152.

¹⁹ Ebd., S. 95-96.

²⁰ Zum Konzept der „Alltagsgeschichte“ siehe Alf Lütke (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt am Main 1989.

viele richtig getippt hatten und der Gewinn entsprechend niedrig war!

Wie gesagt, waren feine Speisen wie Fleisch Zeichen eines kleinen Aufschwungs. Dazu gehörte bestimmt auch das Radio. Der alte „Volksempfänger“ war definitiv kaputt gegangen. Die Nationalsozialisten hatten das Radio früh für ihre Propaganda erkannt und übertrugen beispielsweise Hitlerreden, aber auch Sportereignisse und Unterhaltungsmusik, die den Alltag versüßten und die Leute auf das Regime einstimmten.²⁵ Gemeinsam hörte man auch nach dem Krieg Musik und die nun weit objektiveren Nachrichten. Doch schon bald sorgte ein neues Gerät für Furore: „*Es dauerte nicht lange. Da waren diese Dinger, wie Hannes sie nannte, im einzigen Radiogeschäft des Dorfes zu bestaunen. Franziska ließ es sich nicht nehmen, ins Dorf zu laufen und sich die Fernsehempfänger anzusehen. Keines der drei ausgestellten, klobigen Geräte war eingeschaltet. In ihren milchigen Scheiben spiegelten sich nur die Köpfe der Neugierigen vor dem Schaufenster. Enttäuscht trotete Franziska wieder nach Hause. Wochen später, am 2. Juni 1953, weckte diese Art der Nachrichtenübermittlung erneut Franziskas Neugier. An diesem Tag sollte die Krönung der jungen Königin Elisabeth II. von England im Fernsehen übertragen werden. Im Olympia Kino am Markt wurde kurzerhand eines dieser modernen Geräte aufgestellt, und gegen ein geringes Entgelt konnte man der Direktübertragung beiwohnen. Die Zuschauer saßen dicht gedrängt auf Stühlen, die im vorderen Bereich aufgestellt worden waren, während der übrige Teil des Kinos menschenleer im Dunkeln lag. Der Fernsehempfänger thronte auf einem Gestell vor der Filmleinwand, und Franziska war froh, einen Platz in der ersten Reihe ergattert zu haben. Die Augen mussten schon gut und der Anstand zum Gerät möglichst gering sein, um das Ereignis von imponierendem Pomp und Glanz auf dem kleinen Bildschirm einigermaßen verfolgen zu können. Die eigentliche Faszination war jedoch die Direktübertragung. Denn was Franziska und all die anderen im Kinosaal auf dem Bildschirm verfolgten, spielte sich zur gleichen Zeit in England ab, viele hundert Kilometer entfernt. Das war für Franziska schier unbegreiflich und sollte es noch lange Zeit bleiben, denn sobald sie etwas nicht verstand, schob sie es von sich und verschwendete keinerlei Gedanken mehr daran.*“²⁶ Das kollektive Fernsehschauen hielt noch lange an, denn für Arbeiterhaushalte waren die Geräte schlicht und einfach unerschwinglich.²⁷ Vater Dunkel ging stattdessen mit seiner Frau in die Stadt ins Kino. Das Mäd-

chen liebte Abenteuerfilme wie „Die drei Musketiere“, aber auch Rührstücke.

Doch war Karin ein eher introvertiertes Kind und hatte nur wenige wirklich enge Freundinnen. Sie orientierte sich mehr an den Eltern und am Bruder als an Gleichaltrigen. Sie stellte dabei oft unbequeme Fragen und erhielt ungenügende Antworten. „*Die Erwachsenen, das hatte sie schon lange bemerkt, waren oft zu ungeduldig und zu oberflächlich in ihren Betrachtungen.*“²⁸ Oft spielte sie alleine. Oder sie las. Las unheimlich viel. Den Tipp dazu hatte sie von einem befreundeten Jungen namens Siegfried bekommen. Es war ansonsten eher untypisch, dass Kinder lasen. Viel lieber vergnügten sie sich auf der Straße. Auch für Karin war die Welt des Lesens erst fremd gewesen, stand in Verbindung mit den ungeliebten Schulbüchern. Doch fand sie sehr rasch Gefallen an den Lektüren und war bald Stammkunde in der Bücherei. Lesend eröffnete sie sich neue Horizonte, tauchte ab in fremde Lebenswelten, fieberte mit den Protagonistinnen und Protagonisten der Romane und Geschichten mit. Zeitlebens sollte sie eine begeisterte Leserin bleiben. Und vom Lesen zum Schreiben war es nur ein kleiner Schritt.

Schluss

Karin Dunkel-Foltmann hat ein bemerkenswertes Selbstzeugnis geschrieben. Ihr Text handelt von den Bombardierungen im Krieg, von traumatischen Nächten im Luftschutzkeller, von Not und Entbehrung. Die Autorin zeichnet ein realistisches Bild vom Aufwachsen im Bochum der Kriegs- und Nachkriegsjahre, vom Existenzkampf und vom „Hungerwinter“ 1947/48. Trotz dieser Nöte wuchs das Kind in geordneten Verhältnissen auf, umsorgt von Eltern und vom geliebten älteren Bruder. Die Familie hatte Glück, dass ihre Wohnung nicht zerstört worden war. Dank Carepaketen und Schwarzmarkt gelang es ihr, so einigermaßen über die Runden zu kommen. Langsam ging es nach dem Krieg wieder bergauf. Der Vater, Bergarbeiter, litt an einer Staublunge und erhielt eine Rente. Das Geld erlaubte einen bescheidenen Wohlstand, wie er sich im Konsum von Fleisch und Alkohol ausdrückte. Man freute sich an kleinen Dingen, so an Zuckerwasser in verschiedenen Farben, das es in der Seltersbude zu kaufen gab.

Karin Dunkel-Foltmann beschreibt eine Welt von gestern, eine Welt der Schlotte und Fördertürme, eine Welt der Brieftauben und Eckkneipen. Doch romantisiert sie den Alltag im Revier nicht, im Gegenteil: Konflikte waren häufig, auch und gerade unter Nachbarn. Unfälle waren ebenfalls zahlreich, und der Alkohol stürzte so manche Familie in Not.

²⁸ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 129.

²⁵ Vgl. Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2010.

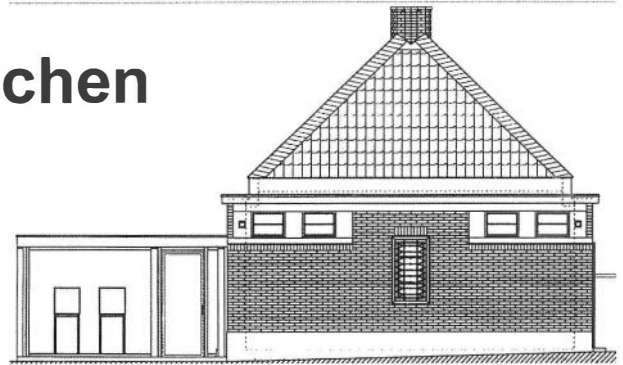
²⁶ Dunkel, „Knickelwasser“, (wie Anm. 2), S. 163-164.

²⁷ Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart 1998, S. 29-34.

Die Autorin selber war ein sensibles, eher einzelgängerisches Kind, das gerne las und sich an Erwachsenen orientierte. So gar kein Bochumer Straßenkind. Ihre nachdenkliche Art machte sie empfänglich für Kontakte mit Außenseiterinnen und Außenseitern. So waren ihre besten Freundinnen traurige, introvertierte Flüchtlingskinder, die viel hatten leiden müssen. Lesend tauchte die Autorin an andere Welten ab, lesend suchte sie nach Sinn im Leben. So wurde es aus dem stillen Kind eine hervorragende Autorin, das an eine Zeit erinnert, als sich Sattessen noch keine Selbstverständlichkeit war, auch für Kinder nicht.

Aus dem Häuschen

Berichtenswertes von der Kortum-Gesellschaft



● Redemptoristen-Kloster

Das Redemptoristen-Kloster in der Innenstadt steht vor dem Abriss, nachdem das Kloster im vorigen Jahr vom Orden aufgegeben wurde. Die Kortum-Gesellschaft setzt sich für die Erhaltung und Neunutzung ein. Unser Interesse kommt nicht unvermittelt. Schon 2006 haben wir die nicht nur in unseren Augen große Bedeutung für Bochum herausgestellt, indem wir eine unserer Informationstafeln des „Historischen Pfades“ durch Bochum dort angebracht haben. Als eines der Objekte im LWL-Projekt „Fremde-Impulse“ wurde auch von der Denkmalpflege die Bedeutung des Klosters herausgestellt. Kurz die Kerndaten unsere Gründe für die Erhaltung:

<i>Redemptoristen-Kloster mit der Klosterkirche Maria Hilf</i>	
1868	<i>Bau des Klostergebäudes</i>
1870	<i>Einweihung der Klosterkirche, Architekt: Baumeister Sonntag</i>
1873	<i>Dekret der Preußischen Regierung zur Auflösung des Klosters</i>
1943	<i>Kloster und Kirche brennen völlig aus</i>
1950-52	<i>Wiederaufbau des Klosters und der Kirche in veränderter Form, Architekten: Kurt-Hubert Vieth, Günter Settnik</i>

Die Kirche ist für Bochum und für die Polen in Deutschland bedeutend, weil hier bis in die jüngste Zeit die seelsorgerische Betreuung dieser bedeutenden Einwanderungsgruppe geschah. Aus dieser Betreuung wurde Bochum das Zentrum der Polenbewegung in Preußen, vor allem aber das Zentrum der Ruhrpolen. Die Stadt war unter Polen bekannt als „Bochumer Kaderschmiede“. Zu Beginn des ersten Weltkrieges lebten rund 500.000 Polen im Ruhrgebiet. Ab etwa 1880 begannen sie sich ohne Systematik und örtlich beschränkt zu formieren, Auslöser waren seelsorgerische Initiativen des deutschen Klerus. Ab 1891 wurden sie durch die vom Redemptoristen-Kloster initiierte polnischsprachige Tageszeitung „Wiarus Polski“ (Polnischer Knappe/ Schutzpatron) miteinander verbunden. In einem zweiten Schritt begannen polnische Aktivisten um den „Wiarus Polski“, kirchlich unabhängige, überregionale politische Organisationen und Vereine zu bilden. In einem dritten Schritt baute man eine polnische Infrastruktur im Wirtschaftsleben auf. Man gründete Genossenschaften, Interessenverbände, Konsumläden, Banken. Das alles ist bis heute so stark im Gedächtnis der Polen in Deutschland und in Polen verhaftet, dass zurzeit in den ehemaligen, benachbarten Häusern des „Bundes der Polen“ ein neues, großes Dokumentationszentrum geplant ist, das staatlich von Deutschland und

Polen gefördert wird. Der Nukleus, das Kloster, ist hier unverzichtbar. Unabhängig davon gehört die Kirche zu den historischen „Landmarken“ in der Silhouette der Bochumer Innenstadt, die nicht reich an solchen Kirchtürmen ist. Die Architektur des Klosters nimmt den Betrachter nicht auf Anhieb für sich ein. Der Turm ist allerdings in seiner klassischen Schlichtheit ein schönes Beispiel großer Wirkung durch Zurückhaltung. Im Inneren strahlt der Kirchenraum durch sein einheitliches Konzept eine majestätische Kraft und Ruhe aus. Insgesamt ist die Anlage ein sprechendes Beispiel einer Phase des Wiederaufbaus der Bochumer Innenstadt, die noch von Materialnot und Improvisationstalent geprägt war, immer aber die zukünftige Stadt berücksichtigte.

● Zentrum für Stadtgeschichte

Das Zentrum für Stadtgeschichte ist recht gut durch die Einsparungszwänge der Stadt Bochum gekommen. Von der Auflösung des stadthistorischen Museums ist nun keine Rede mehr und es steht genügend Geld zur Verfügung, um durch externe Fachbüros attraktive Ausstellungen zu gestalten. Zu bedauern ist allerdings der freiwillige Wechsel der Kuratorin in eine andere Stelle in Norddeutschland. Wie in allen anderen Bochumer

Bereichen, kann diese Stelle in absehbarer Zeit nicht neu besetzt werden. Da half auch unser Einsatz nicht. Eine Herausforderung, die aber gemeistert werden kann, zumal es seit einiger Zeit eine begleitende Kommission gibt, die Konzepte mit entwickeln kann.

● **Gedenkort „Saure Wiese“**

Der Gedenkort „Saure Wiese“ an der Ahbachstraße konnte am 5. Mai 2012 der Öffentlichkeit übergeben werden. Unter dem Titel „Laute Stille“ hat der Künstler Markus Kiel hier Stelen mit Zitaten entlang eines Weges zu den Standorten der ehemaligen Baracken des Zwangsarbeiterlagers des Bochumer Vereins installiert. „Nachts starben die Menschen auf den Pritschen. Morgens standen die Lebenden auf und gingen arbeiten.“ Die aus dem Metall ausgeschnittenen Worte stammen von einem ehemaligen Zwangsarbeiter. Die Übergabe an die Bochumer fand unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Das parkähnliche Gelände ist jederzeit zugänglich und einen Spaziergang wert. Leider wurde bereits eine Schriftplatte wohl von Neonazis beschädigt, was bald behoben werden soll. Die Kortum-Gesellschaft hat das Projekt „Laute Stille“ unterstützt.

● **Geschichte des Bochumer Vereins**

Unter dem Titel „Ein Unternehmen und ‚seine‘ Stadt. Der Bochumer Verein und Bochum vor dem Ersten Weltkrieg“ erscheint demnächst die gekürzte Fassung der Dissertation unseres Mitglieds Marco Rudzinski im Essener Klartext-Verlag. Nicht zuletzt der einschüchternde

Umfang der Festschrift von Walther Däbritz, die 1934 als Auftragswerk von über 400 Seiten erschien, hat die unternehmenshistorische Forschung über Jahrzehnte von einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des Bochumer Vereins für Bergbau und Gusstahlfabrikation, so der Firmenname bis 1926, abgehalten. Eine Ausnahme bildet lediglich die Studie von Gustav-Hermann Seebold über den Stahlkonzern in der NS-Zeit. Das erstaunt umso mehr, weil es sich bei der 1854 gegründeten Aktiengesellschaft neben dem derzeit ausführlich gefeierten Essener Konkurrenten Krupp um das frühe Flaggschiff der Qualitätsstahlproduktion in Preußen-Deutschland handelt. Ferner ist in der Literatur immer wieder die Bedeutung des Großbetriebs für das Wachsen und Werden der Stadt Bochum betont worden. An einer gründlichen Analyse der Beziehungen zwischen der rasch zum integrierten Hüttenwerk ausgebauten Gusstahlfabrik und ihrem Standort mangelte es aber. Diese Lücken schließt die neue Studie, die somit auch einen bedeutenden Baustein für eine Geschichte der Stadt Bochum im Industriezeitalter bildet. Den aktuellen Forschungsstand zur Geschichte der Eisen- und Stahlindustrie aufgreifend, wird in einem ersten Teil die Entwicklung des Bochumer Vereins – unter Einschluss der Anfänge von Mayer & Kühne – bis zum Ersten Weltkrieg kompakt dargestellt. Berücksichtigung findet neben der Konzernbildung insbesondere die Ausprägung jener spezifischen Managerherrschaft, die unter den Generaldirektoren aus der Baare-Dynastie zu einem konstitutiven Element der Firmenleitung wurde. Der zweite Teil behandelt die Belegschaftspolitik des Bochumer Vereins, die durch rigide Disziplinierung der Beschäftigten wie unternehmerische Sozialmaßnahmen etwa im Wohnungsbau und Versorgungs-

wesen gekennzeichnet war. Seit Ende des 19. Jahrhunderts zeigen sich zudem frühe werksgemeinschaftliche Bestrebungen: Wohl als erstes Branchenunternehmen im Revier veranstaltete der Bochumer Verein alljährlich Jubilarfeiern, auf denen „Treue“ und „Fleiß“ der Arbeiter beschworen wurden. Der zentrale dritte Teil der Arbeit beleuchtet das Verhältnis von Stahlwerk und Stahlstadt – und zwar in räumlicher, politischer und sozialer Perspektive. Der Verfasser zeichnet die Entstehung des umfangreichen Grundbesitzes des Bochumer Vereins, die damit einhergehende Ausbreitung des Werksgebietes und die daraus resultierende industrielle Überformung des Bereichs westlich der Stadt Bochum mit ihren unterschiedlichen Folgen detailliert nach. In diesem Rahmen nimmt er auch die Entwicklung der betriebswichtigen Infrastruktur in den Blick: So veranschaulicht der schwierige Weg zur Sicherstellung einer ausreichenden Wasserversorgung die schwerindustriellen Interessen in diesem Bereich bestens. In einem umfassenden Abschnitt über den Bochumer Verein und das Stadregiment erfährt die bislang angenommene kommunalpolitische Allmacht des Unternehmens gewisse Relativierungen: Zwar bemühte sich die Unternehmensleitung erfolgreich um die Schaffung und Erhaltung eines genehmen Machtgefüges, konnte ihre kommunalpolitischen Vorstellungen aber auch nicht immer durchsetzen. In der Darstellung spiegelt sich zudem die unterschiedlich ausgeprägte Kooperationsbereitschaft der Stadtoberhäupter von Max Greve bis Fritz Graff gegenüber dem größten Unternehmen vor Ort wider. Durch seine Größe und Machtfülle nahm der Bochumer Verein erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Gesellschaft, provozierte aber auch Kritik und Widerstände. Aufgenommen wurden sie

durch den ultramontanen Journalisten Johannes Fusangel. Seine firmenschädigenden Gefechte mit Generaldirektor Louis Baare lösten um 1890 eine Konfliktperiode aus, die das politisch-soziale Klima in der Stadt zeitweise massiv beeinträchtigte und von der Bochumer Historiographie bis auf wenige Ausnahmen schamhaft ausgeblendet worden ist. Neben diesen Vorgängen wird schließlich die Rolle des Bochumer Vereins im öffentlichen Leben, z. B. im Vereinswesen oder in mäzenatischer Hinsicht, analysiert.

Zu diesem Zweck hat der Verfasser die heute im Historischen Archiv Krupp in Essen lagernden Quellen des Werksarchivs systematisch ausgewertet und darüber hinaus korrespondierende Überlieferungen vom Stadtarchiv Bochum bis zum Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz miteinbezogen. Herausgekommen ist dabei eine leistungswerte Studie, die über ihren Bochumer Bezug hinaus einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Entwicklung der Stadtlandschaft Ruhrgebiet bilden dürfte.

● Was? Wann? Wo? – Alles über BO!

So betitelt haben Elke Morgner, Dr. Roswitha Abels und Peter Kracht Materialien für den Unterricht in der Grundschule und Sek I, die in Form einer CD und eines Begleitheftes zusammengestellt sind. Auf mehr als 360 Seiten finden sich Informationen über die Stadt Bochum aus geschichtlichen, sozialen und technischen Bereichen, die es in dieser Zusammenstellung noch nicht gibt, sowie konkrete, sachbezogene und im Unterricht schon erprobte Unterrichtsmaterialien für die Hand der Schüler mit Lösungsblättern für die Unterrichtenden. In erster Linie ist der Einsatz der CD für den Sachun-

terricht in der Grundschule (3./4. Schuljahr) und im jeweiligen Fachunterricht in der Sekundarstufe I gedacht. Folgende Themen werden angesprochen: Die geschichtliche Entwicklung, das Rechtswesen, Schulen, Katastrophen, Krankheiten und Kriege, bekannte Bochumer Persönlichkeiten, Standort für Kohle und Stahl, Energieversorgung, Verkehr und Trinkhallen.

Die Informations-, Material- und Arbeitsblätter sind als PDF-Dateien im DIN A4-Format erstellt. Das Begleitheft im DIN A5-Format beinhaltet das Inhaltsverzeichnis der CD. Beide können zum Preis von € 22,50 inklusive Versandkosten unter folgender E-Mail-Anschrift bestellt werden:

info@werner-linie.de

Der Verkaufserlös wird dem Förderverein der Amtmann-Kreyenfeld-Schule in Bochum-Werne zur Verfügung gestellt.

● Die Autoren dieses Heftes

Dr. Fabian Brändle
Quellenstraße 22
CH 8005 Zürich

Clemens Kreuzer
Breite Hille 2 a
44892 Bochum

Dr. Marco Rudzinski
Hunscheidtstraße 113
44789 Bochum

Heinz-Günter Spichartz
Wachtelweg 21
44807 Bochum